

Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart

Kontinuitäten – Interventionen – Bedarfe



**Universität
Marburg**



RIAS HESSEN
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

Eine Veröffentlichung der Beauftragten gegen Antisemitismus der Philipps-Universität Marburg in Kooperation mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen).

Die Nutzung einer gendergerechten Sprache und die Entscheidung über bspw. die Verwendung von Sternchen oder Doppelpunkten oblag den Autor:innen und ist daher nicht einheitlich.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Impressum

Herausgeberin

Beauftragte gegen Antisemitismus der Philipps-Universität Marburg
c/o Präsidium, Biegenstraße 10, 35037 Marburg
susanne.urban@uni-marburg.de

Konzept & Redaktion

Dr. Susanne Urban
Gabriel Hoppe & Leonie Nützl

Gestaltung

conceptdesign, Marburg

Alle Rechte vorbehalten

© 2025 Philipps-Universität Marburg / RIAS Hessen

RIAS Hessen wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert.

RIAS Hessen wird durch das im Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz ansässige Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ gefördert.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Antisemitismus an Hochschulen

in Geschichte und Gegenwart

Kontinuitäten – Interventionen – Bedarfe



**Universität
Marburg**



RIAS HESSEN
Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen

Inhalt

Grußworte

- 6 **Timon Gremmels** Hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur
- 8 **Prof. Dr. Thomas Nauss** Präsident der Philipps-Universität Marburg
- 10 **Susanne Urban** Beauftragte gegen Antisemitismus der Universität Marburg
- 11 **Katharina Völsch** Leiterin der Stabsstelle Antidiskriminierung und Diversität an der Universität Marburg

Geschichte und Gegenwart

- 12 **Zooming in**
Die Universität Marburg – jüdische Perspektiven
Eine Geschichte in Textsplitten
- 24 **Susanne Urban**
„**Nicht Schutzjuden wollen wir sein, sondern Staatsbürger.**“
Strategische Aktivitäten des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)
gegen Antisemitismus
- 34 **Uriel Kashi**
„**Neben mir saß mein Feind**“
Erfahrungen jüdischer Studierender an westdeutschen Hochschulen in den Jahren nach 1945
- 44 **Johannes Sosada**
Nicht erst seit dem 7. Oktober 2023
Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland
- 50 **Tania Elstermeyer**
The Genius of the crowd
Die antisemitische Avantgarde an deutschen Kunsthochschulen
- 58 **Leonie Nützl, Gabriel Hoppe**
Antisemitismus an Hochschulen in Hessen im Jahr 2024
Eine Bestandsaufnahme der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen

Positionen

- 64 **Sabena Donath**
Schule, Hochschule, Gesellschaft – Jüdische Perspektiven in der Bildung
- 68 **Sophie Brüss**
Zwischen Unsichtbarkeit und Resilienz
Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus an Hochschulen
- 76 **Julia Bernstein, Ilja Kogan, Roglit Ishay**
Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus an Hochschulen
Initiative Netzwerk jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz

Interventionen

- 100 **Ilana Inna Ponomarenko**
Forderungen und Einsichten
Perspektiven des Verbandes jüdischer Studierender Hessen
- 104 **Ricarda Theiss**
Antisemitismus im Bildungskontext
Herausforderungen, Leerstellen und Handlungsbedarf OFEK e.V. Shalom Marburg
- 108 **Shalom Marburg**
Forderungen von Betroffenen antisemitischer Strukturen an Hochschulen
Ein Blick auch nach Marburg
- 110 **Gedanken zur Tagung**
Pava Raibstein
Ein Rückblick aus der Perspektive der Moderatorin
- 112 **Zu den Autor:innen**

Grußwort

Vor dem 7. Oktober 2023 lag es außerhalb meiner Vorstellung, dass nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus Antisemitismus jemals wieder offen an deutschen Hochschulen zum Ausdruck kommen könnte. Die beiden vergangenen Jahre seit dem Überfall der Hamas auf Israel haben jedoch gezeigt: Antisemitismus war und ist in Deutschland ein gesamtgesellschaftliches Phänomen – unabhängig von der politischen Einstellung des Einzelnen, seines Bildungsstandes, seiner ethnischen Zugehörigkeit, seines sozialen Status. Antisemitismus ist überall anzutreffen. Und als solcher ist er zwangsläufig leider auch an Hochschulen präsent.

Der vorliegende Band „Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart Kontinuitäten – Interventionen – Bedarfe“ dokumentiert die Ergebnisse eines Fachtags vom Juni 2025. Er führt einige wichtige Perspektiven zusammen, die besonders wertvoll gerade für diejenigen Hochschulmitglieder sind, die sich innerhalb der Hochschulen primär mit dem Thema Antisemitismus beschäftigen. In kurz gefassten Forschungsbeiträgen legt der Band uns die historischen Kontinuitäten von Antisemitismus auch an Bildungseinrichtungen dar, die lange vor das Jahr 1933 zurückreichen und auch nach 1945 weiterbestehen. Er gibt uns Einblick in die Mechanismen von Diskriminierung und Ausgrenzung damals wie heute. Und er lässt uns die Warnungen jüdischer Organisationen hören, die in beklemmender Weise an aktuelle Forderungen aus der jüdischen Gemeinschaft erinnern. Gleichzeitig führt der Band uns aber auch jüdische Reaktion und Gegenwehr vor Augen. Zu Wort kommen Lehrende und Antisemitismusbeauftragte, die uns Einblick in ihre kräftezehrende Arbeit an den Hochschulen geben. Wir hören auch Mitarbeitende von jüdischen Einrichtungen, deren Bedeutung kaum zu überschätzen ist. Als viele Hochschulen noch nicht über die notwendige Expertise verfügten, wurden sie unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 zu einer wichtigen Anlaufstelle für jüdische Studierende und sind es bis heute geblieben.

Politik und Hochschulen müssen dafür sorgen, dass Jüdinnen und Juden ohne Angst vor Anfeindungen und Ausgrenzung an den Hochschulen studieren und arbeiten können. Sie müssen daran arbeiten, dass Hochschulen von ihren jüdischen Mitgliedern als Orte wahrgenommen werden, an denen man ihre Sorgen ernst nimmt und ihnen mit Empathie begegnet. Dies setzt Vertrauen, das Gespräch und Austausch voraus. Ich freue mich daher sehr, dass jüdische Hochschulmitglieder – Studierende und Lehrende – an dem Fachtag mitgewirkt haben und auch im vorliegenden Band mit Beiträgen vertreten sind.

Die Hessische Landesregierung und die Hochschulen haben sich nach dem 7. Oktober 2023 klar gegen Antisemitismus und für ein friedliches Miteinander auf dem Campus positioniert. Meine erste Zusammenkunft mit allen Hochschulleitungen kurz nach meinem Amtsantritt Anfang 2024 galt diesem Thema. Wir haben damals vereinbart, dass die Hochschulen Ansprechpersonen für von Antisemitismus Betroffene benennen. Mir war es wichtig, dass diese Personen sich vernetzen und kontinuierlich die Gelegenheit erhalten, sich im Themenfeld fortzubilden. Ich nehme wahr, dass immer mehr Hochschulen auf Personen mit einschlägiger Antisemitismus-Expertise setzen. Das ist ein wichtiger Schritt: Denn diese Mitarbeitenden werden von den jüdischen Hochschulmitgliedern in besonderem Maße als kompetent und vertrauenswürdig wahrgenommen. Zugleich leisten sie einen zentralen Beitrag für einen professionellen und wissenschaftlich fundierten Umgang mit Antisemitismus, wie er für Hochschulen angemessen ist: Nur wer über die Geschichte und Kultur des jüdischen Lebens informiert ist und sich der vielfältigen, sich wandelnden Erscheinungsformen von Antisemitismus bewusst ist, ist in der Lage, potenziell antisemitische Vorfälle zu erkennen und die Hochschulen ange messen in der Entwicklung von Präventions- und Interventionsstrategien zu beraten. Die Hochschulen haben hier eine große Verpflichtung – sowohl was ihre institutionelle Selbstreflexion angeht als auch im Hinblick auf ihren Forschungs- und Bildungsauftrag. Denn Antisemitismus, die Verfolgung und Ausgrenzung der jüdischen Minderheit, zeigt an, dass die Grundwerte einer pluralistischen Gesellschaft in Frage gestellt werden und damit die Demokratie gefährdet ist.

Ich bin der Philipps-Universität Marburg, RIAS Hessen, den Organisatoren des Fachtags und besonders der Beauftragten gegen Antisemitismus der Universität Marburg, Dr. Susanne Urban, sehr dankbar, dass sie zu diesem Fachtag eingeladen haben und nun auch einige der Ergebnisse publizieren. Ich danke den Autorinnen und Autoren für ihre Mitwirkung und wünsche mir für diesen Band eine breite Leserschaft – innerhalb und außerhalb der Hochschulen.

Timon Gremmels
Hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur

Grußwort

Antisemitismusfreie Räume an der Universität Marburg schaffen

Der Fachtag „Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart“ am 26. Juni 2025 bot Hochschulangehörigen, Studierenden und externen Gästen einen antisemitismusfreien Raum an unserer Universität.

Er fand rund eineinhalb Jahre nach dem brutalen Massaker der Terrororganisation Hamas in Israel und der Verschleppung von Israelis und anderen Staatsbürgern nach Gaza statt. Die Selbstverteidigung Israels und der folgende Krieg in Gaza, mit Auswirkungen auf andere Länder der Region, wurde mehrfach von Waffenruhen unterbrochen. Im Oktober 2025 entstand eine neue, fragile Waffenruhe. Die Hamas ließ die wenigen noch lebenden Gefangenen frei; viele Familien der Ermordeten warteten lange auf die Rückkehr der Leichname. Ob dies zu einer Beruhigung der Lage auch auf deutschen Straßen und Hochschulcampus führen wird, ist ungewiss, aber zu hoffen.

Sich dem Antisemitismus an Hochschulen zu widmen und ihn mit einem historischen Rückblick zu verbinden, um Kontinuitäten sichtbar zu machen, erschien mir sehr sinnvoll. Die Referent*innen und Podiumsteilnehmenden brachten unterschiedliche Perspektiven ein, die sich – wie ein Teilnehmer sagte – zu einem klaren Bild fügten: Hochschulen sind nicht nur Orte des Diskurses und der Diskussion, sondern auch Orte, an denen Ideologien und geduldeter Antisemitismus Raum finden.

Als Präsident habe ich nach dem 7. Oktober 2023 versucht, der jüdischen Community auf unserem Campus das Gefühl zu geben, dass sie nicht allein ist und wir als Universitätsleitung ihren Schmerz verstehen und solidarisch an ihrer Seite stehen. Der wachsende offene Antisemitismus – auch bei uns – hat jedoch gezeigt: Worte allein reichen nicht. Gespräche mit jüdischen Vertreter*innen machten deutlich, dass wir als Universität mehr tun müssen. Ich habe erfahren, wie tief Einsamkeit und Vertrauensverlust sitzen und dass diese nicht allein durch die Universitätsleitung aufgehalten werden können – auch, weil mindestens die offene Solidarität insgesamt zu gering war.

Parallel dazu forderte das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur von allen 14 hessischen Hochschulen Strategien gegen Antisemitismus sowie die Ernennung entsprechender Beauftragter. Mit Dr. Susanne Urban konnten wir ein Jahr nach dem 7. Oktober 2023 eine Beauftragte berufen, die durch ihre Expertise, ihren Lebensweg und das Vertrauen der jüdischen Community großes Gewicht in dieser Aufgabe besitzt. Dies entbindet weder mich noch unsere Hochschulmitglieder von der Verantwortung, selbst aktiv gegen Antisemitismus in allen Erscheinungsformen einzutreten. Das erfordert Mut, Wissen und Sensibilisierung – und deshalb bauen wir entsprechende Angebote für die gesamte Universität auf. Mir ist bewusst, dass unsere Beauftragte und unsere jüdischen Studierenden und Hochschulangehörigen nicht immer zufrieden sind mit Entscheidungen und Maßnahmen der Universität – mit meinen Entscheidungen und Maßnahmen. Einzelentscheidungen zu Veranstaltungen oder Personen sind schwierig und immer kontextabhängig. Dass sie für Betroffene unbefriedigend sein können, weiß ich in dem Moment, in dem ich sie treffe.

Susanne Urban und ich führen viele, auch kontroverse Gespräche über all diese Fragen. Sie vertritt unbeirrt solidarisch und konsequent die Interessen der Betroffenen. Auch wenn ich nicht immer alles umsetzen kann, nehme ich ihre Forderungen ernst. Der Weg ist weit. Um ihn weiterzugehen, sind engere Vernetzungen mit dem Netzwerk jüdischer Hochschulangehöriger und anderen Organisationen wichtig. Wir müssen alle mehr Wissen über die Vielfalt jüdischen Lebens und über Antisemitismus in all seinen Formen erwerben.

Besonders gespannt war ich auf die Forderungen und Statements jüdischer Akteure und Organisationen, die den Fachtag abgeschlossen haben. Dass sie in dieser begleitenden Veröffentlichung dokumentiert sind, ist wichtig – damit wir uns als Universität in Zukunft an ihnen messen können.

Der Fachtag im Juni 2025 hat mir deutlich vor Augen geführt, wie viel noch zu tun ist. Ich weiß nicht, wie der Weg genau verlaufen wird, aber ich weiß, dass wir ihn gemeinsam und entschlossen gehen müssen. Ich werde weiter versuchen, für eine Universität einzutreten, die jüdisches Leben sichtbar in ihrer Mitte hat.

Prof. Dr. Thomas Nauss
Präsident der Philipps-Universität Marburg

Grußwort

Als jemand mit zwei Hüten auf dem Kopf – als Leiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) – und als Beauftragte gegen Antisemitismus der Philipps-Universität Marburg ist es manchmal schwer, diese Hüte so rasch zu wechseln wie die Bedarfe und Beratungen sowie Anfragen auf mich zukommen oder Ideen in mir entstehen.

Mein Team von RIAS Hessen zeigt in dieser Publikation, womit wir uns befassen – wenn Meldungen aus dem Hochschulbereich eintreffen. Wieder ein Flugblatt, eine Schmiererei, eine Parole, eine E-Mail, ein Instagram-Kommentar, eine Beleidigung oder gar ein Angriff.

Als Beauftragte der Uni Marburg dachte ich, als ich im Oktober 2024 das Amt annahm – mal schauen, was so geschieht, wer so kommen wird und zu was ich gebraucht werde. Und kaum war ich im Amt, kamen die ersten Nachrichten, Bitten um Gespräche, Hinweise auf israefeindliche Literaturauswahl in diesem oder antisemitische Äußerungen in jenem Seminar. Ein Lehrender dort, der sich über Juden lustig machte, ein Kommilitone da, der kein Verständnis für die Präzedenzlosigkeit der Shoah zeigte.

Es kamen Menschen zu mir, die mir Vertrauen schenkten und ihre Erfahrungen und transgenerationalen Päckchen mit mir teilten. Sie alle bekamen nicht erst, aber insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 immer neue Päckchen aufgeladen. Sie erlebten Verluste, Ängste, Traumata, durchlitten Alpträume und Verunsicherungen. Sie studierten und lehrten unter Menschen, die keine Empathie hatten oder zeigten. Oder gar noch in den antisemitischen Chor einstimmten. Es gab Plakate und Flugblätter, die zu Gewalt aufriefen, eine Kundgebung nahe der Mensa, die den 7. Oktober als „Widerstand“ deklarierte und so vieles mehr. Die Räume für die Betroffenen in Marburg verengten sich, die Universität wurde zum unsicheren Ort.

Das kann und will ich nicht hinnehmen. Eine Idee unter diesem Hut war da – her mit einem Fachtag, im offenen Austausch zu Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart. Mit Referentinnen und Referenten, die Antisemitismus nicht bagatellisieren oder relativieren. Und die trotzdem nicht einer Meinung sein müssen. Aber die sich nicht entsolidarisieren. Binnen weniger Wochen stand der Fachtag, auch dank der Kooperation mit Katharina Völsch und Matti Traußneck von der Universität Marburg.

Der Fachtag selbst bot, wie eine Teilnehmerin sagte, das erste Mal seit dem 7. Oktober 2023 einen antisemitismusfreien Raum. Es geht also!

Danke an alle, die nun Texte, Reflexionen und Forderungen beigetragen haben.

Susanne Urban
Beauftragte gegen Antisemitismus der Universität Marburg

Grußwort zum Fachtag am 26. Juni 2025¹

Liebe Anwesende,

ich freue mich, dass heute so viele von Ihnen und euch in Marburg sind, um sich mit dem Thema Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart zu beschäftigen.

An dieser Stelle ein zwei Worte zu mir. Ich leite seit 2019 die Stabsstelle Antidiskriminierung und Diversität an der Universität Marburg. Wir bieten unabhängige und vertrauliche Beratung für Studierende und Beschäftigte an, die von unterschiedlichen Formen der Diskriminierung betroffen sind. Ich nehme hier in Marburg die gesetzliche Funktion der Ansprechperson für Antidiskriminierung nach dem Hessischen Hochschulgesetz wahr und bin darüber hinaus Sprecherin der bundesweiten Netzwerkes Antidiskriminierung an Hochschulen, in dem über 120 Hochschulen vernetzt sind.

Aus dieser Perspektive kann ich bestätigen, was viele von Ihnen schon wissen – weder ist Antisemitismus ein neues Phänomen an Hochschulen, noch handelt es sich dabei um ein importiertes Problem. Wie wir sehen werden, war der Versuch der Legitimation von Antisemitismus schon immer eng mit der akademischen Wissensproduktion verknüpft. Antisemitismus ist als strukturelles Problem tief in die deutschen Universitäten und Hochschulen eingeschrieben.

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir nichtsdestotrotz eine andere Qualität antisemitischer An- und Übergriffe, die dazu führen, dass sich jüdische Studierende und Beschäftigte bzw. Personen mit jüdischer Familiengeschichte an den Hochschulen nicht mehr sicher fühlen.

Umso wichtiger ist es, dass die Akteur*innen, die sich dafür einsetzen, dass alle Studierenden und Beschäftigten ungeachtet bspw. ihres Geschlechts oder antisemitischer und rassistischer Zuschreibungen willkommen und sicher fühlen können, solidarisch miteinander daran arbeiten, dass Antisemitismus keinen Platz mehr in den Universitäten und Hochschulen hat. Dies ist eine Verantwortung, die wir darüber hinaus als Mitglieder und Angehörigen der Hochschulgemeinschaft alle gemeinsam tragen.

Auch die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft ist an dieser Stelle von besonderer Bedeutung, darum freue ich mich heute auch besonders, Vertreter*innen unterschiedlicher Initiativen bzw. der jüdischen Gemeinde hier begrüßen zu dürfen.

In diesem Sinne wünsche ich uns für den heutigen Tag neue Impulse und gemeinsame Momente des Lernens, mutige Gespräche sowie solidarische Vernetzung.

Herzlichen Dank!

Katharina Völsch

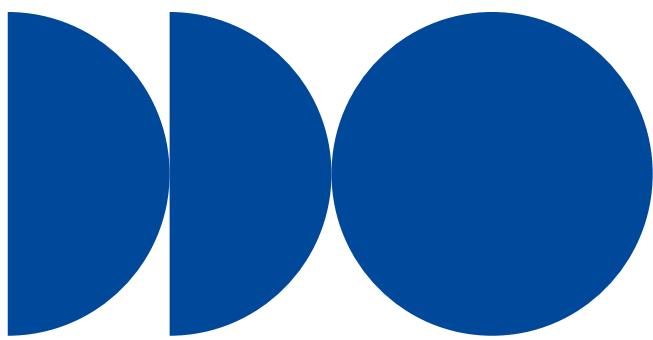
Leiterin der Stabsstelle Antidiskriminierung und Diversität an der Universität Marburg

¹ Der Text entspricht dem Grußwort vom 26. Juni 2025 in direkter Rede. Die Nennung einiger Personen, die als Gäste anwesend waren, wurde hier gestrichen.

Zooming in

Die Universität Marburg – jüdische Perspektiven

Eine Geschichte in Textsplittern¹



¹ Zusammengestellt von der Beauftragten gegen Antisemitismus an der Universität Marburg (Susanne Urban) und redaktionell betreut von RIAS Hessen (Gabriel Hoppe).

Landgraf Philipp von Hessen, Namensgeber der Universität Marburg.

„Die reformatorische Lehre veranlaßte ihn zur grundsätzlichen Überdenkung des Verhältnisses der Landesfürsten als Inhabern des Judenregals zur Judenschaft des Reichs. Die sich unter den maßgebenden Reformatoren sehr bald durchsetzende abgrenzende Haltung gegenüber den Juden konnte aber auch Philipp nicht übersehen. Der bei ihm immer wieder hervortretende Widerspruch zwischen einer persönlich wohlwollenden Haltung aus christlicher Überzeugung heraus und einer politisch härteren Haltung aus Gründen der Stabilisierung der neuen Kirchenverfassung und der Konsolidierung des vielfach gefährdeten Landesfürstentums aber bleibt bestehen und kann nicht durch eine ›Harmonisierung‹ der hierzu überlieferten Quellen aufgelöst werden. [...] Juden wurden zum Gegenstand ‚politischen‘ Handelns [...].“²

„Nach ihrer 1524 verordneten Vertreibung aus Hessen wurden wenige Jahre später nochmals vorübergehend Juden zugelassen. Nach Gründung der Marburger Universität 1527 hatten sich allerdings deren Professoren gegen einen Aufenthalt von Juden in der Stadt ausgesprochen [...] Nach 1550 bis 1621 werden Juden in Marburg kaum erwähnt.“³

„Außerhalb Brandenburg-Preußens wurden Juden zuerst an den hessischen Hochschulen in Gießen und Marburg immatrikuliert, die als kleine und konfessionell unterschiedliche Universitäten der beiden hessischen Landgrafschaften miteinander um die Studentenzahl konkurrierten. An beiden Hochschulorten waren zu Beginn des 18. Jahrhunderts einige jüdische Familien ansässig.“⁴ Für das Jahr 1710 gab es den ersten Hinweis auf einen jüdischen Studenten, für 1757/58 ist die Erstpromotion von Nathanael Speyer aus Kassel verbürgt.⁵ Bis zur beginnenden Emanzipation Anfang des 19. Jahrhunderts stand Juden nur Medizin als Studienfach offen. Erst mit den in den deutschen Kleinstaaten unterschiedlichen Gesetzen zur jüdischen Gleichberechtigung wurde bspw. Jura für jüdische Studierende geöffnet. Intellektuelle wie Ludwig Börne und Heinrich Heine immatrikulierten sich für dieses Fach. Promoviert wurden jüdische Jurastudenten nur in Göttingen, Heidelberg oder Marburg.⁶

„Von 1813-30 sind die Immatrikulationen von mindestens 28 Juden in Marburg nachzuweisen, unter denen 12 Medizin, 5 Theologie, 5 Philosophie, 5 Jura und einer Ökonomie studierten. Nach 1831 und besonders nachdem 1833 in Kurhessen das fortschrittlichste Emanzipationsgesetz Deutschlands erlassen worden war, stieg die Zahl der jüdischen Studenten beträchtlich. Schon für das Wintersemester 1832/33 berichtete der Marburger Rabbiner von über 20 jüdischen Studenten.“⁷ Rund zwei Drittel von ihnen studierten an der Philosophischen Fakultät und wurden Rabbiner. Jene, die in Marburg promovierten, konnten keine Professur erhalten; dies blieb Juden vorbehalten, die sich taufen ließen. Ein Taufchein als „Entreebillet zur europäischen Kultur“, wie es Heinrich Heine spöttisch nannte.

2 Battenberg, Friedrich J (2004): Juden um Landgraf Philipp den Großmütigen von Hessen, in: ASCHKENAS - Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 14/2004, H. 2, S. 387-414, hier: S. 414.

3 Bunk, Monika (2022): „An allem sind die Juden und die Radfahrer schuld“. Deutsch-jüdische Missverhältnisse und Missverständnisse beobachtet bei einem Streifzug durch die Marburger Geschichte. Vortrag, gehalten am 18.05.2022 im Hessischen Staatsarchiv <https://studierendengeschichte.de/berichte/bunk/>, S. 4.

4 Richarz, Monika (1974): Der Eintritt der Juden in die akademischen Berufe. Jüdische Studenten und Akademiker in Deutschland 1678-1848, Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr, S. 38.

5 Ebd., S. 29 und S. 66, Fußnote 186.

6 Ebd., S. 107.

7 Ebd., S. 125 f.

1818: Einweihung der Synagoge in der Ritterstraße 2

„Marburg. - Den 14. August (1818) feierte die hiesige Israelitische Gemeinde das Fest der Einweihung ihrer neu errichteten Synagoge. Um 3 Uhr Nachmittags nahm unter feierlicher Gottesverehrung, mit Gesang und Instrumentalmusik das Fest seinen Anfang [...]. Sämtliche Kurfürstliche Zivil- und Militärbehörden, die Herren Professoren der Universität, die Geistlichkeit aller Konfessionen, eine große Anzahl der studierenden Jugend und mehrere Personen aus allen Ständen waren zugegen, und die Ordnung und Andacht, welche sowohl bei dem Zuge (aus der alten Synagoge in die neue) durch die Stadt, als auch in der Synagoge fortwährend herrschten, waren sprechende Beweise, dass diese heilige Angelegenheit alle Gemüter in Anspruch genommen, und Alle den innigsten, frömmsten Anteil an dem Feste gehabt haben. Das Musikchor bestand größtenteils aus Liebhabern der Tonkunst (unter denen mehrere Professoren und Studirende) welche zur Ehre Gottes die Festlichkeit zu verschönern und zu erhöhen suchten. [...] Es war ein wahrhaft herzerhebendes Fest der allgemeinen Gottesverehrung, das eine andächtige Volksmenge - ohne Unterschied weder des Glaubens noch des Standes, in Eintracht und Liebe feierte, vor dem Angesichte des himmlischen Allvaters, und es wird gewiss bei den Mitgliedern jeder Glaubensgemeinde dieser Stadt, dieser Tag als einer der schönsten noch lange im Andenken bleiben.“⁸

„Ohne Unterschied weder des Glaubens noch des Standes“ – wohl bei der Eröffnung der Synagoge, aber nicht an der Universität, wo es verhinderte Karrieren und Taufdruck gab.

„Selbst in Kurhessen, wo Juden seit 1833 Beamte werden konnten, lehnte das Ministerium die Gesuche der Privatdozenten Hoffa und Rubino um das Extraordinariat ab. Der 1827 in Marburg habilitierte Altphilologe Joseph Meier Hoffa aus Kassel blieb bis zu seinem Tode 26 Jahre lang Privatdozent. Hoffa, der zum Vorstand der Marburger jüdischen Gemeinde gehörte, ernährte sich durch Sprachunterricht an der Realschule, da alle seine Gesuche um Gratifikation oder Anstellung als Gymnasiallehrer, Bibliotheksbeamter und Lektor erfolglos blieben. Aus ähnlicher Situation zog Josef Rubino, der zweite jüdische Altphilologe Marburgs, nach zehnjähriger Privatdozentur die Konsequenz der Taufe. Die Universität [...] machte ihn 1832 zum provisorischen Dozenten und verlieh ihm das Prädikat Professor.“⁹

Das Studium diente in der jungen jüdischen Generation auch dem sozialen Aufstieg und der Teilhabe an der Moderne.

„Entsprechend den inoffiziellen Berufsbeschränkungen, die jedem Juden bekannt waren, entschieden sich 1886–1912 durchschnittlich über 70 Prozent der jüdischen Studierenden in Preußen für die beiden Fakultäten Medizin und Jurisprudenz, der Rest studierte verschiedene, zumeist natur- und geisteswissenschaftliche Fächer oder Zahnmedizin. [...] Frauen wurden an den preußischen Universitäten erstmals 1896 als Gasthörerinnen zugelassen und konnten sich erst ab 1908 voll immatrikulieren. Von dieser neuen Möglichkeit machten jüdische Frauen [...] ganz überdurchschnittlich starken Gebrauch. Reichsdeutsche jüdische Studentinnen bildeten 1908/9 in Preußen sogar 18 Prozent aller weiblichen Studierenden und bis 1925 durchschnittlich etwa 11 Prozent. [...]“¹⁰

8 Sulamith, Jahrgang V Band 2, nach: https://www.alemannia-judaica.de/marburg_synagoge.htm.

9 Richarz (1974), S. 214.

10 Richarz, Monika (2015): „Jüdische Akademiker als Anwälte und Ärzte: Behinderte Emanzipation und berufliche Orientierung“, in: Was war deutsches Judentum? 1870–1933, hrsg. v. Von Braun, Christina. München, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 167–179., hier: S. 171 f., <https://doi.org/10.1515/9783110400502.167>.

„Blickt man zurück auf die Wahl des Studienfaches bei allen jüdischen Studierenden seit Beginn des Kaiserreichs, so kann man nicht umhin zu sehen, wie sehr diese bestimmt wurde durch die staatliche und gesellschaftliche Diskriminierung der Juden. Ihre Tendenz zu den freien Berufen war keine Neigungswahl, sondern entsprang der bereits im Kaufmannsberuf gemachten Erfahrung, dass die Selbständigkeit am besten vor Judenfeindschaft schützte, während eine abhängige Beschäftigung die Gefahr erhöhte. Letzteres galt besonders für Berufe in hierarchischen Strukturen wie Universität und Armee, in denen der Antisemitismus im Kaiserreich stark vorherrschte.“¹¹

Marburg, 1891: „Wegen thätlicher Beleidigung eines jüdischen Mitbürgers, den sie in angetrunkenem Zustande aus purer Rauflust angegriffen hatten, waren hier im vergangenen Sommer drei Studenten mit Gefängnisstrafe von zwei, drei und vier Wochen belegt worden. Die Verurteilten reichten ein Gnadengesuch ein. Jetzt sind die Gefängnisstrafen in Festungshaft von gleicher Dauer umgewandelt worden.“¹²

1897: Eine neue Synagoge in der Universitätsstraße

„Marburg. Der 18. Elul (= 15. September 1897) bildet einen Wendepunkt in der Geschichte der jüdischen Gemeinde Marburg. Es ist der Tag, an dem die Synagoge eingeweiht wurde. Wenn schon für jede jüdische Gemeinde ein solcher Tag von Bedeutung ist, so muss dies für die unsrige ganz besonders der Fall sein. [...] Durch die Universität gewinnt sie eine Wichtigkeit, die nicht unterschätzt werden darf. Junge Leute, die hier ihren Studien obliegen, lernen auch hier zum ersten Mal das Leben kennen, Die Eindrücke, die sie empfangen, tragen sie mit sich für alle Zeit fort. Sie nehmen die verschiedenen Institute der menschlichen Gesellschaft in Augenschein und schenken ihren inneren Einrichtungen die größte Aufmerksamkeit. In unserer Zeit gewinnt ja wieder das religiöse Leben an Boden und wird demselben mannigfaches Interesse entgegengebracht. Der nichtjüdische Student sehnt sich oft danach, auch unsere Kultusstätte und unsern Kultus kennen zu lernen. Die irrigsten Vorstellungen herrschen ja über denselben selbst in den Kreisen, von denen man es nicht erwarten sollte. [...] Das Bestreben unseres hochverehrten Herrn Provinzial-Rabbiner Dr. Munk, der erst jüdisches Leben hier gepflanzt hat, indem er jüdische Institute mannigfacher Art erst schuf, ging auch dahin, dass ein würdiges Gotteshaus in der Gemeinde errichtet würde. [...] Doch [...] will ich den Abschied von dem schlchten alten Gebethause schildern. Die ganze Gemeinde hatte sich zum Morgengottesdienst in diesem vereinigt. Das Gebet ging in üblicher Weise vor sich, da ertönt plötzlich beim *Tachanun* (Bittgebet) aus dem Munde unseres Rabbiners das *Schomer Israel* (Hüter Israels'). Wer die antisemitischen Irrungen und Wirrungen der letzten Jahre kennt, wird begreifen, welchen Eindruck dieses Bekenntnisgebet auf Hörer Marburgs machte. [...] Um 1/2 12 Uhr begann die Einweihungsfeier der neuen Synagoge. Im Vorgarten hatte sich die gesamte Gemeinde mit ihren Gästen versammelt. Als Ehrengäste waren unter Anderem anwesend: Der Oberbürgermeister, der Vizebürgermeister, der Vorsitzende des Stadtausschusses, der Landrat, zugleich als Vertreter des Herrn Regierungspräsidenten, der zu seinem lebhaften Bedauern am Erscheinen verhindert war, der Stadtkommandant, der Kurator der Universität, der Vertreter des abwesenden Rektormagnificus und die Direktoren der höheren Lehranstalten. [...] Die Feier war freudig und würdig, eine Feier, wie sie dem jüdischen Geiste und Herzen entspricht.“¹³

11 Ebd., S. 173.

12 Der Israelit, 7. Dezember 1893.

13 Der Israelit, 23. September 1897.

Die jüdische Gemeinde wuchs 1905 auf 512 Personen an. Es gab in der Stadt eine jüdische Mensa und ein jüdisches Hotel. Die Familie Isenberg betrieb von 1888 bis etwa 1920 am Steinweg 12 ein Hotel mit Gaststätte und Metzgerei im aus dem 17. Jahrhundert stammenden Breidenbachschen Hof. Das Lokal war bei Studenten beliebt und auch Treffpunkt für Marburger jüdische Vereine und die Zionistische Vereinigung. Für größere Feste stand das Speiselokal des Ehepaars Wohl in der ersten Etage der Wettergasse 25 zur Verfügung. Diese Gaststätte nahm, angeregt durch Rabbiner Cohn, bald den Charakter einer „jüdischen Mensa“ an. Familie Wohl emigrierte 1934 nach Palästina.¹⁴

Vor dem Haus des früheren Isenbergschen Hotels sind Stolpersteine für Gerson und Selma Isenberg zu sehen.¹⁵ Gerson Isenberg (geb. 1880) wurde am 14. November 1938 im KZ Buchenwald ermordet¹⁶; seine Frau (geb. 1881), wurde 1942 ins Ghetto Theresienstadt und 1944 weiter nach Auschwitz deportiert, wo sie am 18. Mai 1944 umgebracht wurde.¹⁷ In Kassel waren ihr die letzten Wertgegenstände abgenommen worden.¹⁸ Der 1910 geborene Sohn Hans floh nach Frankreich, wurde 1944 aus Toulouse in das KZ Buchenwald deportiert; er überlebte.¹⁹ Die 1906 geborene Tochter Lieselotte nahm sich 1942 nach Erhalt des „Evakuierungsbefehls“ zur Deportation in Hamburg das Leben.²⁰ Im Marburg der Gegenwart findet sich im Erdgeschoss des Hauses die Musik- und Jazzkneipe „Cavete“.

Jüdische Studentenverbindungen

Eine erste jüdische Korporation entstand 1886 in Breslau, bald gab es weitere, die sich 1896 im „Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens“, (KC) vereinten. „Die Gründungen jüdischer Studentenverbindungen könnten somit zum einen als Ausdruck einer „Jüdischen Renaissance“, einer Bejahung der jüdischen Identität gesehen werden, zum anderen aber auch als Reaktionen auf den antisemitisch motivierten Ausschluss aus den übrigen Studentenverbindungen.“²¹ Jüdische Studenten mussten gezwungenermaßen konfessionelle Verbindungen gründen. Sie wollten aber auch ihre Satisfaktionsfähigkeit beweisen. Der religiöse „Bund Jüdischer Akademiker“ wurde 1906 als Zusammenschluss der ab 1903 in einzelnen Städten entstandenen Vereinigungen gegründet. „Sein Wahlspruch war ‚Torah im derech eretz‘ [Tora im Weg des Landes], das bedeutete das Streben nach Einheit von säkularer und religiöser Wissenschaft [...]. Mitglieder konnten nur strenggläubige Juden werden. Sie lehnten das studentische Brauchtum ab, verhielten sich politischen Fragen gegenüber neutral. 1913 existierten sieben VJA in Berlin, Heidelberg, Marburg, München, Straßburg, Würzburg und Breslau [...]“²²

Die zionistischen studentischen Verbindungen mussten sich Vorwürfen des Separatismus und der Abkehr vom Deutschsein stellen. Der Marburger zionistische „Verband jüdischer Studierender“ hatte vor seiner Genehmigung 1907 gegen erhebliche Widerstände durch die zuständigen Beamten zu kämpfen gehabt. Um 1911 wurde ihm der Verbindungsbetrieb für drei Semester bis zum Wintersemester 1912/13 untersagt.²³

14 Bunk (2022), S. 19.

15 <https://www.geschichtswerkstatt-marburg.de/projekte/isenb.php>.

16 Veränderungsmeldungen KZ Buchenwald: <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/5278114>

17 <https://www.pamatnik-terezin.cz/prisoner/te-isenberg-selma>

18 Registrierungen von Ausländern und deutschen Verfolgten durch öffentliche Einrichtungen, Versicherungen und Firmen, ausgestellt 23.10.1947: <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/70454409>.

19 Unterlagen aus dem KZ Buchenwald, https://collections.arolsen-archives.org/de/document/6142220_bis_614223; https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&BIO_ID=5160.

20 https://www.stolpersteine-hamburg.de/?&MAIN_ID=7&BIO_ID=5160.

21 Rürup, Miriam (2008): Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886-1937. Göttingen: Wallstein, S. 84.

22 Ebd., S. 83, FN 131.

23 Ebd., S. 104, FN 221 und S. 131.

Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zu Neugründungen von Studentenverbindungen. „In schneller Abfolge gründeten die an die Universitäten (zurück)strebenden jüdischen Studenten – wie auch ihre nichtjüdischen Kommilitonen – viele neue Kartellverbindungen: Bis Ende 1919 waren Verbindungen in Halle, Göttingen, Gießen, Rostock, Greifswald, Hannover, Hamburg, Marburg und Würzburg entstanden.“²⁴

In Marburg wurde 1919 die „Hassia“ gegründet: „Der Zusammenschluss, der zum Zeitpunkt seiner Gründung 17 Mitglieder zählt, sieht sich in der kleinen mittelhessischen Universitätsstadt von Beginn an einem ausgesprochen feindlich gesinnten korporierten Milieu gegenüber. Passenderweise gibt sich die farbentragende und unbedingt Satisfaktion gebende (das heißt Ehrenstreitigkeiten mit der Waffe lösende) Verbindung den Wahlspruch ‚Viel Feind, viel Ehr!‘ und sieht sich ungeachtet aller Anfeindungen [...] fest, auf dem Boden deutschvaterländischer Gesinnung‘. Die dem [...] KC angeschlossene konfessionelle Studentenverbindung, die von allen anderen Marburger Korporationen als Störfaktor wahrgenommen wird, sich im öffentlichen Leben der Kleinstadt mit regelmäßig zu Tage tretenden antisemitischen Überzeugungen konfrontiert sieht, und sowohl einer in der mittelhessischen Provinz stark verankerten völkischen Gesinnung, als auch einer reaktionär eingestellten Dozentenschaft gegenübersteht, existiert erwartungsgemäß nicht lange: bereits im Wintersemester 1920/21 zählt die ‚Hassia‘ gerade noch drei aktive Mitglieder; zum 31. März 1922 erklärt sie ihre Suspension.“²⁵ Zwischen der Universitätsleitung und den jüdischen Verbindungen bestanden seinerzeit kaum Kontakte, während die Beziehungen der Leitung zu den anderen Verbindungen exzellent waren.²⁶

1908 kam es an der Marburger Universität erstmals zur Dokumentation gewalttätiger Ausschreitungen gegen jüdische Studenten.²⁷ In der Weimarer Republik nahm die Zahl der Disziplinarvergehen mit antisemitischem Hintergrund zu. Jüdische Verbindungen sollten sich bei antisemitischen Vorgängen an die übergeordneten Behörden wenden. Heidelberg, Marburg und Gießen waren damalige antisemitische Hotspots.²⁸

„Frankfurter Zeitung“, 22. Juli 1919: „In Marburg und Gießen haben sich mehrfach Studenten Misshandlungen von Juden zuschulden kommen lassen. [...] Es handelt sich hierbei nicht etwa um sporadische Ausbrüche einer Volksmenge, sondern um ganz planmäßige antisemitische Arbeit [...].“

Antisemitismus gegen jüdische Studierende in Marburg gab es nicht nur im studentischen und städtischen Milieu, sondern auch in der Professorenschaft. Der Student Siegfried Höxter wurde „im Sommer 1925 beim Rektor vorstellig [...], um eine Rüge gegen einen Professor für Hygiene zu erwirken. Der Ordinarius, Geheimrat Bonhoff, hatte in einer Vorlesung über Schlachthäuser das rituelle Schächten mit antisemitischen Argumenten gebrandmarkt, was Höxter als beleidigend und damit ehrenrührig empfand. Durch das Eingreifen des Rektors erhoffte er sich Genugtuung. Diese Genugtuung wurde ihm jedoch nicht gewährt. Der Universitätsrichter vermerkte nach einer Besprechung, dass die Äußerungen nicht ‚als eigentlich beleidigend‘ einzustufen seien.“²⁹ Nota bene: Bonhoff hielt im Wintersemester 1927/28 eine Vorlesung über „Die Grundlagen der Rassenhygiene und ihre Bedeutung für den Daseinskampf der Grenz- und Auslandsdeutschen.“³⁰

²⁴ Ebd. S. 98.

²⁵ „Gründung der jüdischen Studentenverbindung Hassia in Marburg, Frühjahr-Sommer 1919“, in: Zeitgeschichte in Hessen <https://www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/4954> (Stand: 9.8.2021)

²⁶ Rürup (2008), S. 262.

²⁷ Ebd., S. 376.

²⁸ Ebd., S. 400.

²⁹ Ebd., S. 188 f. und FN 31.

³⁰ Schlaginhaufen, O., (1928). Mitteilungen, Anthropologischer Anzeiger, 5 (1), 78–88, hier: S. 86, <https://www.jstor.org/stable/29535139>.

„Ob eine Ehrverletzung durch eine Beleidigung, insbesondere eine antisemitische, vorlag, musste in jedem Fall vor Eröffnung des Schiedsgerichtsverfahrens geklärt werden. Der Autor eines Entwurfes eines allgemeinen Burschen-Komments der Marburger Studentenschaft formulierte das zugespitzt so: ‚Im Allgemeinen bleibt es einem Juden überlassen, ob er sich beleidigt fühlt oder nicht.‘“³¹

März 1920: In Marburg formierte sich ein Studentenkorps verschiedener Verbindungen (ohne jüdische Beteiligung). Sie fabulierten in Thüringen einen spartakistischen Aufstand. Es kam am 20. März 1920 zu den Morden in Mechterstädt, an Arbeitern, die dort willkürlich festgenommen worden waren. Die Universität Marburg stellte sich solidarisch – hinter die Täter.³² Seit 1921 war in der Weimarer Republik der 11. August als Verfassungstag nationaler Feiertag. Während beispielsweise deutsche Rabbiner anlässlich dieser Errungenschaft öffentliche Reden hielten, gab es in Marburg bei Professoren und vor allem auch den Verbindungsstudenten Widerstand gegen Würdigungen der demokratischen Republik.³³

Das Vertrauen jüdischer Hochschulangehöriger und Studierender in die demokratischen Verfassungen der Institution wurde immer wieder aufs Neue erschüttert.

400 Jahre Universität Marburg – in „Der Israelit“ am 12. August 1927: „In der Zeit vom 29. Juli bis 1. August fand hier die Vierhundertjahrfeier der Landesuniversität statt. Unter den geladenen Behörden befand sich auch das Vorsteheramt der Israeliten in Marburg, vertreten durch den Provinzialrabbiner Herrn Dr. Cohn [...] Er übermittelte die Glückwünsche der israelitischen Gemeinden der Provinz und wies auf die stattliche Zahl der jüdischen Dozenten und Studierenden in der Geschichte der Universität hin, unter denen sich Männer von Weltruf befunden hätten. Er fasste seine Wünsche in dem Gebet zusammen, dass der Allgütige auch weiterhin diese Stätte der Bildung in seinen Schutz nehmen möge, damit sie die Zeit herbeiführen helfe, von der der Prophet kündet, dass die Erkenntnis Gottes die ganze Welt erfüllen möge.“

Die NSDAP erhielt 1933 bei der Stadtverordnetenwahl 20 von 30 Sitzen. 1933 wurden von 186 Hochschullehrenden mindestens 20 entlassen, 14 davon aus „rassischen“ Gründen; zwölf Personen konnten emigrieren.³⁴

Der 1879 geborene Philologe Hermann Jacobsohn wählte zwei Tage nach seiner Entlassung den Freitod. Er warf sich am Südbahnhof vor einen Zug. Der mit einer nichtjüdischen Frau verheiratete Jacobsohn hatte sein Judentum nicht praktiziert, aber die jüdische Tradition seiner Familie wertgeschätzt. Jacobsohn hatte seit 1911 an der Universität Marburg gearbeitet und war im Sommer 1919 ordentlicher Professor und Direktor des Orientalischen und Indogermanischen Seminars geworden. 1930 wurde er stellvertretender Direktor des Sprachatlas des Deutschen Reiches und Deutsche Mundartforschung. Ab den 1920er Jahren war er in Marburg Zielscheibe politischer und antisemitischer Angriffe. Er hatte Marburg 1913 verlassen wollen, aber seinerzeit war von der Universität Rostock seine Berufung auf eine Professur „wegen seines Religionsbekenntnisses“ abgelehnt worden. An Jacobsohn erinnert ein Stolperstein in der Marburger Schückingstraße 24. Der 1999 nach ihm benannte Weg befindet sich am Südbahnhof, wo er sein Leben beendete.³⁵ Jacobsohn wurde in seinem Geburtsort Lüneburg beerdigt.

31 Rürup (2008), S. 194.

32 Heither, Dietrich/Schulze, Adelheid (2015): Die Morde von Mechterstädt 1920. Zur Geschichte rechtsradikaler Gewalt in Deutschland. Berlin: Metropol.

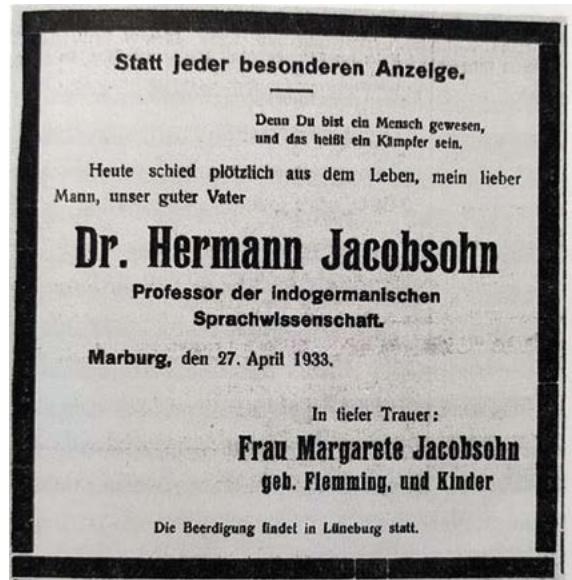
33 Rürup (2008), S. 261 f.

34 Grüttner, Michael/Kinas, Sven (2007): Die Vertreibung von Wissenschaftlern aus den deutschen Universitäten 1933–1945. In: Vierteljahrsshefte für Zeitgeschichte. 55, 2007, S. 181f. https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2007_1.pdf. Weitere Informationen: <https://www.uni-marburg.de/de/portal-ns-geschichte>.

35 Verroen, Ruth (2015): Leben Sie? Die Geschichte einer jüdischen Familie in Deutschland (1845-1953). Ilmtal-Weinstraße, arts+sciences weimar; Hermann Jacobsohn zum Gedenken 30. August 1879 – 27. April 1933 (2023), hrsg. von Schütte-Hoof, Maja I. im Auftrag der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Lüneburg e.V., Lüneburg.



Portrait Hermann Jacobsohn, undatiert © Bilddatei-Nr. fmb24287_03, Bildarchiv Foto Marburg / CC BY-SA 4.0



Todesanzeige © Privat

„Das einzige [...] Gedenken an Hermann Jacobsohn erschien zwei Tage später in Hermann Bauers³⁶ „Hessischen Tageblatt“ in einem Nachruf des Theologen Dr. Hanns Herrmann: „Höchste, unantastbare Ehrenpflicht des Lebenden ist es, für den Toten zu zeugen, der sich selbst für die wegweisende Idee seines Lebens: die Versöhnung von Deutschtum und Judentum, opferte. Wenige Stunden, nachdem er die Nachricht von der Ausschaltung aus einem Wirkungskreis, dem nicht nur amtliche ‚Berufung‘, sondern wahre Berufenheit lebendigen Sinn gegeben, erhalten hatte, schied Professor Hermann Jacobsohn aus einer Wirklichkeit, die sich ihm, seinem Wissen und Können, seinem Streben und seiner Menschlichkeit verweigerte. [...] Die Wissenschaft trauert um einen ihrer besten Vertreter. [...] Doch nur der Freund kann ganz ermessen, was wir in Hermann Jacobsohn verloren haben: die immer und überall schaffende Verkörperung wahrer humanitas: den Menschen, der an jedem Tage seines Erdenlebens darauf bedacht war, die irdische Kardinaltugend werktätigen Christentums: ‚wohlzutun und mitzuteilen‘, ‚zu erfüllen.‘ Einen Tag später musste das ‚Hessische Tageblatt‘ sein Erscheinen einstellen.“³⁷

Die Universität reagierte auf den Suizid nicht.

Der 1871 geborene, aus einer jüdischen Familie stammende, Alfred Bielschowsky war Direktor für Augenheilkunde an der Universitätsklinik Marburg. Er bot bereits ab 1915 für im Ersten Weltkrieg erblindete Soldaten Kurse an. Bielschowsky und sein Student Carl Strehl waren die Motoren hinter der 1916 erfolgten Gründung der heutigen Deutschen Blindenstudienanstalt e. V. (blista). Bielschowsky wurde deren ehrenamtlicher Direktor. Als er 1923 nach Breslau wechselte, blieb er Vorstandsmitglied. sah sich antisemitischen Studentenprotesten in Breslau ausgesetzt. Bielschowsky emigrierte in die USA, wo er bis zu seinem Tod 1940 erfolgreich weiterarbeitete. Die blista unterrichtete nach 1933 keine jüdischen Personen mehr. Aber sie profitierte

³⁶ [https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Bauer_\(Politiker,_1897\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Bauer_(Politiker,_1897))

³⁷ Maier-Metz, Harald (2005): Hermann Jacobsohn: Sein Leben. In: Köhler, Kai/Dedner, Burghard/Strickhausen, Waltraud (Hrsg.): Germanistik und Kunswissenschaften im „Dritten Reich“: Marburger Entwicklungen 1920 - 1950. München: Saur, S. 134– 152, hier: S. 149.

Stufe III

Liste G

(Alle Formulare sind in flüssiger
Ausfertigung einzureichen.)Land-
kreis Marburg/Lahn

Gemeinde Marburg/Lahn

Stadt-

Ausstellende Behörde Ausländeraufsichtsstelle

Aktion Schott

Inventory of personal effects of
Inventarverzeichnis allen persönlichen Eigentums oder persönlicher Habe von

Name Strauss

Sex M

Familienname Isaak

Geschlecht m oder w

Christian Name

Marburg/Lahn

Vorname

Usual place of residence

Date and Place of Birth 17.8.1857 Amöneburg

Heimatort

Geburtsdatum und -ort

Next of Kin (if known)

Nationalität Deutsche Juden

29

(Für jede Nationalität ist ein besonderes Formblatt zu verwenden.)

Name und Adresse des jetzigen Verwalters oder Verwahrers oder der betr. Behörden	Liste des Inventars
1	2

22.12.
versteigert am xix.1942

Besitzer unbekannt

DOCUMENTS STORED

Schlafzimmer	
1 Bettstelle	13 Kissenbezüge
2 Nachttische	9 Handtücher
1 Stuhl	1 Vertico
1 Waschtisch	1 alte Stehuh
Gardinen	Küche
Federbetten	2 Küchenschränke
2 Kopfkissen	m. Inhalt
1 Deckenlampe	1 Anrichte
Waschgarnitur	m. Inhalt
1 Uhr	2 Küchentische
Wohn-Herrenzimmer	
1 Tisch gross	1 Lampe
1 Tisch klein	1 Waage
6 Stühle	Kochtöpfe
1 Sofa	Gardinen
4 Sessel	1 Gasheiz
1 Stehlampe	5 Bügeleisen
1 Wanduhr	Vorräte eingeweg
1 Teppich	1400 kg. Kohle
Gardinen	Bodenkammer div. Ge- genstände
Spisezimmer	
1 Buffet m. Inhalt	1 Nähfisch
1 Vitrine mit Inhalt	1 Nähmaschine
	Tafelgerät Silber
	9 Tischdecken
	7 Kaffeedecken
Flurgarderobe	24 Servietten
2 Lampen	15 Handtücher
1 Schrank	3
1 Spiegel	

Ich bestätige nach bestem Wissen und Gewissen, dass dies eine treue und
vollständige Wiedergabe der verlangten Information ist. *M. Meyer*
Marburg, den 1.9.1947

von den Deportationen der jüdischen Marburger:innen und erhielt am 18. Dezember 1942 Haushaltsgegenstände und Möbel aus dem „Judennachlass“ aus der Wettergasse 2, darunter Geschirr und einen Schreibtisch.³⁸ In der Wettergasse 2 hatte seit 1872 die Lederhandlung Strauß bestanden. Im Dezember 1941 wurden der Witwer Isaak Strauß, seine Tochter Thekla, ihr Ehemann Leo Marxheimer sowie deren Tochter Ruth deportiert. Frieda Wertheim, ihre Haushälterin, wurde im September 1942 nach Theresienstadt verschleppt. Von den vier weiteren Töchtern des Isaak Strauß überlebten nur zwei die Shoah.³⁹ Das Hab und Gut der Familie Strauß wurde am 22. Dezember 1942 versteigert. Es gab noch mehr als das, was die Blindenanstalt sich genommen hatte.⁴⁰

Die Zerstörung der Marburger Synagoge im November 1938 wurde ebenfalls zum Abbild der „Arisierung“. „Die Pogromnacht kam auch der Universität zugute, die schon im Oktober Verhandlungen um das Synagogengrundstück geführt hatte: sie kaufte 1939 das Grundstück, um es sich für spätere Erweiterungen zu sichern.“⁴¹ Nach 1945 wurde, weil es keine jüdische Gemeinde mehr gab, das Synagogengrundstück nach Abschluss der Restitutionsverfahren in den Besitz des Landes Hessen überführt. Am 10. November 1963 wurde ein Gedenkstein aufgestellt: „Zum Gedenken an die am 10. November 1938 frevelisch zerstörte Synagoge und an unsere ermordeten jüdischen Mitbürger.“ Auf der Rückseite ist die Philipps-Universität genannt. Mehr nicht. Seit 2012 gibt es an dem Ort den würdigen „Garten des Gedenkens.“

„Samstag, 26. August 1933: Ein Mann wird von der SA durch die Straße getrieben, ein junger Mann im dunklen Anzug. In den Händen hält er ein großes Schild, auf dem zu lesen ist: ‚Ich habe ein Christenmädchen geschändet!‘ Sein Gesichtsausdruck [...] wirkt maskenhaft starr, als ob er durch größtmögliche Abweisung die Demütigung auf Distanz halten wolle. Gäbe es das Plakat nicht, hätte man auf den ersten Blick Mühe, diesen Umzug als eine politische Aktion zu erkennen, die einen Menschen öffentlich erniedrigen und verächtlich machen soll. Denn vor den uniformierten SA-Männern her marschiert ein Spielmannszug, Jugendliche begleiten den Aufmarsch, feixend und Fahrrad fahrend, Schaulustige säumen den Weg, eine Mutter hält ihr Kind auf dem Arm, und eine andere Frau begrüßt mit zum ‚deutschen Gruß‘ erhobenen Arm die SA-Kolonne. [...] niemand, der dem Treiben entgegentritt oder sich angewidert abwendet. [...] Die zahlreichen Zuschauer waren keine Täter wie die SA-Männer [...] Die Schaulustigen, [...] wie auch immer ihre innere Einstellung zum Geschehen gewesen sein mag, stellten ein unverzichtbares Element dieser Aktion dar, die in aller Öffentlichkeit stattfand, um ebendiese Öffentlichkeit fundamental zu verändern. Alle Zuschauer, die den Zug begleiteten, auch jene mit inneren Vorbehalten, nahmen an der Inszenierung teil. Sie wurden zwar nicht zu Tätern, aber zu Komplizen der antisemitischen Politik.“⁴² Der so durch die Straßen Getriebene war Jakob Spier, geboren 1908 in Schrecksbach. Er studierte seit 1930/31 in Marburg Medizin, vorher war er in Heidelberg immatrikuliert gewesen. In Marburg lebte er in der Biegenstraße 19 und hatte sich mit einer nichtjüdischen jungen Frau angefreundet. 1936 emigrierte Jacob Spier in die USA und praktizierte dort als Arzt.⁴³

38 <https://www.blista.de/sites/default/files/blista-blickpunkte-thema2.pdf>.

39 <https://www.geschichtswerkstatt-marburg.de/projekte/strauss.php>.

40 Registrierungen von Ausländern und deutschen Verfolgten durch öffentliche Einrichtungen, Versicherungen und Firmen, ausgestellt 1947: <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/70454321>; <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/70454322>

41 Elmar Brohl: https://garten-des-gedenkens.de/?page_id=147&lang=DE.

42 Wildt, Michael (2024): (Un-)Sichtbarkeit der Gewalt. Vier Fotografien, drei Vorschläge, in: Bothe, Alina/Kreutzmüller, Christoph/Quinkert, Babette (Hrsg.): Fotografie und Gewalt im Nationalsozialismus. Göttingen: Wallstein, S. 27-43, hier: S. 37 ff.

43 <https://studierendengeschichte.de/essays/essay-hilleke/>.

Displaced Persons (DPs) wurden von den Westalliierten nach Ende des Zweiten Weltkriegs all jene genannt, die sich durch Verschleppung und Kriegsfolgen außerhalb ihrer Heimat aufhielten- vor allem Überlebende der Shoah, andere Deportierte, Überlebende der Zwangsarbeit und Kriegsgefangene.

Nach 1945 lebten auch in Marburg jüdische DPs. Sie wollten in diesem Transitraum studieren, sie gaben eine Zeitung heraus, manche erhielten nahebei eine landwirtschaftliche Ausbildung. Waren es im November 1945 rund 150 Personen, lebten im Mai 1947 mehr als 370 jüdische DPs in Marburg. Die Überlebenden wanderten nach und nach aus, manche in die USA oder Australien, und viele gingen nach der Staatsgründung nach Israel. Im März 1950 waren es noch 80 Personen, die in der Gemeinde gemeldet waren. Die Verwaltung der jüdischen DPs befand sich in der Schulstraße 14, Vorsitzende waren Israel Blumenfeld, Josef Perlmutter und Oscar Berger. Der Fußballverein der DPs war „Makkabi Marburg“.⁴⁴ Die „Jüdische Rundschau/The Jewish Review“⁴⁵ hatte ihren Redaktionssitz in der Frankfurter Straße 42.

Im Dezember 1945 hatten die Westalliierten verfügt, dass die wieder eröffneten Universitäten rund zehn Prozent der Studienplätze an Displaced Persons (gleich welcher Herkunft) zu vergeben hätten. 1945/46 begannen 56 DPs in Marburg ein Studium; im März 1946 waren in Marburg 17 jüdische Studierende registriert.⁴⁶ Die meisten lebten gemeinsam im Fronhof (Am Grün). 1947 waren es 25 jüdische Studierende.

„Nach sechs Jahren sitzen wir wieder auf der Schulbank. Vor uns liegen Bücher. Professoren sprechen zu uns in derselben Sprache, in der noch vor kurzer Zeit die Ausweisungsbefehle aus den Ghettos verfaßt waren: in derselben Sprache, in der der Todesmärsche in den Konzentrationslagern angegeben wurde: links, zwei, drei vier, links [...] Jetzt klingt uns die Sprache anders. Sie gibt uns Wissen, nach dem wir in der sechsjährigen Nacht des großen Hungers so verlangten. [...] Aber manchmal verlieren wir doch den Rhythmus und dann hören wir – aber nur für kurze Augenblicke – statt einer chemischen Formel ein dumpfes Echo: links, zwei, drei, vier ... Dann werden die Augen fest zugekniffen, man schluckt etwas Bitteres hinunter und ... es geht weiter. Denn es muß gehen [...] Wir wissen, daß nur wenige eine Ahnung davon haben, wie schwer es ist, mit der Last des Erlebten auf der Schulbank zu sitzen, sich in chemische Formeln und Lehrsätze zu vertiefen. Jeder von ihnen hat seine Anwendung gefunden: im Flugzeugbau, in der Giftinjektion, in der Modernisierung der Verbrennungsöfen. Trotzdem studieren wir. Oder vielleicht gerade deshalb. Denn Wissen ist Macht. Wissen und Herz bilden die ersehnte Macht der Liebe. [...] dieser Macht des Aufbaus wollen wir unsere bescheidenen Kräfte zur Verfügung stellen. Sie muß und wird unser zerstörtes Leben und die Zukunft unseres geliebten Volkes aufbauen. Jüdische Studentengruppe Marburg.“⁴⁷

In der „Jüdischen Rundschau“ erschien ein satirischer Text, in dem der Marburger Rathaussturm über die Zeiten sinnierte, als er noch jeden Morgen der Synagogenkuppel „Guten Morgen“ sagen konnte: „Er hat damals noch mehr Häßliches miterleben müssen. Er erinnert sich noch sehr gut daran, daß der jüdische Professor Jacobsohn Selbstmord beging. ... Ja, unser alter Marburger Rathaussturm erinnert sich an alles und schaut deshalb auch so überrascht in die Büros des Marburger Rathauses. [...] sind das dort dieselben Leute oder nicht? [...] Aber nein, sie sprechen doch ganz anders als vorher – haben auch kein Hakenkreuz mehr. [...] Aber nicht nur er wundert sich [...] Wir Juden aber wissen genau, daß sich die Marburger Ratsherren Tag und Nacht den Kopf zerbrechen, wie am gründlichsten gesäubert werden kann – aber nicht von Nazis, sondern von Juden, deutlicher gesagt, von polnischen Juden. So haben beispielsweise der Oberbürgermeister Siebecke und der Herr Bürgermeister a.D. Dickmann am 28. Septem-

44 <https://www.after-the-shoah.org/marburg-juedische-dp-gemeinde-jewish-dp-community/>.

45 <https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/10705468>.

46 Jewish Committee Marburg & Unknown, through AJDC, <https://collections.arolsen-archives.org/de/document/78807963>.

47 Jüdische Rundschau, Purim 5706-1946, Nummer 1, Marburg 1946, S. 31.

ber 1945 einen Erlaß herausgebracht. In ihm schreiben die Herren u.a.: „... 6. Die von den Unterzeichnenden angeordnete Einkleidung der Juden und ehemaligen Konzentrationshäftlingen aus ehemaligem Heeresgut wurde gebilligt. Soweit es sich um polnische Juden handelt, soll aber eine derartige Betreuung auf ein Minimum herabgesetzt werden.“⁴⁸

Am 3. Februar 1946 wurde eine Synagoge in der Landgraf-Philipp-Straße 2 eröffnet. Es sprachen Major General Frank T. Schmidt von der 3. US-Infanterie-Division, Chaplain Rabbi Mayer Abramowitz von der US Army und Israel Blumenfeld als Vertreter der „Jewish Community Marburg“. Anwesend waren amerikanische Armeeangehörige und jüdische DPs.



Blick auf das Publikum aus amerikanischen Soldaten und jüdischen DPs bei der Einweihung der Synagoge in Marburg,
Photograph Number: 48774 © United States Holocaust Memorial Museum Washington

Der Direktor der Religionskundlichen Sammlung der Marburger Universität übergab die ihm nach der Zerstörung der Synagoge 1938 zur Aufbewahrung anvertrauten Thorarollen an die jüdische Gemeinschaft. Die Synagoge, der Gemeinschaftsraum und die Übernachtungsmöglichkeiten für durchreisende jüdische DPs befanden sich im Gebäude der „Turnerschaft Schaumburgia“, die seit 1910 dessen Eigentümerin war. Die amerikanischen Alliierten hatten das Gebäude beschlagnahmt und der jüdischen Gemeinschaft überlassen. Bis Mitte 1950 wurden hier jüdische Gottesdienste und Feste gefeiert. Anschließend wurde für die wenigen in Marburg verbliebenen Jüdinnen und Juden durch den 1892 in Slonin geborenen Jacob Lanzewitzki bis ca. 1956 ein Gebetsraum in der Schulstraße 14 eingerichtet.

„Nicht Schutzjuden wollen wir sein, sondern Staatsbürger.“¹

Strategische Aktivitäten des Centralvereins
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV)
gegen Antisemitismus



¹ Schutzjuden oder Staatsbürger? Von einem jüdischen Staatsbürger [d. i. Raphael Löwenfeld] (1893), 3. Auflage, vermehrt um Stimmen der Presse und Zuschriften aus dem Publikum. Berlin: Schweitzer & Mohr, S.18
<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/urn/urn:nbn:de:hbis:30-180013765008>.

Von der Gegenwart aus gesehen

Wer kennt sie nicht, die Antisemitismus bagatellisierende und relativierende Fragen: „DAS soll Antisemitismus sein?“ oder die Aussage: „Ihre Reaktion war nun aber sehr empfindlich!“ und „Ich darf ja wohl noch Israel kritisieren!“ Antisemitismus wird zudem historisiert; zugleich wird angenommen, dass in der „Vergangenheitsbewältigung“ Antisemitismus vermeintlich aufgearbeitet wurde. Antisemitische Ausbrüche und anhaltende Wellen bzw. Radikalisierungen wie sie seit dem 7. Oktober 2023 stattfinden, werden zwar wahrgenommen, aber ebenfalls relativiert – und als Ventil zur Erinnerungsabwehr („Free Palestine from German Guilt“) und damit zur antisemitischen Umwegkommunikation des israelbezogenen Antisemitismus genutzt. Auch wird externalisiert: Indem Antisemitismus von sich weggeschoben wird. Die Staffel wird weitergereicht, von der Mitte und Links an Rechtsextreme – ist man ja nicht. Rechtsextreme reichen die Staffel wieder zurück, an die Linke und an andere Gruppen. Gemeinsam reichen dann andere Gruppen die antisemitische Staffel weiter an bestimmte Migranten.

Eingeübt wurde diese Externalisierung in Ansätzen bereits in der antisemitischen Welle 1959/60, die, ausgehend von Schmierereien an der gerade ein paar Monate zuvor wieder eröffneten Synagoge in Köln, sich als antisemitisches Lauffeuer durch die Bundesrepublik Bahn brach. 833 Taten zählte die Bundesregierung bis zum 15. Februar 1960, zu Jahresbeginn 1960 waren es zeitweise über vierzig pro Tag. Mehr als zehn Prozent davon waren unmittelbar gegen jüdische Personen und Organisationen gerichtet. Die Bundesregierung war um Schadensbegrenzung bemüht, kategorisierte die Taten und stufte 215 Schmierereien als „Kinderkritzeleien“ ein. Dafür reichte es, dass nach Entscheidung der Polizeibehörden Schmierereien „nach Art und Ausführung offensichtlich von Kinderhand“ stammten. Diese Welle wurde und wird bis heute als „Schmierwelle 1959/60“ verharmlost. Seinerzeit sprach man über alles Mögliche, aber nicht über Antisemitismus. Sondern über „dumme Lümmel“ und dass auch zwischen 1933 und 1945 die meisten Deutschen „so etwas“ nicht mitgetragen hätten.² Man sprach über das Ansehen Deutschlands, aber nicht über oder gar wirklich mit den Betroffenen. Man sprach also nicht über Kontinuitäten und Gegenwärtigkeiten des Antisemitismus. Einmal eingeübt, heißt es heute: „Antisemitismus hat keinen Platz in Deutschland“. Wie ermüdend. Antisemitismus hat hierzulande ziemlich viel Platz. Oft fehlt der 360-Grad-Blick, dass und wie sehr Antisemitismus eine Brückenfunktion für unterschiedlichste gesellschaftliche und politische Gruppen bildet. Anti-antisemitische Strategien – gibt es. Manche greifen vielleicht, manche nicht. Betroffensperspektiven und auch jüdische Perspektiven in Forschung und Wissenschaft werden viel zu oft als „befangen“ an die Seite gedrängt.³

Auf dem Fachtag im Juni 2025 entschieden wir uns daher auch, einen Blick in die Geschichte zu werfen, weil der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ (CV) einst Strategien entwickelte gegen Antisemitismus. Dies tat der CV stets in der Hoffnung, eine umfassende gesellschaftliche, politische und soziale Teilhabe der deutschen Jüdinnen und Juden garantieren zu können. Der CV wollte aber auch jüdische Perspektiven verankern und die Mehrheitsgesellschaft für die antisemitischen Alltagserfahrungen sensibilisieren. Es stellt sich die Frage: was können wir heute, insbesondere nach dem 7. Oktober 2023, tun? Ob als Beauftragte gegen Antisemitismus an Hochschulen, oder als andere Akteurinnen und Akteure, die sich gegen Antisemitismus engagieren und Lagebilder entwerfen – was können wir noch oder schon wieder aus den Erfahrungen des CV lernen?

² Bundesregierung (Hg.): Die antisemitischen und nazistischen Vorfälle. Weißbuch der Bundesregierung über die antisemitischen und nazistischen Vorfälle in der Zeit vom 25. Dezember 1959 bis zum 28. Januar 1960 und Erklärung der Bundesregierung. Bonn 1960; Lengowski, Marc-Simon/Gün, Gülay/Guhl, Anton F./Rost, Thomas (2016): Wiederkehr der Nazis oder Kinderkritzeleien? Lehrmaterial und Unterrichtseinheit zur antisemitischen Welle von 1959/1960 in Hamburg. Hamburg: Verlag Verein für Hamburgische Geschichte Hamburg https://www.vfhg.de/wp-content/uploads/2025/02/Wiederkehr_der_Nazis_oder_Kinderkritzeleien.pdf.

³ Bernstein, Julia (2023): Zerspiegelte Welten: Antisemitismus und Sprache aus jüdischer Perspektive. Weinheim: Verlag Beltz Juventa.

Das 19. Jahrhundert – zwischen Autoemanzipation und Antisemitismus

„Die Autoemanzipation wird zum Gebot der Stunde, wenn Jüdinnen und Juden sich aus den Fängen jener lösen können, gerade in diesen Tagen, die sie vereinnahmen, als Chiffre missbrauchen oder dominieren.“⁴ – geschrieben wurde dies im Dezember 2023.

Und doch hätte dies auch Leitlinie sein können für die Gründung des CV.

Die Autoemanzipation, das Eintreten für die eigene Gleichberechtigung und eine gleichberechtigtere Gesellschaft wurde im 19. Jahrhundert Teil jüdischen Lebens. Aus diesem Geist heraus engagierte sich auch Gabriel Rießer, erster jüdischer Richter Deutschlands, der 1848 als Abgeordneter in die Frankfurter Paulskirche einzog.⁵ Er argumentierte dort mit klaren Worten: „Die Juden werden immer begeisterte und patriotische Anhänger Deutschlands unter einem gerechten Gesetz werden. Sie werden mit und unter den Deutschen Deutsche werden. Vertrauen Sie der Macht des Rechts, der Macht des einheitlichen Gesetzes und dem großen Schicksal Deutschlands. Glauben Sie nicht, dass sich Ausnahmegesetze machen lassen, ohne dass das gesamte System der Freiheit einen verderblichen Riss erhalte, ohne dass der Keim des Verderbens in dasselbe gelegt würde.“⁶ Die Revolution von 1848 und die im Dezember 1848 festgeschriebene Gleichberechtigung aller Deutschen scheiterte zunächst, und erst mit Gründung des Deutschen Reichs 1871 wurde die in einigen Kleinstaaten und Städten wie Frankfurt am Main eingeführte Gleichberechtigung reichsweit umgesetzt.⁷

Nach 1871 erlebte Deutschland einen Industrialisierungs- und Modernisierungsschub. Parallel wurde von einer intellektuellen Schicht angesichts der sozialen Umbrüche und Krisen der moderne, rassistisch und verschwörungsideologisch geprägte Judenhass theoretisch entwickelt und verfasst, verbreitet und legitimiert. Schließlich wurde dieser auch in antisemitischer Alltagskultur sichtbar: Aufkleber, Lieder, Karikaturen, Nippes, Spazierstöcke, Bierkrüge, Postkarten.⁸ Antisemitische Parteien konnten 1893 mit 16 Abgeordneten in den Reichstag ziehen. Die Gleichberechtigung der Juden wurde theoretisch widerlegt und die gesellschaftliche Integration teils aufgehoben – indem z. B. studentische Verbindungen, Jugendbewegungen und Sportvereine Juden ausschlossen und hohe Posten in Staatsdienst und Militär für Juden schwer erreichbar blieben.

4 Kugelmann, Yves (2023): „Autoemanzipation statt «Gated Community», in: tachles, 1.12.2023, <https://www.tachles.ch/artikel/logbuch/autoemanzipation-statt-gated-community>.

5 Drummer, Heike (2023): „Vertheidigung der bürgerlichen Gleichstellung der Juden“ (Gabriel Riesser). Vormärz und Paulskirche. Hoffnungen. Enttäuschungen. In: Wiese, Christian u. a. (Hrsg.): Das jüdische Frankfurt – von der Emmanzipation bis 1933. Köln: De Gruyter Oldenbourg, S. 79–98; Schoeps., Julius H. (2020): Gabriel Riesser. Demokrat – Freiheitskämpfer – Vordenker. Jüdische Miniaturen Bd. 256. Leipzig: Henrich & Henrich.

6 Zitiert nach: Gabriel Riesers Gesammelte Schriften (1868), Vierter Band, Frankfurt/Leipzig, S. 401ff.

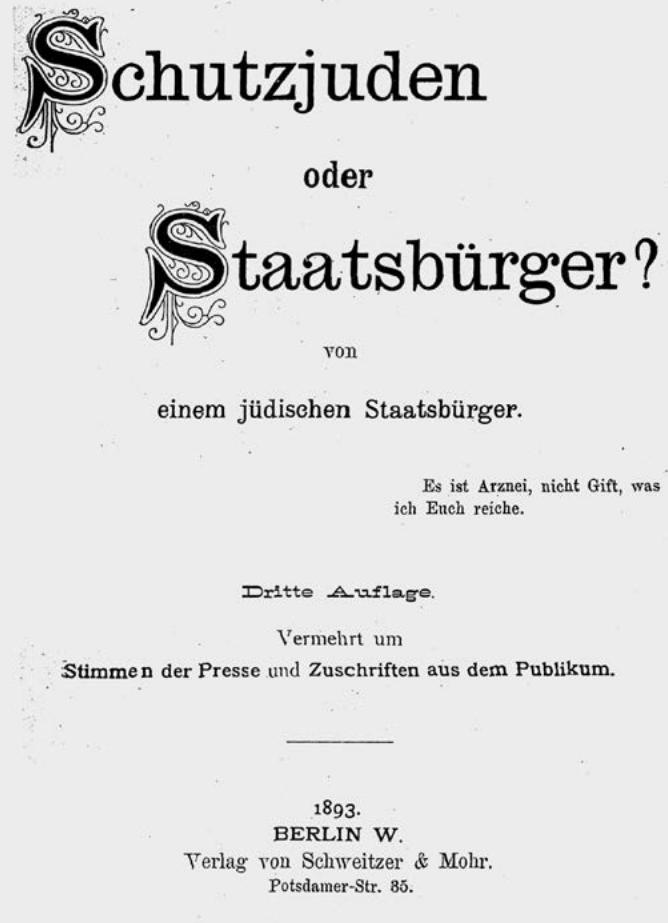
7 Toury, Jacob (1977): Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emmanzipation (= Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte, Universität Tel Aviv. Bd. 2). Düsseldorf: Droste.

8 2020 erwarb das Deutsche Historische Museum die Sammlung des Shoah-Überlebenden Wolfgang Haney. Diese umfasst rund 15.000 Objekte zur Geschichte des Antisemitismus, aber auch zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden sowie zur medialen Aufarbeitung des Nationalsozialismus nach 1945 und dem Rechtsextremismus. Wolfgang Haney sammelte vor allem massenhaft verbreitete Zeugnisse des Judenhasses, u.a. Aufkleber, Münzen, Nippes und Postkarten. Sie zeigen, wie alltagsprägend antisemitische Bilder und Propaganda seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Deutschland und anderen europäischen Ländern waren. Vgl. auch: Wiesemann, Falk (2005): Antijüdischer Nippes und populäre „Judenbilder“. Die Sammlung Finkenstein, Essen: Klartext-Verlag.

Der CV - als Citoyen handeln⁹

Raphael Löwenfeld¹⁰, Slawist und Gründer des Berliner Schiller-Theaters, verfasste 1893 ohne Nennung seines Namens die Schrift: „Schutzjuden oder Staatsbürger“¹¹. Er rief die deutschen Juden dazu auf, die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte in die eigene Hand zu nehmen. Dies war die Geburtsstunde der jüdischen Abwehrarbeit gegen Antisemitismus und des CV und legte die Basis für die Strategien der kommenden Jahrzehnte: „Um Schutz fleht, wer keine Rechte genießt, oder wem die Rechte geschmälert werden. Wir aber sind im Vollbesitze der Bürgerrechte ... Also kein Bittgesuch an den Monarchen, sondern eine Kundgebung des modernen Judentums.“¹²

§ 1 der Satzung des CV unterstrich die gemeinsamen Interessen des deutschen Judentums, um dem Antisemitismus entgegenzutreten: „Der ‚Central-Verein ...‘ bezweckt, die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens ohne Unterschied der religiösen und politischen Richtung zu sammeln, um sie in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung sowie in der unbeirrten Pflege deutscher Gesinnung zu bestärken.“¹³ 1919 hieß es anlässlich der ersten etwas mehr als 20 Jahre CV-Arbeit: „In diesem neuen Verein sollte der Mittelpunkt geschaffen werden, von dem aus die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden geleitet und im Lichte der Öffentlichkeit geübt werden sollte. Von diesem Verbande sollte jeder, dem um seines Judentums willen Unrecht widerfahren war, Rat und Hilfe erhalten.“¹⁴



© Privatbesitz

9 Der Beitrag zum CV fokussiert sich in aller Kürze v.a. auf das Selbstverständnis und die Abwehrarbeit, um diese in den heutigen Kontext zu spiegeln. Vgl. ausführlich zum CV: Barkai, Abraham (2002): „Wehr dich!“ Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) 1893–1938. München: Beck; Denz, Rebekka/Gempf-Friedrich Tilmann (Hrsg.) (2021): Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Anwalt zwischen Deutschtum und Judentum. Berlin/Boston: De Gruyter-Brill; Grundmann, Regina/Hartmann Bernd J./Siemens Daniel Siemens (Hrsg.) (2020): „Was soll aus uns werden?“ Zur Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im nationalsozialistischen Deutschland; Berlin: Metropol; Matthäus, Jürgen (1999): Kampf ohne Verbündete. Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1933–1938. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, 8, Berlin: Metropol, S. 248–277; Nicolai, Johann (2016): „Seid mutig und aufrrecht!“ Das Ende des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1933–1938. Berlin, be.bra wissenschaft; Paucker, Arnold (1968): Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburg: Leibniz; Ders. (1998): Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft. In: Mosse Werner E. (Hrsg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland. 1890–1914. Ein Sammelband. 2. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck; Ders. (2003): Deutsche Juden im Kampf um Recht und Freiheit. Studien zu Abwehr, Selbstbehauptung und Widerstand der deutschen Juden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Berlin: Henrich & Henrich; Steinitz, Inbal (2008): Der Kampf jüdischer Anwälte gegen den Antisemitismus. Die strafrechtliche Rechtsschutzarbeit des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 1893–1933. Berlin: Metropol.

10 Menges, Frank (1987): Löwenfeld, Raphael. In: Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 15, Berlin: Duncker & Humblot, S. 90 f
<https://daten.digitale-sammlungen.de/0001/bsb00016333/images/index.html?seite=104>.

11 Schutzjuden oder Staatsbürger (1893).

12 Ebd., S. 16.

13 Satzung des Central-Vereins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens, Berlin 1928, S. 1 <https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/urn/urn:nbn:de:hbis:30-180013497006>.

14 Landesrabbiner Dr. Paul Rieger (1918): Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden: ein Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den Jahren 1893 – 1918. Berlin: Philo-Verlag, S. 19
<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/freimann/content/titleinfo/552520>.



Eingang Emser Straße 42 © Jüdisches Museum Berlin, FOT 88/500/119/008, Sammlung Herbert Sonnenfeld

Der CV – ein Verein für alle Juden (und Jüdinnen)?

Der C.V. verdankte sein Entstehen vorwiegend jüdischen Studenten und Angehörigen freier Berufe, die dem Mittelstand angehörten. Jüdische Frauen partizipierten seit den frühen 1920ern im CV als aktive Mitglieder und als Mitarbeiterinnen, teils in Leitungsfunktionen – auch weil eine ganze Reihe jüngerer Mitglieder nach dem Ersten Weltkrieg auch diese Emanzipation verfochten. Die Mitarbeiterinnen des CV trugen vor allem zur Professionalisierung des Pressewesens, der Antisemitismusabwehr bzw. Aufklärung und der Publikationsaktivität bei. In Seminaren wurden jüdische Frauen im argumentativen Eintreten gegen Antisemitismus geschult. Sie waren in anderen Bereichen und Lebensfeldern mit anderen antisemitischen Projektionen konfrontiert als jüdische Männer.¹⁵

Die ab 1913 recht stabile Zahl von ca. 35.000 bis 40.000 Mitgliedern stieg nach dem Ersten Weltkrieg an auf mehr als 70.000 Mitglieder. Das Abknicken ab 1932 spiegelt die Hinwendung der jüngeren jüdischen Generation zu der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, jungjüdischen Wanderbünden etc. wider.¹⁶ Es waren mehr als die zehntausenden Mitglieder, denn es waren oft ganze Haushalte, die beitrat, aber nur die zahlende Person – der sogenannte Haushaltvorstand – wurde als Mitglied aufgeführt.

Bereits 1916 zählte der CV zusätzlich mehr als 200.000 kooperative Mitglieder, die durch die Beitritte von Synagogengemeinden oder anderer jüdischer Einrichtungen dazu gehörten. Dies betraf auch den eher konservativen „Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens“ mit rund 930 Mitgliedern, eingeschlossen die Verbindung der Studentinnen, „Hevella“. Der Kartell-Convent, 1886 gegründet, hatte von Anfang an die Bekämpfung des Antisemitismus unter Studenten in seinem Programm.¹⁷ Aus seinen Reihen rekrutierten sich etliche Funktionäre des CV.

1932 beschäftigten das Berliner Hauptbüro und die 23 Landesverbände mit mehr als 550 Ortsgruppen insgesamt etwa 120 Mitarbeiter.¹⁸

Das heutige Jüdische Museum Berlin befindet sich auf historischem Grund: In der Lindenstraße 13 befand sich von 1905 bis 1930 auf zwei Etagen die Hauptgeschäftsstelle des CV samt Bibliothek und Archiv und der Redaktion der seit 1895 erscheinenden Zeitung. Zusätzlich wurden 1920 einige Räume für den 1919 gegründeten Philo-Verlag und seine Buchhandlung eingerichtet. Mitte November 1930 zog der CV nach Berlin-Wilmersdorf in die Emser Straße 42 um. Der CV-eigene Philo-Verlag war ab Juni 1933 direkt um die Ecke, in der Pariser Straße 44, zu finden.

In der Weimarer Republik vertrat der CV, nach Berechnungen der damaligen Vorstände, knapp 70 Prozent der deutschen Juden, darunter orthodoxe wie säkulare, liberale, konservative, politisch nationalgesinnte sowie sozialdemokratische Mitglieder. Die aus Osteuropa vor Not und Pogromen geflohenen Jüdinnen und Juden – rund 160.000 Personen – und die junge Generation waren jedoch im CV nicht ausreichend bzw. paritätisch vertreten. Dasselbe gilt für jene Vertreterinnen und Vertreter der damaligen jüdischen Community, die, wie Kurt Tucholsky, sich hatten taufen lassen oder einen eher allgemein-politischen Kampf gegen die Feinde der Demo-

15 Denz, Rebekka (2021): Bürgerlich, jüdisch, weiblich. Frauen im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1918–1938). Berlin: Neofelis Verlag.

16 Reinhartz, Jehuda (1974): Deutschtum und Judentum in the Ideology of the Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. In: Jewish Social Studies 36 (1974), S. 22.

17 Rürup, Miriam (2008) Ehrensache. Jüdische Studentenverbindungen an deutschen Universitäten 1886–1937. Göttingen: Wallstein.

18 <https://centralverein.net/geschichte-des-c-v/statistik/>.

kratie ausfochten als sich einer jüdischen Abwehrarbeit anschließen zu wollen. Der CV versuchte einen Gratgang zwischen assimiliertem Judentum und starker deutsch-jüdischer Identität zu gehen – und stand dabei in Konkurrenz zum Zionismus als partikularem jüdischem Weg.

Strategien des CV

Der CV erstellte Rechtsgutachten, wenn beispielsweise die jüdische Religion oder andere Elemente jüdischen Lebens und jüdischer Kultur verunglimpft wurden; jüdische Personen erhielten Rechtsbeistand, sofern sie verbal oder physisch angegriffen wurden.¹⁹

Die Arbeit des CV stand eigentlich seit Beginn seiner Aktivitäten und insbesondere in der Weimarer Republik unter dem von Direktor Ludwig Holländer zusammengefassten Motto: „Aufklärung und immer wieder Aufklärung“.²⁰ Dazu gehörte auch der Leitsatz: „Wo Unwahrheiten verbreitet werden, muss man Wahrheiten an ihre Stelle zu setzen versuchen. Wo verleumdet wird, müssen die Verleumder zur Rechenschaft gezogen werden.“²¹

Broschüren und Pamphlete, Vorträge, Buchausstellungen und Veranstaltungen dienten diesem Zweck. Der argumentative Kampf gegen Antisemitismus war, neben der rechtlichen Beratung und dem juristischen Einsatz gegen Antisemitismus, ein wichtiger Schwerpunkt des CV. Rabbiner, Rechtsanwälte und andere jüdische Repräsentanten zogen kreuz und quer durch die Weimarer Republik, um aufzuklären und sich Debatten zu stellen.

Die Rechtsschutzstelle mit ihrer Rechtsberatungsstelle war die erste und lange Zeit die aktivste Abteilung des CV. Sie bot kostenlose Rechtsberatung und Prozessvertretung für Juden, die von antisemitischer Gewalt, Verleumdung oder Diskriminierung betroffen waren. Die Stelle sammelte auch Informationen über antisemitische Vorfälle – Schmierereien an Synagogen, Friedhofsschändungen etc., und trug zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die antisemitische Problematik bei. Zudem wurde die rechtliche Arbeit genutzt, um auf die Diskriminierung von Juden aufmerksam zu machen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit von Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung zu schaffen. Schon früh wurde der CV bei Antisemiten deshalb von rechtsextremen und nationalsozialistischen Gruppen mit dem Schimpfnamen „Denunziantenverein“ belegt.²²

Die Strategie des CV wurde stetig diskutiert, und jüngere Funktionäre wie der 1927 zum stellvertretenden Syndikus des C. V. berufene Hans Reichmann²³ und Margarete Edelheim²⁴ brachten neue Ideen ein. Die jüngeren CVler wussten, dass sie angesichts des Alltagsantisemitismus und insbesondere auch des Antisemitismus, der vor Wahlen aggressiv verbreitet wurde, massenwirksam agieren mussten.

Im Tätigkeitsbericht des CV vom August 1919 wurde die massenhafte Verbreitung von Flugblättern, Handzetteln und Aufklebern als „das wirksamste Mittel im Kampf gegen den Antisemitismus“ angepriesen. Es hieß, dass täglich 50.000 bis 100.000 solcher Drucksachen verbreitet

¹⁹ Rieger (1919), S. 26-50.

²⁰ CV-Zeitung, 5. März 1926, S.112f.

²¹ CV-Zeitung, 19. April 1929, S. 198.

²² Rieger (1919), S. 28; Broszat, Martin (1960): Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27, Jahrgang 8, (1960), Heft 1, S. 101f., https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1960_1_6_broszat.pdf.

²³ Reichmann, Hans (1998): Deutscher Bürger und verfolgter Jude. Novemberpogrom und KZ Sachsenhausen 1937-1939, Berlin, Boston: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

²⁴ <https://jwa.org/encyclopedia/article/muehsam-edelheim-margarete>.

würden.²⁵ Die Produktion der Aufkleber wurde unter dem Radar gehalten. Über interne Mitteilungen wurden für den Reichstagswahlkampf 1920 die Ortsgruppen informiert und Anzeigen für anti-antisemitische Flugblätter und Klebezettel geschaltet. Dasselbe geschah 1924, als zwei Reichstagswahlen anstanden und Antisemiten den öffentlichen Raum mit Propaganda überschwemmten. Der CV konterte mit mehr als 100 unterschiedlichen Flugblättern, Flugschriften und Klebezetteln in einer Auflage von 8 Millionen Exemplaren.²⁶

Die Leser der CV-Zeitung wurden zudem aufgefordert, antisemitische Klebezettel, Schmiereien etc. zu melden; der CV versorgte die Ortsgruppen mit Musterbriefen, um Beschwerden bei Behörden etc. zu erleichtern. In Braunschweig tauchten antisemitische Klebezettel auf den Toilettentüren eines Gymnasiums auf, in Königsberg waren Schüler noch beim Kleben erwischt worden.²⁷ Der CV versuchte über Schulungen für Lehrpersonal, zu sensibilisieren.

Eine Firma im ostpreußischen Lyk klebte 1921 auf sämtliche Pakete, die sie verschickte, Zettel mit der Aufschrift „Schlagt die Juden tot“. In Postämtern wurden ab Mitte der 1920er Briefe an Empfänger mit jüdisch gelesenen Namen mit antisemitischen Aufklebern beklebt.²⁸ Der CV ging gegen all dies juristisch vor und half den direkt Betroffenen.

Ab 1926 wurde monatlich eine Zusammenfassung von Beiträgen aus der CV-Zeitung in einer 50.000 Exemplare umfassenden Ausgabe publiziert und an nichtjüdische Adressaten versendet, u.a. an Lehrer. Auf eine in Württemberg durchgeföhrte Umfrage bei den Empfängern, ob sie die Zeitschrift weiter erhalten wollten, befürworteten dies nur sieben Prozent der Befragten.²⁹

Der CV analysierte in seinem Geschäftsbericht für 1928 seine publizistische Abwehrarbeit und konstatierte, dass nichtjüdische Deutsche nur schwer erreichbar seien für Argumente. Der CV veränderte seine Strategie erneut und nutzte ab 1928 verstärkt den Rundfunk als neues Medium. Es gab ab 1928 zudem immer mehr Petitionen und Eingaben an staatliche Stellen, Ministerien, Konzerne und Großindustrielle, um vor dem Nationalsozialismus und einer aktiven Unterstützung der NSDAP zu warnen. Ausstellungen, Memoranden und Pressekonferenzen sollten der Bevölkerung das sich abzeichnende politische und moralische Desaster einer NSDAP-Herrschaft vor Augen führen.

Propagandaarbeit – das „Büro Wilhelmstraße“³⁰

Im September 1929 entstand das „Büro Wilhelmstraße“ (BW) als seinerzeit größte antinazistische Propagandazentrale, das von 1930 an die demokratischen Parteien mit Material versorgte. Bereits 1924 hatte die CV-interne Diskussion um die „Massenwirkung im politischen Kampfe“ begonnen. Es sollte darum gehen, „die Massen aufzuklären, ... nicht zu verführen“.³¹ Hans Reichmann entwickelte gemeinsam mit dem Publizisten Alfred Wiener³² eine zeitgemäße, konsequent antinazistische Strategie und sammelte 1929 unter jüdischen Geschäftsinhabern

25 Barkai: „Wehr dich!“, S. 111 f.

26 Enzenbach, Isabel (2015) „Kennwort: Gummi“: Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im Kampf um den öffentlichen Raum von 1893 bis zum Ende der Weimarer Republik“, in: Was war deutsches Judentum? 1870-1933, hrsg. v. Von Braun, Christina. München, Boston: De Gruyter Oldenbourg, S. 203-220. <https://doi.org/10.1515/9783110400502.203>.

27 Mitteilungen des Syndicus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 2. August 1920. S. 251

28 Enzenbach, S. 213.

29 Barkai (2002): S. 187.

30 Sax, Simon (2021): Das Büro Wilhelmstraße: neue Quellen, neue Perspektiven, in: Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens: Anwalt zwischen Deutschum und Judentum, hrsg. von Denz/Gempp-Friedrich, S. 169-194. <https://doi.org/10.1515/9783110675535-010>.

31 Schweriner, Artur (1924): Massenwirkung im politischen Kampfe, in: C. V.-Zeitung 3, 17.01.1924, 17-18.

32 Barkow, Ben (1997): Alfred Wiener and the making of the Holocaust Library. London: Vallentine Mitchell.

für die Unterstützung der Abwehrarbeit eine erhebliche Summe. Aus diesen Zuwendungen entstand das Büro Wilhelmstraße. Das als BW bekannte klandestine Büro war räumlich vom CV getrennt, aber in dessen Nähe sowie in unmittelbarer Nachbarschaft der SPD-Parteizentrale und den demokratischen Zeitungshäusern Ullstein und Mosse am Südende der Wilhelmstraße. Reichmann und einige andere CVler arbeiteten nun in der modernsten Abteilung des CV. Ein wichtiger Mitarbeiter war Walter Gyssling.³³ Gyssling hatte angefangen, Jura zu studieren, musste in den Jahren der Inflation aufhören, wurde später Journalist, engagierte sich in der „Deutschen Friedensgesellschaft“ und war Mitglied in der SPD.³⁴ Das BW war ein klandestines antinazistisches Dokumentations- und Propagandabüro. Das Archiv mit Abteilungen wie „Antisemitische Agitation der Nationalsozialisten“ oder „Exzesse, Rohheitsakte und kriminelle Anschläge durch Nazis“ umfasste mehr als 200.000 Nummern. Vieles aus der Sammlung floss in die Publikation „Anti-Nazi - Handbuch im Kampf gegen die NSDAP“ ein. Bis zur vierten Auflage 1932 wuchs diese Handreichung auf 180 Seiten an.

In Wahlzeiten druckte das BW umfassendes Propagandamaterial: Millionen Flugblätter, Plakate und Klebezettel. Sie wurden vom republikanischen „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“³⁵ verteilt, ab 1932 auch von der „Eisernen Front“³⁶, zudem vom CV. Ein erheblicher Teil der republikanischen und demokratischen Wahl- und Abwehrpropaganda gegen die Nazis stammte vom BW oder beruhte auf dessen Arbeiten. Ab 1930 wurde ein Klebezettel angeboten, mit dem man Plakate mit dem Aufdruck „Juden haben keinen Zutritt“ überkleben konnte. Auf diesen Aufklebern des BW stand: „Denn wenn wir lügen, möchten wir nicht gestört werden“. Ein anderer Aufkleber drehte den nazi-Spruch um und verlautbarte: „Die Nazis sind unser Unglück.“ Noch 1935 wurde in Hamburg der Gestapo gemeldet, dass diese Sticker im öffentlichen Raum angebracht worden waren.³⁷

Den öffentlichen Raum zurückgewinnen, gelang weder dem CV noch dem BW. Ob die Straße, Hochschulen, Schulen, Ämter – antisemitismusfreie Räume gab es im öffentlichen Leben nicht mehr. Ein Beispiel aus dem Hochschulbereich: Nach dem Wahlerfolg der NSDAP 1930 kam es an der Berliner Universität zweimal zu antisemitischen Kundgebungen. Am 22. Januar 1932 griffen nationalsozialistische Studenten, ermutigt durch weibliche Bewunderer, den jüdischen K.C. Sprevia an und setzten Peitschen und Lederriemen ein. Viele der jüdischen Studenten wurden verletzt. Republikanische Studenten griffen ein; der Rektor ließ die Universität durch die Polizei räumen. Der CV wandte sich an das Preußische Kultusministerium und erhielt die Zusicherung, weiteren Ausschreitungen vorzubeugen. Nach wenigen Tagen kam es erneut zu Angriffen, es kam jedoch nur zu wenigen Urteilen gegen die Angreifer. Der CV mahnte, dass solche Ausschreitungen und Erlebnisse jüdische Studenten womöglich an der Weiterführung ihres Studiums hindern würde.³⁸ Der jüdische Studentenverband veröffentlichte ein Statement, das auch an den Rektor der Universität Berlin ging: „Wir protestieren als akademische Bürger gegen die Verletzung des Universitäts-Burgfriedens, gegen die Verunglimpfung unserer Farben, die seit Jahrzehnten von deutschgesinnten Studenten jüdischen Glaubens in Ehren getragen wurden. Wir protestieren als Juden gegen die Beschimpfung unserer Religion und unserer Abstammung, auf die wir stolz sind. Wir protestieren als Deutsche gegen die Bedrohung unse-

³³ Sax, Simon/Elsbach, Sebastian (2020): Der militante Journalist und Archivar Walter Gyssling. In: Elsbach, Sebastian/ Böhles, Marcel/Braune, Andreas Braune (Hrsg.): Demokratische Persönlichkeiten in der Weimarer Republik. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 223–238.

³⁴ Gyßling, Walter (2003): Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 und Der Anti-Nazi: Handbuch im Kampf gegen die NSDAP, hrsg. von Hill, Leonidas E. Bremen: Donat.

³⁵ Elsbach, Sebastian (2023): Schwarz-Rot-Gold – Das Reichsbanner im Kampf um die Weimarer Republik. Berlin: Metropol.

³⁶ Ders. (2022): Eiserne Front: Abwehrbündnis gegen Rechts 1931 bis 1933. Schriftenreihe der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte. Band 1). Wiesbaden: Weimarer Verlagsgesellschaft.

³⁷ Enzenbach (2015), S. 219.

³⁸ Vgl.: Paucker (1968): S. 135.

rer staatsbürgerlichen Sicherheit.“³⁹ Der CV und auch jüdische Studierende versuchten, die Hochschulen wieder zu sicheren Orten für die eigene Community werden zu lassen. Arnold Paucker konstatierte: „... überhaupt war ja Brutalität in jenen Tagen zum Kennzeichen des gesamten deutschen akademischen Lebens geworden.“⁴⁰

Bücher ...

Der Philo-Verlag, benannt nach dem zentralen Denker des hellenistischen Judentums, Philon von Alexandria, wurde im Frühjahr 1919 gegründet.⁴¹ Zunächst von Ludwig Holländer, Direktor des CV, geleitet, wurde 1923 Lucia Jacoby Verlagsleiterin. Auch diese Bücher und Broschüren sollten der Bekämpfung des Antisemitismus dienen und über Antisemitismus und antisemitische Projektionen aufklären. Zudem wurden Bücher herausgebracht, die den Beitrag der Juden zu Wissenschaft, Kultur, Kunst und Industrie etc. in Deutschland hervorhoben. Mit sieben Auflagen und 40.000 gedruckten Exemplaren war die 1924 erstmals gedruckte Loseblattsammlung zur anti-antisemitischen Argumentation, „Anti-Anti. Tatsachen zur Judenfrage“, ein Bestseller. Friedhofsschändungen wurden als Berichte publik gemacht und noch 1932 kam die ansprechend illustrierte Broschüre heraus: „Wir deutschen Juden“.

Nach 1933 konzentrierte sich der Verlag auf Publikationen, die intellektuelle und praktische Orientierung gaben, darunter die „Kleine Philo-Bücherei“ und Handbücher wie das Philo-Lexikon, das Philo-Zitate-Lexikon (1936) und der Philo-Atlas (1938), ein Handbuch für die jüdische Emigration. Der Verlag wurde am 10. November 1938 von der Gestapo geschlossen. Innerhalb von 20 Jahren hatte der Verlag mehr als 200 Broschüren und Bücher veröffentlicht.

Das Ende

Nach 1933 war der CV gemeinsam mit der Zionistischen Vereinigung für Deutschland an der Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden⁴² beteiligt. Der CV beriet, unterstützte, half bei Umschulungen, Auswanderung, war in die Wohlfahrt involviert, stand für jüdischen Selbstwert und Selbstachtung. Am 10. November 1938 wurde der CV verboten.

Der ehemalige Syndikus des CV, Hans Reichmann, dem die Flucht nach England geglückt war, schrieb 1953: „Eine derartige Organisation, die sich aus einem Verein zu einer jüdischen Bewegung entwickelt, die die Idee des Kampfes um Gleichberechtigung demokratisiert und jüdisch positiviert hatte, gab es in der ganzen Welt nicht . . . Gewiss, auf den Männern des Centralvereins ruht eine tragische Schuld. Sie glaubten, weil sie Juden waren, an ewige unverletzbare Werte. Sie vertrauten auf den Sieg der Gerechtigkeit, sie hofften, dass Menschlichkeit und freiheitliches Streben sich als stärker erweisen würden als die Macht des Terrors. . . Der Centralverein und das deutsche Judentum zahlten für diesen Glauben mit dem Untergang. . . Sollen in Zukunft Juden nicht mehr als integrierende Bestandteile der Völker und gleichzeitig als selbst-bewusste Juden leben? Sind die Ideen der Demokratie, der Freiheit und des Rechts durch den Triumph ‚widerlegt‘, den die Kräfte der Barbarei von 1933-1945 in Deutschland und andernorts feiern konnten?“⁴³

39 Ebd., S. 215 f.

40 Ebd., S. 141.; vgl. zum Aufstieg des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes: Grüttner, Michael (2018): Nationalsozialistische Gewaltpolitik an den Hochschulen 1929-1933, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 21. Stuttgart: Franz Steiner Verlag, S. 179-201.

41 Urban-Fahr, Susanne (2001): Der Philo-Verlag 1919-1938. Abwehr und Selbstbehauptung. Hildesheim, Olms.

42 Kulka, Otto Dov (Hrsg.) (1997): Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Band 1, Tübingen, Mohr Siebeck.

43 Reichmann, Hans (1953): Der Centralverein deutscher Staatsbürger juedischen Glaubens, in: Council for the Protection of the Rights and Interests of Jews from Germany (Hrsg. Festschrift zum 80. Geburtstag von Leo Baeck am 23. Mai 1953), London, S. 63-75.



© Online-Ausgabe, Frankfurt am Main: Univ.-Bibliothek, 2016 /
<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/judaicaffm/content/titleinfo/8597414>.

Ausblick

Der CV war als Abwehrverein gegen Antisemitismus gestartet, hatte sich immer wieder neue Strategien überlegt und positionierte sich offen gegen die NSDAP. Der CV und das BW waren Akteure einer jüdischen, schließlich dezidiert republikanischen (liberalen) Parteinahme gewesen. Sie leisteten Abwehrarbeit, standen gegen bestimmte Phänomene und Parteien, doch sie standen auch für etwas ein. Sie rangen um die deutsche Demokratie.

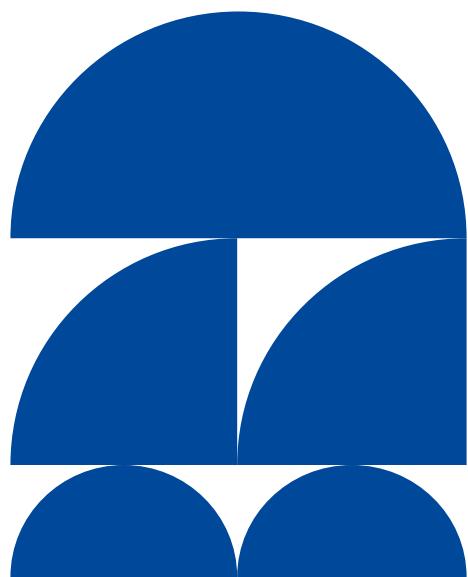
Von Gegnern wie Freunden wurde der CV liebevoll-spöttisch auch „Centralverein jüdischer Staatsbürger deutschen Glaubens“ genannt. Der Traum einer deutsch-jüdischen Symbiose aber zerbrach erst einmal. Die Strategien des CV scheiterten an der Mehrheitsgesellschaft und an der Hoffnung, antisemitische Projektionen ließen sich durch Argumente verdrängen. Monitoring, Abwehrarbeit, Aufklärung, Bildung, Teilhabe erstreiten und verteidigen, Rechtsmittel einlegen. Eigentlich gute Strategien. Das gilt auch für die 2020er Jahre. Ob der Jüdische Studierendenverband in Deutschland, die regionalen jüdischen Studierendenverbände, das nach dem 7. Oktober 2023 gegründete Netzwerk jüdischer Hochschullehrender, der ebenfalls nach dem 7. Oktober 2023 gegründete jüdische Juristenverband, das antisemitismuskritische Institut für neue soziale Plastik und Melde- und Monitoringstellen wie RIAS und Beratungsstellen wie OFEK e.V. – sie alle versuchen heute, den antisemitischen Wellen und der antisemitischen Raumgewinnung etwas entgegen zu setzen. Durch Aufklärung, Bücher, Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen, Kunst, Empowerment. Durch Rechtsberatung und mit ein paar Allies.

Auch heute wird darum gerungen, die Auswirkungen von Antisemitismus auf das jüdische Leben und die jüdische Community sichtbar zu machen. Es geht um uneingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe und um das Anerkennen jüdischer Perspektiven. Dazu stellen Organisationen und Communities Forderungen auf. Dafür setzen sich die genannten Einrichtungen ein. Es liegt – wieder einmal – in den Händen der Mehrheitsgesellschaft, der Universitätsleitungen etc., dass Strategien nicht scheitern. Dass das Zusammenleben nicht scheitert.

Uriel Kashi

„Neben mir saß mein Feind“

Erfahrungen jüdischer Studierender
an westdeutschen Hochschulen
in den Jahren nach 1945



Die Rolle jüdischer Studierender im westdeutschen Hochschulsystem nach 1945 ist bislang nur punktuell untersucht worden. Dabei eröffnet ihre Perspektive einen besonderen Zugang zur Frage, wie sich demokratischer Neuanfang und fortwirkende Kontinuitäten der NS-Zeit in alltäglichen Bildungszusammenhängen überlagerten. Der vorliegende Text befasst sich mit den Erfahrungen jüdischer Studierender seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und zeichnet nach, wie sie Diskriminierung, Marginalisierung, aber auch politische Selbstbehauptung und institutionellen Wandel erlebten.

Jüdische Studierende im Nachkriegsdeutschland – eine heterogene Gruppe

Die Vorstellung, jüdische Studierende im Nachkriegsdeutschland bildeten eine klar umrissene Gruppe, greift zu kurz. Ihre Herkunft und Lebensgeschichten waren vielfältig: Neben deutsch-jüdischen Überlebenden und ihren Kindern fanden sich unter ihnen auch Displaced Persons aus Osteuropa, Nachkommen alliierter Soldaten mit temporärem Aufenthalt in Deutschland – und nicht zuletzt junge Israelis¹, die sich für ein Studium an deutschen Hochschulen entschieden. Trotz dieser Unterschiede bewegten sie sich alle in einem akademischen Umfeld, das auch Jahre nach Kriegsende noch von der nationalsozialistischen Vergangenheit geprägt war.

Unmittelbar nach Kriegsende eröffneten sich im Nachkriegsdeutschland für viele jüdische Überlebende neue Bildungswege, die – meist nicht aus naiver Zuversicht gegenüber Deutschland, sondern aus pragmatischen Motiven genutzt wurden. Die alliierten Besatzungsbehörden – insbesondere die britische und amerikanische Militärverwaltung – setzten sich in ihren Zonen dafür ein, dass auch jüdische Displaced Persons² Zugang zu universitäter Bildung erhielten.

Formale Gleichstellung – faktische Ausgrenzung

Obwohl sich die Universitäten jener Zeit als „neutrale Orte der Wissenschaft“ präsentierten und allen Studierenden formale Gleichberechtigung garantierten, erlebten jüdische Studierende im Nachkriegsdeutschland keinen normalen Hochschulalltag. Antisemitismus war zwar nicht mehr institutionell verankert wie im Nationalsozialismus, doch er war weiterhin präsent.

Er begann in der physischen Umgebung. Gebäude, in denen Vorlesungen stattfanden, waren nicht selten mit Relikten aus der NS-Zeit versehen – Hakenkreuze in schmiedeeisernen Gittern, Reichsadler an Fassaden blieben als stumme „Zeitzeugen“ unkommentiert im Alltag präsent. Auch in der studentischen Zusammensetzung zeigte sich Kontinuität: Viele deutsche Studierende waren Kriegsheimkehrer, ehemalige Wehrmachtsangehörige oder NSDAP-Mitglieder. Einige trugen bei Vorlesungen noch Uniformreste oder Wehrmachtsstiefel.

¹ Hahn, Jonas (2023): Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen studentischen Kontakte mit Israel 1948–1972. Göttingen: Wallstein.

² Vgl. Velke-Schmidt, Marcus (2010): Zwischen Universität und Lagerleben. Zum Studium von Displaced Persons in Bonn und Köln. In: Mediengeschichte, Essen, S. 177–207, hier: S. 178

Atmosphärische Spannungen und subtile Diskriminierung

Auch wenn Konflikte selten offen ausgetragen wurden, beschreiben jüdische Studierende ein spürbares Klima des Misstrauens und der Entfremdung. Die deutsche „Normalität“ – die rasche Rückkehr zu Routinen, das öffentliche Schweigen über die NS-Verbrechen und das Ausbleiben sichtbarer Reue – wurde von vielen als verstörend empfunden.

Der damalige Präsident der Jüdischen Studentenunion in Heidelberg, Marcel Tuchman, fasste diese Atmosphäre folgendermaßen zusammen.

„Äußerlich gaben wir uns neutral – aber neben mir saß mein Feind. Er hasste mich, und ich hasste ihn.“³

Hinzu kamen eine Vielzahl kleiner Gesten der Ausgrenzung, die das Gefühl vermittelten, nicht wirklich dazugehören: Kommiliton*innen, die keine Notizen weitergaben, Räume nicht erklärten, Anfragen unbeantwortet ließen.

Offene Anfeindung und antisemitische Übergriffe

Die Erfahrungen jüdischer Studierender beschränkten sich jedoch nicht nur auf subtile Formen von Ausgrenzung. Stattdessen wurde das Schweigen immer wieder durch plötzliche Ausbrüche verbaler Herabwürdigungen aufgebrochen:

Die Studentin Sophie Schorr berichtet etwa, dass sie aufgrund ihrer geringen Körpergröße einen Klappstuhl in den Hörsaal brachte, um möglichst weit vorne sitzen zu können. Dabei verspotteten sie ihre Kommilitonen mit dem Ausruf: „Schau, schau! Der kleine Jude!“⁴

Von der Universität Marburg ist der Fall überliefert, dass eine jüdische Studentin gefragt wurde, wie es denn komme, dass sie „übrig geblieben“ sei, wo es doch früher „so viele von ihrer Art“ gegeben habe.

Sabina Zimering erinnert sich an ein Psychiatrieseminar, in dem eine Patientin unvermittelt antisemitische Tiraden äußerte – etwa, dass „die Juden uns alle besten Hühner wegkaufen“⁵. Der Professor griff nicht ein; stattdessen reagierte ein Teil der Studierenden mit Applaus, Pfiften, Zustimmung. Nur ein einziger Student widersprach – ein Moment, den Zimering weniger als Ausdruck von Solidarität, denn als Bestätigung ihrer sozialen Isolation erlebte.

In den entbehrungsreichen Jahren der Nachkriegszeit verspürten viele deutsche Studierende offenbar Neid gegenüber ihren jüdischen Kommiliton*innen, ein Gefühl, das unweigerlich an klassische antisemitische Stereotype von Reichtum und Habgier anknüpfte.

³ Harris, Jill Werman (2017): Their Classmates Followed Hitler. They Chose Medical School in Germany. In: Tablet Magazine, 26.07.2017. <https://www.tabletmag.com/sections/community/articles/their-classmates-followed-hitler>.

⁴ Varon, Jeremy (2014): The New Life. Jewish Students of Postwar Germany. Detroit: Wayne State University Press, S. 206

⁵ Varon (2014), S. 206

Strategien der Selbstbehauptung und jüdische Netzwerke

Jüdische Studierende reagierten auf solche Formen der Ausgrenzung mit einer Mischung von Rückzug und Widerstand. In diesen Kontext gehören auch die Gründung eigener jüdischer Studentenverbände z.B. im Jahr 1945 in München. Diese Zusammenschlüsse boten mehr als nur politische oder organisatorische Funktionen: Sie wurden zu Orten sozialer Stabilität, emotionaler Sicherheit und kollektiver Selbstvergewisserung. Ein Mitglied eines solchen Verbandes sprach rückblickend von seinem „Zuhause in der Fremde“. In diesen Räumen konnte man Hebräisch, Jiddisch oder Polnisch sprechen, gemeinsam jüdische Feiertage begehen und ein Gefühl von Zugehörigkeit aufrechterhalten – ein Gefühl, das im deutschen Alltag ansonsten vollständig fehlte.

Es gab aber auch selbstbewusste Reaktionen jüdischer Studenten auf Anfeindungen: Ein besonders eindrücklicher Vorfall ereignete sich an der Universität München: Ein jüdischer Student namens Weiner, ehemaliger Soldat der Roten Armee, wurde von einem deutschen Kommilitonen mit der Bemerkung bedroht, ein „Pogrom“ könne an der Universität durchaus wieder möglich sein. Weiner erschien am folgenden Tag mit einem Maschinengewehr⁶ im Hörsaal und konfrontierte den Bedroher direkt. Der Vorfall eskalierte nicht, doch die Botschaft war eindeutig: Antisemitische Drohungen wurden ernst genommen – und konnten auf entschiedene Wehrhaftigkeit stoßen.

Personelle Kontinuitäten im Lehrkörper

Antisemitismus manifestierte sich jedoch nicht allein in den Interaktionen unter den Studierenden, sondern ebenso innerhalb des akademischen Lehrkörpers. Nachdem die West-Alliierten ab 1949 die Entnazifizierung weitgehend den Deutschen überließen, kann man eine bemerkenswerte Rückkehr ehemaliger NSDAP-Mitglieder auf Lehrstühle beobachtet, von denen manche zuvor durch die Vertreibung jüdischer Kolleg*innen in der NS-Zeit freigeworden waren. Diese Professoren setzten ihre akademische Laufbahn häufig unbehelligt fort, ohne dass ihre Vergangenheit kritisch hinterfragt wurde.

Eine prominente Ausnahme bildete der Philosoph Max Horkheimer, der 1949 aus dem Exil in den Vereinigten Staaten nach Frankfurt zurückkehrte. Seine Rückkehr hatte jedoch eher symbolischen Charakter – jüdische Stimmen blieben im akademischen Betrieb marginalisiert. Ein Beispiel für personale Kontinuitäten im Universitätswesen ist die Technische Hochschule Hannover: Dort waren 1945 zehn NS-belastete Professoren aus dem Dienst entlassen worden. Statt neue Lehrkräfte zu berufen, hielt die Hochschule diese Stellen über Jahre hinweg unbesetzt – bis schließlich 1954 alle zuvor Entlassenen in ihre Positionen zurückgekehrt waren.⁷ Diese Rückkehr alter Eliten war nicht nur ein strukturelles Problem, sondern hatte konkrete Auswirkungen auf die Situation jüdischer Studierender. Die Beurteilung der jüdischen Studierenden war nicht frei von stereotypen Vorstellungen – vom Bild des „reichen Juden“, des „heimatlosen Intellektuellen“ oder schlicht des Fremden, der nicht dazugehört.

⁶ Varon (2014), S. 206.

⁷ Bax, Daniel (2021): Historiker über Professoren nach 1945: „1954 war auch der Letzte wieder da“. In: taz, 18.06.2021. <https://taz.de/Historiker ueber-Professoren-nach-1945/!5725659/>.

Antisemitismus in der akademischen Beurteilungspraxis

Ein exemplarischer Fall ist jener des Zahnmedizinstudenten Mark Langer an der Universität München. Während einer mündlichen Prüfung wurde er gefragt, warum „die Juden alles besser könnten als die Deutschen“⁸. Als er zögerte, ergänzte der Prüfer: „Vielleicht haben Sie ja heute bessere Lebensbedingungen.“ Die akademischen Leistungen des Studierenden wurden nicht als Ausdruck von Fleiß oder Kompetenz anerkannt, sondern durch den Filter antisemitischer Zuschreibungen interpretiert.

Auch an der Universität Marburg ist ein ähnlicher Fall dokumentiert: Eine jüdische Studentin wurde in einer mündlichen Prüfung gefragt, ob sie aufgrund ihrer „Geschichte“ mit einem „Bonus“ rechne – eine Form subtiler Herabsetzung, die Anerkennung mit implizitem Misstrauen verknüpft.

Neue Generation, neue Perspektiven – jüdische Studierende der 1960er Jahre

Während sich die meisten jüdischen Studentenverbände in den frühen 1950er Jahren – häufig aufgrund der Auswanderung ihrer Mitglieder – wieder auflösten, kam es in den 1960er Jahren zu zahlreichen Neugründungen jüdischer Studentenvereinigungen. Als Beispiel sei die Jüdische Studentenvereinigung Heidelberg im Jahr 1963 genannt. Im Gegensatz zu den Studenten der 40er und frühen 50er Jahre sahen sie ihre Zukunft oft in Deutschland und hatten keine Pläne, das Land nach dem Studium zu verlassen. Sie hatte selbst keine direkte Erinnerung an das jüdische Leben vor dem Holocaust. Neben vielen Nachkommen polnischstämmiger Jüdinnen und Juden befanden sich unter den Studierenden, Kinder jüdischer alliierter Soldaten und Studierende, aber auch Menschen, die im Zuge der Flüchtlingswellen anlässlich des Ungarn-Aufstands 1956 oder des Prager Frühlings 1968 nach Deutschland kamen.

Ihre Perspektive auf das Studium in Deutschland war weniger von unmittelbarem Trauma geprägt als von einem wachen Bewusstsein für gesellschaftliche Stimmungen und strukturelle Ausgrenzungsmechanismen. Ausdruck fand dies etwa in einer intensiven Diskussion über die Namensgebung des Heidelberger Verbandes⁹: Sollte man einen expliziten Bezug zu Deutschland im Namen betonen – oder besser eine internationale jüdische Identität, die der Diversität der Mitglieder entsprach? Der Vorschlag, den Verband „Internationale jüdische Studentenvereinigung“ zu nennen, wurde mit der Begründung verworfen, damit antisemitische Stereotype vom „international agierenden Juden“ zu bedienen, ein Stereotyp, das anscheinend auch im universitären Kontext weiterhin präsent war.

8 Varon (2014), S. 215

9 Kashi, Uriel (2005): Religiöse und kulturelle Identität jüdischer Studenten in Westdeutschland zwischen 1968 und 1989. Eine Untersuchung am Beispiel der Geschichte des Bundesverbandes jüdischer Studenten in Deutschland. Magisterarbeit, Freie Universität Berlin.

Politisches Engagement und Erinnerungsarbeit

Politisch engagierten sich die jüdischen Studierenden insbesondere gegen die nur schleppende und häufig halbherzige Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Denn auch an den Universitäten fehlte oft weiterhin der Wille zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Noch 1963 erklärte der Leiter des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg Peter R. Hofstätter, die Verfolgung und Ermordung der Jüdinnen und Juden sei als „Kriegsfolge“ zu verstehen – Hitler habe ihnen gewissermaßen „den Krieg erklärt“¹⁰. Eine Formulierung, die NS-Täterideologie in akademischer Sprache reproduzierte – und keineswegs ein Einzelfall im universitären Kontext jener Jahre war.

Als die Bundesregierung 1965 erwog, die Verjährungsfrist für Mord – und damit auch für NS-Verbrechen – auslaufen zu lassen, wandte sich der Heidelberger Verband mit einem offenen Brief an den Bundestag. Darin hieß es:

„Wir sind Anti-Nazi, aber nicht anti-deutsch. [...] Wir glauben, dass sich in der Verjährungsfrage unsere jüdischen Interessen mit den wahren Interessen der Bundesrepublik decken.“¹¹

Auch diese Formulierung ist vielsagend: Analog zur Debatte über die Selbstbezeichnung des Verbandes zielte sie darauf ab, keine antisemitischen Stereotype zu bedienen und potenzielle Abwehrhaltungen innerhalb der deutschen Mehrheitsgesellschaft präventiv zu begegnen. Sie versuchten deutlich zu machen, dass jüdische Kritik an deutscher Politik weder als Ausdruck von „Undankbarkeit“ noch als „Loyalitätsbruch“ missverstanden werden sollte. Die Sorge, missinterpretiert zu werden oder in ihrer Legitimität infrage gestellt zu werden, ist in vielen Protokollen auch in den 1960er Jahren noch deutlich erkennbar.

Gleichzeitig markieren die 50er und 60er Jahre jedoch auch eine Aufbruchstimmung und es gab innerhalb der studentischen Szene erste Gegenbewegungen gegen das Schweigen und die ungeborene Präsenz ehemaliger NS-Täter an den Hochschulen. Bereits 1951 verabschiedete der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) – damals noch SPD-nah – einen bemerkenswerten Beschluss: Alle Deutschen seien verpflichtet, aktiv an einem neuen Vertrauensverhältnis zu jüdischen Menschen im In- und Ausland mitzuarbeiten. Wörtlich hieß es:

„Wir wollen helfen, dass ein Anfang gemacht wird zu einem neuen gegenseitigen Vertrauen, wobei wir als deutsche Menschen den ersten Schritt tun müssen.“¹²

In den 1960er Jahren gewann die kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit an westdeutschen Hochschulen an Fahrt. Eine neue Studentengeneration stellte provokativ Fragen nach der Rolle ihrer Professoren im „Dritten Reich“ ebenso wie zum Umgang des Staates mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Ein sichtbarer Ausdruck dieser neuen Protestkultur war die Kampagne „Die braune Universität“ (1964–1966)¹³, initiiert von Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition. In Flugblättern und Aktionen prangerten sie an, wie viele ehemalige NSDAP-Mitglieder weiterhin in akademischen Führungspositionen saßen. Diese Kampagne machte publik, dass deutsche Universitäten strukturell noch mit der NS-Zeit verbunden waren.

¹⁰ Marx, Karl (1963): Zum Fall Hofstätter. Eine Stellungnahme des Herausgebers der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland.
In: Die Zeit, Nr. 37, 13.09.1963.

¹¹ Zit. nach Kashi (2005).

¹² Hahn (2023), S. 21.

¹³ Ebd., S. 159

Ein weiteres bekanntes Beispiel für den studentischen Protest ereignete sich 1967 an der Universität Hamburg: Bei der Amtseinführung eines neuen Rektors entrollten Mitglieder des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) ein Transparent mit der Parole: „Unter den Tälaren – Muff von tausend Jahren.“ Auch hier war die Botschaft unmissverständlich: Hinter der institutionellen Würde und akademischen Autorität wirkten weiterhin die ideologischen Rückstände des Nationalsozialismus nach. Die Aktion führte damals übrigens zu tumultartigen Szenen. Ein Professor reagierte mit dem Ausruf: „Sie gehören alle ins Konzentrationslager!“ Eine Aussage, die – unfreiwillig – die Aktualität und Notwendigkeit des Protestes bestätigte.

Der Bruch mit der Linken – Antizionismus und antisemitische Stereotype

Die späten 1960er Jahre brachten jedoch auch eine Intensivierung ideologischer Spannungen mit sich. Während sich Israel in einem existenziellen Verteidigungskrieg befand, vollzog sich innerhalb der linken Studentenszene, insbesondere des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), ein bedeutsamer Paradigmenwechsel. In Solidarität mit antikolonialen Befreiungsbewegungen unterstützten Teile der radikalen Linken zunehmend die arabischen Staaten und kritisierten Israel als vermeintlichen „imperialistischen Aggressor“. Diese zunächst als antikolonialistische Solidarität verstandene Haltung entwickelte sich sukzessive zu einer pauschalen Opposition gegenüber dem Staat Israel und mündete in einer „Israelkritik“, die häufig auf tief verwurzelte Ressentiments zurückgriff.

Als Beispiel sei der Besuch des israelischen Botschafters Asher Ben-Natan zu einer Diskussionsveranstaltung an der Universität Frankfurt im Jahr 1969 zu nennen. Bei dieser kam es zu massiven Störungen durch Mitglieder des SDS, inklusive Parolen wie „Zionisten raus aus Palästina“, „Ha, ha, ha – El Fatah ist da!“ und „Für den Sieg der palästinensischen Revolution“. Die Veranstaltung musste vorzeitig abgebrochen werden.

Ähnliches geschah an der Universität Hamburg¹⁴. In einem Flugblatt wurde Ben-Natan als „Herrenmensch“¹⁵ beschimpft, dem man seine „rassistischen Emotionen“ nicht zugestehen dürfe. Auch an anderen Orten – etwa in Nürnberg oder Aachen – wurden israelische Repräsentanten gezielt diffamiert oder ausgeladen. Eine pluralistische, differenzierte Auseinandersetzung zur israelischen Politik wurde von diesen Studierenden nicht gewünscht, die Stimmung war aggressiv ausschließend. Jüdische Studierende hingegen, die solche Veranstaltungen mitorganisierten, sahen sich plötzlich im Kreuzfeuer – nicht nur von rechts, sondern von jenen, die sich selbst als antifaschistisch verstanden.

Selbst der versuchte Brandanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in Berlin im November 1969 wurde in Teilen der studentischen Linken relativiert oder gar begrüßt. Die Zeitschrift „AGIT 883“ bezeichnete ihn als „Zeichen solidarischer Unterstützung für die kämpfenden Fedajin“¹⁶. Solche Aussagen machen deutlich, wie antizionistische Rhetorik in kürzester Zeit in offene Feindseligkeit gegenüber jüdischem Leben mündete.

¹⁴ Hahn (2023), S. 275.

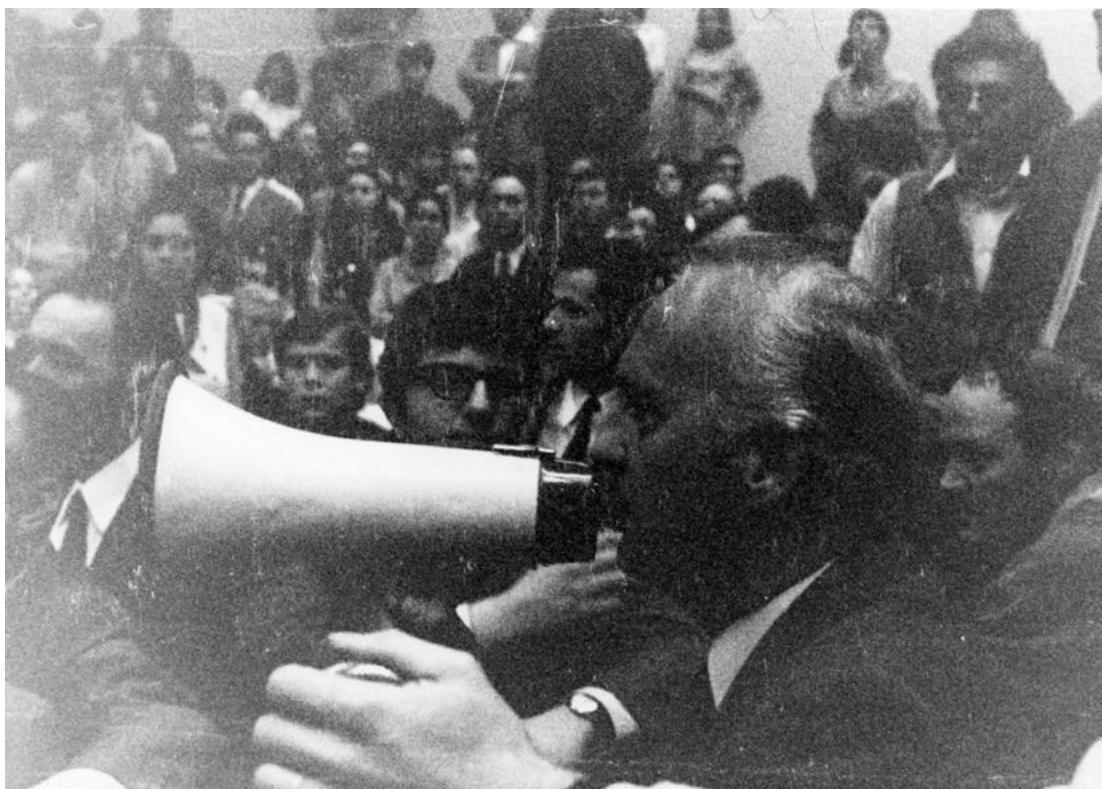
¹⁵ Lewy, Hermann (1969): Früchte des Hasses. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland (Düsseldorf), Nr. 12 vom 28.06.1969.

¹⁶ Fichter, Tilman (1984): Der Staat Israel und die neue Linke in Deutschland. In: Karlheinz Schneider / Nikolaus Simon (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Berlin: Elefanten Press, S. 81–98.

Diese Entwicklung markierte für viele jüdische Studierende eine bittere Enttäuschung. Die Hoffnung, dass die linke Studierendenbewegung ein natürlicher Verbündeter im Kampf gegen Antisemitismus sein könnte, erwies sich zunehmend als Illusion. Antifaschismus wurde zur Leerformel, die zwar „Auschwitz nie wieder“ proklamierte, aber das Existenzrecht Israels in Frage stellte.

Die jüdische Studentin Edith beschreibt ihre Erfahrung an der FU Berlin 1972 mit beißender Klarheit: „Sie (die deutschen Studenten – Anm. UK) waren begeistert über den Ärger, den sie bei ihren Eltern verursachten. [...] Aber geändert hatte sich nichts. Juden, Judentum, Antisemitismus – mit all dem wollten sie eigentlich nichts zu tun haben. Die neue israelische Regierung war ihrer Meinung nach so schlimm wie die Faschisten.“¹⁷

Für viele jüdische Studierende bedeutete dies eine erneute Marginalisierung – diesmal nicht durch Konservative oder Rechte, sondern ausgerechnet durch jene, die sich als progressiv, antifaschistisch und emanzipatorisch verstanden.



Asher Ben-Natan an der Universität Frankfurt, 1969 © Privat

¹⁷ Sichrovsky, Peter (Hrsg.) (1985): Wir wissen nicht, was morgen wird, wir wissen wohl, was gestern war. Junge Juden in Deutschland und Österreich. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Gegenwart und Verantwortung – Antisemitismus im akademischen Raum heute

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich an deutschen Universitäten seit den 1970er Jahren zweifellos vieles gewandelt hat: Die Sichtbarkeit jüdischer Stimmen hat zugenommen, Einrichtungen der Antisemitismusforschung wurden etabliert, und eine kritische Auseinandersetzung mit Erinnerungskultur sowie Verantwortung aus der Geschichte ist vielerorts fester Bestandteil universitärer Bildung geworden.

Gleichzeitig ist Antisemitismus damit nicht überwunden. Vielmehr zeigen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, dass sich antisemitische Muster – teils in kodierter, teils in neuer Form – immer wieder aktualisieren. Insbesondere im Kontext internationaler Konflikte, etwa im Nahen Osten, sind an Universitäten wiederholt Debatten entbrannt, in denen antijüdische Ressentiments unter dem Deckmantel sogenannter „Israelkritik“ artikuliert wurden. Solche Diskurse bedienen sich häufig eines antikolonialen Vokabulars, das Israel pauschal als imperialistische Macht darstellt – und dabei antisemitische Narrative reproduziert, die die jüdische Selbstbestimmung delegitimieren oder dämonisieren.

Diese Entwicklungen unterstreichen, dass Antisemitismus nicht allein ein historisches Phänomen ist, sondern auch in der Gegenwart intellektuelle Ausdrucksformen finden kann. Der akademische Raum bleibt daher gefordert – nicht nur im Sinne kritischer Reflexion, sondern auch als Ort der Verantwortung und solidarischen Wachsamkeit.

Literatur:

Bax, Daniel (2021): Historiker über Professoren nach 1945: „1954 war auch der Letzte wieder da“. In: taz, 18.06.2021. <https://taz.de/Historiker-ueber-Professoren-nach-1945/!5725659/> [abgerufen am 17.07.2025].

Fichter, Tilman (1984): Der Staat Israel und die neue Linke in Deutschland. In: Karlheinz Schneider / Nikolaus Simon (Hrsg.): Solidarität und deutsche Geschichte. Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik. Berlin: Elefanten Press, S. 81–98.

Hahn, Jonas (2023): Die Deutsch-Israelischen Studiengruppen und die frühen studentischen Kontakte mit Israel 1948–1972. Göttingen: Wallstein.

Harris, Jill Werman (2017): Their Classmates Followed Hitler. They Chose Medical School in Germany. In: Tablet Magazine, 26.07.2017. <https://www.tabletmag.com/sections/community/articles/their-classmates-followed-hitler> [abgerufen am 17.07.2025].

Kashi, Uriel (2005): Religiöse und kulturelle Identität jüdischer Studenten in Westdeutschland zwischen 1968 und 1989. Eine Untersuchung am Beispiel der Geschichte des Bundesverbandes jüdischer Studenten in Deutschland. Magisterarbeit, Freie Universität Berlin.

Lewy, Hermann (1969): Früchte des Hasses. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland (Düsseldorf), Nr. 12 vom 28.06.1969.

Marx, Karl (1963): Zum Fall Hofstätter. Eine Stellungnahme des Herausgebers der Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland. In: Die Zeit, Nr. 37, 13.09.1963.

Sichrovsky, Peter (Hrsg.) (1985): Wir wissen nicht, was morgen wird, wir wissen wohl, was gestern war. Junge Juden in Deutschland und Österreich. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Varon, Jeremy (2014): The New Life. Jewish Students of Postwar Germany. Detroit: Wayne State University Press.

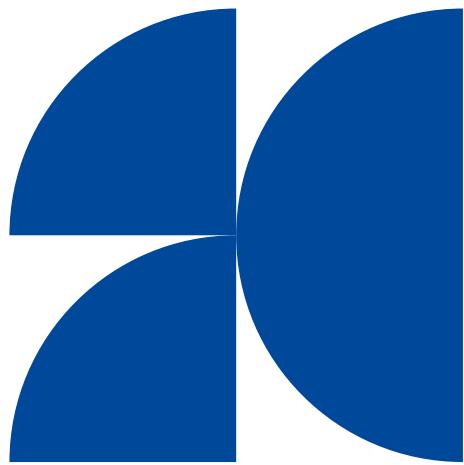
Velke-Schmidt, Marcus (2010): Zwischen Universität und Lagerleben. Zum Studium von Displaced Persons in Bonn und Köln. In: Mediengeschichte, Essen, S. 177–207.

Wetzel, Juliane (1995): „Displaced Persons“. Ein vergessenes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 7–8/1995), S. 34–39.

Johannes Sosada

Nicht erst seit dem 7. Oktober 2023

**Gebildeter Antisemitismus
an Universitäten in Deutschland**



Mit dem Terrorüberfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 kam es deutschlandweit zu einer Eruption antisemitischer Vorfälle: Juden wurden auf offener Straße physisch angegriffen oder beschimpft, jüdische Einrichtungen wie Synagogen wurden attackiert und auf unzähligen Demonstrationen wurde deutschlandweit Antisemitismus dokumentiert. Besonders entsetzt zeigte man sich aufgrund zahlreicher Vorfälle an Universitäten in Deutschland. Dort kam es zu antisemitischen Schmähgesängen, Protestaktionen und auch tätlichen Angriffen. In Metropolen wie Frankfurt a. M. und Düsseldorf wurden antisemitische Parolen gebrüllt, in Leipzig antisemitische Transparente von Hörsaalgebäuden gehängt und an der FU Berlin wurden jüdische Studierende daran gehindert, einen Hörsaal zu betreten. Anfang 2024 wurde ein jüdischer Student in Berlin derart zusammengeschlagen, dass er schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht und operiert werden musste. Im Mai 2024 besetzten Studierende aus Protest gegen das israelische Vorgehen im Gazastreifen mehrere Räume an der HU Berlin. Sie warfen Israel „Völkermord“ und „laufende Massenmorde“ vor, und forderten einen „vollständigen akademischen und kulturellen Boykott Israels“. Nach Räumung der besetzten Gebäude durch die Polizei wurden dort verschiedenste antisemitische Schmierereien öffentlich, u. a. das rote Dreieck, das die Hamas als Symbol zur Feind- und Todesmarkierung nutzt.¹

Hier sind Fotos der Verwüstungen und Schmierereien an der Humboldt-Universität Berlin zu sehen: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article251767072/Humboldt-Universitaet-Berlin-Diese-Fotos-zeigen-das-Ausmass-des-Israel-Hasses.html>
(Casper, Jan Alexander; Leubecher, Marcel (2024): „Diese Fotos zeigen das Ausmaß des Israel-Hasses bei der Uni-Besetzung“, Welt Online, 31.05.2024.)

In der deutschen Öffentlichkeit zeigte man sich entsetzt und fassungslos darüber, dass ausgegerechnet an Universitäten und unter Studierenden Antisemitismus so aggressiv und ungehemmt zum Ausdruck kam. In Zeitungen und Talkshows wurde verwundert darüber diskutiert, wie dieser (vermeintliche) Anstieg von Antisemitismus zu erklären sei und wo er herkomme. Die geführte Debatte lässt dabei außer Acht, dass Antisemitismus seit jeher im gebildeten Milieu und insbesondere auch an Universitäten verbreitet war und ist. Historisch², aber auch aus der jüngeren Vergangenheit lassen sich hier unzählige Beispiele heranziehen, welche den virulenten Antisemitismus an Universitäten verdeutlichen. So gerieten in den vergangenen Jahren immer wieder Lehrveranstaltungen an verschiedenen Universitäten in den Fokus, in denen Seminarinhalte oder vom Lehrpersonal getätigte Aussagen und vermittelte Inhalte als antisemitisch kritisiert wurden. Die wohl prominentesten und gut dokumentierten Fälle in Deutschland vor dem Terrorüberfall der Hamas am 7. Oktober 2023 sind jene an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) Hildesheim 2016, an der Freien Universität Berlin (FU) 2017 und an der Humboldt-Universität Berlin (HU) 2022.³ In Hildesheim wurde damals

1 Vgl. Casper, Jan Alexander; Leubecher, Marcel (2024): „Diese Fotos zeigen das Ausmaß des Israel-Hasses bei der Uni-Besetzung“, Welt Online, 31.05.2024.

2 Eine ausführliche Darstellung der historischen Beispiele würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Als eines der zahlreichen historischen Beispiele soll an dieser Stelle auf den virulenten Antisemitismus in den Burschenschaften im 19. Jahrhundert verwiesen werden oder die Rolle der Universitäten in der Zeit des Nationalsozialismus. Hier dokumentieren zahlreiche Ereignisse, Berichte und Studien die tiefe Verankerung antisemitischen Gedankengutes an Universitäten. So wurden nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten binnen kürzester Zeit jüdische Wissenschaftler und Studierende entfernt, ihre Bücher öffentlich verbrannt und die Universitäten für „judenfrei“ erklärt.

3 Siehe ausführlich in: Sosada, Johannes (2025): Orte der Toleranz? – Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland. Eine empirische Analyse basierend auf 30 Interviews mit Studierenden an Universitäten in Deutschland. Baden-Baden: Nomos. S. 58 ff.

von einer Dozentin ein Seminar angeboten, in dem Israel nicht nur plakativ negativ und einseitig dargestellt, sondern auch eindeutig antisemitisches Unterrichtsmaterial verbreitet wurde, ohne dieses etwa adäquat einzuordnen oder zu kontextualisieren.⁴ Trotz zahlreicher Hinweise und auch Beschwerden seitens Studierender wurde das Seminar über Jahre von der Hochschulleitung als unproblematisch eingeschätzt und weiter angeboten. Beim erwähnten Fall aus Berlin von 2017 kam es zu einer vergleichbaren Debatte um ein Seminar an der FU in dem die Vermittlung antisemitischer Inhalte durch eine Lehrbeauftragte kritisiert wurde. Sie bezeichnete Israel in einem persönlichen Blog als „Apartheids- und Kolonialstaat“ und bezichtigte Israel eines „Genozids an den Palästinensern“⁵. Sie war außerdem in einem israelfeindlichen Rap-Video zu sehen rechtfertigte bzw. unterstützte die BDS-Bewegung.⁶ An der HU kam es 2022 zu einem weiteren gut dokumentierten Vorfall: Eine Dozentin verbreitete über ihren X-Account (damals noch Twitter) verschiedene Holocaust relativierenden Aussagen, sowie ein Bild, auf dem sie neben einer Frau posiert, welche ein Schild mit der Aufschrift „Netanyahu=Hitler“ hochhält.⁷ Zum internationalen Holocaustgedenktag am 27. Januar 2022 schrieb sie: „Der Völkermord der Juden an den Palästinensern geht immer noch weiter“.⁸ Weiterhin teilte sie in sozialen Medien verschiedene Inhalte von Organisationen und Initiativen, die für ihre antisemitischen Postings bekannt sind.⁹ Jüdische Studierende wollten aus Angst vor Diskriminierung das Seminar der Dozentin nicht weiter besuchen. Die Jüdische Studierendenunion Deutschlands machte den Fall damals öffentlich und forderte in einem offenen Brief an die Universitätsleitung, sich von der Dozentin zu distanzieren.¹⁰

Diese vergleichsweise gut dokumentierten Fälle der jüngeren Vergangenheit zeigen, wie virulent Antisemitismus bereits vor dem 7. Oktober 2023 an Universitäten verbreitet war. Aufgrund damals noch fehlender Meldemöglichkeiten¹¹ und geringerer Sensibilität gegenüber solcher Vorfälle ist außerdem von einer sehr hohen Dunkelziffer auszugehen. Hinzu kommen zahlreiche öffentliche antisemitische Entgleisungen und Scheindebatten der letzten Jahre, wodurch Antisemitismus an Universitäten noch weiter verbreitet, befeuert und verschärft wurde. Ob im Kontext der Theorie des Postkolonialismus, bei der Documenta in Kassel oder während der Berlinale – insbesondere die Bemühungen aus dem akademischen Milieu heraus Antisemitismus zu leugnen, zu relativieren oder zu legitimieren, haben zu einer steigenden Akzeptanz und Toleranz von Antisemitismus gerade auch an Universitäten und bei Studierenden geführt. Bei den aktuellen Vorfällen sind daher wenig überraschend dieselben Leugnungs-, Relativierungs-, Legitimierungs- und Verharmlosungstendenzen feststellbar, wie bei den zuvor genannten Antisemitismusdebatten: So dokumentieren bspw. unzählige bei Demonstrationen und „Protestcamps“ an Universitäten verwendete Schilder, Plakate und Transparente wie Antisemitismus relativiert wird. So bspw. durch den Ausruf „Free Palestine from German Guilt“, der insinuiert,

4 Bspw. wurde über angebliche Folter und Organdiebstahl durch die israelische Armee berichtet oder das Stattfinden eines Völkermordes an der palästinensischen Bevölkerung propagiert.

5 Ladwig, Bernd (2017): „Israelkritik und akademische Freiheit“, Jüdische Allgemeine, 17.07.2017.

6 Vgl. Weintal, Benjamin (2017): „German university suspends pro-BDS professor“. The Jerusalem Post, 10.01.2017; Mai, Michael (2017): „Antisemitismus: Studierende der FU Berlin erheben Vorwürfe gegen Lehrbeauftragte des Otto-Suhr-Instituts“, Berliner Zeitung, 11.01.2017.

7 Geiler, Julius (2022): „Dozentin der Berliner Humboldt-Universität teilte antisemitische Inhalte“. Tagesspiegel, 21.02.2022.

8 Ebd.

9 Unter anderem teilte sie Inhalte von „Electronic Intifada“ und „Samidoun Deutschland“. Die Seite „Electronic Intifada“ ist seit Jahren für die Verbreitung antisemitischer Propaganda bekannt (vgl. u.a. Amadeu Antonio Stiftung 2017, NGO-Monitor 2011), das pro-palästinensische Netzwerk „Samidoun“ wurde zuletzt aufgrund von Terrorverherrlichung und Unterstützung der Hamas in Deutschland verboten.

10 Jüdische Studierendenunion Deutschland (2022): „Pressemitteilung – Dozentin der Humboldt-Universität zu Berlin verbreitet ungeniert antisemitische Inhalte“, Twitter, 23.02.2022.

11 So wurde bspw. die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) erst 2015 gegründet und seitdem sukzessive ausgebaut.

dass Deutschland aufgrund der historischen Verantwortung des Holocaust Israel nicht deutlicher kritisiere. Auf diese Weise wird nicht nur der Holocaust instrumentalisiert und verharmlost, sondern auch bekannte antisemitische Konzepte wie das der „Antisemitismuskeule“, des „Meinungsdiktats“ oder das Phantasma eines angeblichen „Kritiktabus“ aktiviert¹². Dieselben Konzepte wurden bereits massiv bei der Mbembe-Debatte 2020, oder der Documenta 2022 tradiert. Aktuell ist ferner die Bestrebung auffällig, die Massaker des 7. Oktober zu verharmlosen und Täter und Opfer zu vertauschen. So bspw., wenn behauptet wird, nicht der 7. Oktober hätte den gegenwärtigen Krieg ausgelöst, sondern die israelische Staatsgründung 1948. Mit Bezeichnungen wie „Widerstand“ für den Hamas-Angriff, oder „Märtyrer“ als Begriff für Terroristen, findet eine massive Verharmlosung und Relativierung der Hamas-Verbrechen statt.



Antisemitische Schilder und Transparente bei sogenannten „Protestcamps“, hier in Frankfurt am Main (Quelle: RIAS Hessen)

Insgesamt wird durch die geschilderten Vorfälle – vor und nach dem 7. Oktober 2023 – der zentrale Befund der Antisemitismusforschung, welcher von Forschern immer wieder betont wird, bestätigt: Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, welches über alle sozialen Grenzen und Weltanschauungen hinweg auftritt.¹³ Gerade die gesellschaftliche Mitte und gebildete Milieus sollten bei der Erforschung in den Blick genommen werden. So wird der Antisemitismus aus dem gebildeten Milieu – und damit insbesondere jener an Universitäten – von Experten aufgrund seines manipulativen und persuasiven Charakters langfristig als gefährlicher und einflussreicher eingeschätzt, als jener von Extremisten. Der hier (re)produzierte Anti-

¹² Siehe hierzu ausführlich Reinharz, Jehuda; Schwarz-Friesel, Monika (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, Boston: De Gruyter. S. 166 ff.

¹³ Siehe hierzu bspw.: Salzborn, Samuel (2019): „Antisemitismus seit 9/11, Ereignisse, Debatten, Kontroversen“. Baden Baden: Nomos.; Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.) (2015): „Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft“. Baden Baden: Nomos.; Schwarz-Friesel, Monika/Friesel, Evyatar/Reinharz, Jehuda (Hrsg.) (2010): „Aktueller Antisemitismus ein Phänomen der Mitte“. Berlin: De Gruyter.

semitismus erhält einen „akademischen Anstrich“ und wirkt so sozial tragbar und vermeintlich seriös. Diese besondere Relevanz von Antisemitismus an Universitäten wurde von der britischen Hochschullehrerin und Juristin Ruth Deech vor einigen Jahren treffend als „Kanarienvogel im Kohlebergwerk“ verbildlicht, also als ein gesellschaftliches Frühwarnsystem für Antisemitismus. Demnach hätten bereits die geschilderten Fälle von vor dem 7. Oktober 2023 als absolutes Warnsignal verstanden werden müssen. In der Retrospektive beschreiben sie nun vielmehr anschaulich den „fruchtbaren Nährboden“, welcher die jetzt so deutlich wahrnehmbare Eruption antisemitischer Vorfälle ermöglicht. Die derzeitige Häufung antisemitischer Vorfälle an Universitäten ist somit keinesfalls als ein kurzfristiges, plötzliches, einmaliges oder gänzlich neues Phänomen zu verstehen, sondern wird nun lediglich brachialer ausgelebt. Der Terrorüberfall der Hamas und die darauffolgende Reaktion Israels dienten vielmehr als eine Art Katalysator für die ungehemmte Äußerung von Antisemitismus. Es ist daher mit Nachdruck daran zu appellieren, die Warnungen aus der Forschung und gerade auch von jüdischen Verbänden und Institutionen, ernst zu nehmen: Jeder Form von Antisemitismus – ob rechts, links, muslimisch oder eben aus der gebildeten Mitte – muss entschieden entgegengetreten werden.

(weiterführende) Literatur

Sosada, Johannes (2025): Orte der Toleranz? – Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland. Eine empirische Analyse basierend auf 30 Interviews mit Studierenden an Universitäten in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.

Sosada, Johannes (2025): Antisemitismus unter Studierenden an Universitäten in Deutschland – Ergebnisse einer Interviewstudie. In: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther: Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023. Hildesheim: Olms, S. 81 – 101.

Bundesverband der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus e.V. (2025): Jahresbericht – Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024. Berlin.

Sosada, Johannes (2024): Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland. In: Zarbock/Richter/Seul/Thurau/Borsch/Gärtner/Schmidt/Seiler (Hrsg.): Antisemitismus zwischen Latenz und Leidenschaft. Kommunikations- und Äußerungsformen des Judenhasses im Wandel (= Trierer Beiträge zur interdisziplinären Antisemitismusforschung, Bd. 2). Opladen, Berlin, Toronto: Barbara Budrich, S. 157 – 174.

Schwarz-Friesel, Monika (2022): Judenfeindschaft 2.0 als kulturelle Tradition von Bildungseliten. In: Schmitt, Michael (Hrsg.): Antisemitismus in der Akademie. Leipzig: Henrich und Henrich, S. 137 – 159.

Schwarz-Friesel, Monika (2022): Toxische Sprache und geistige Gewalt. Wie judenfeindliche Gefühlsmuster seit Jahrhunderten unsere Kommunikation prägen. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.

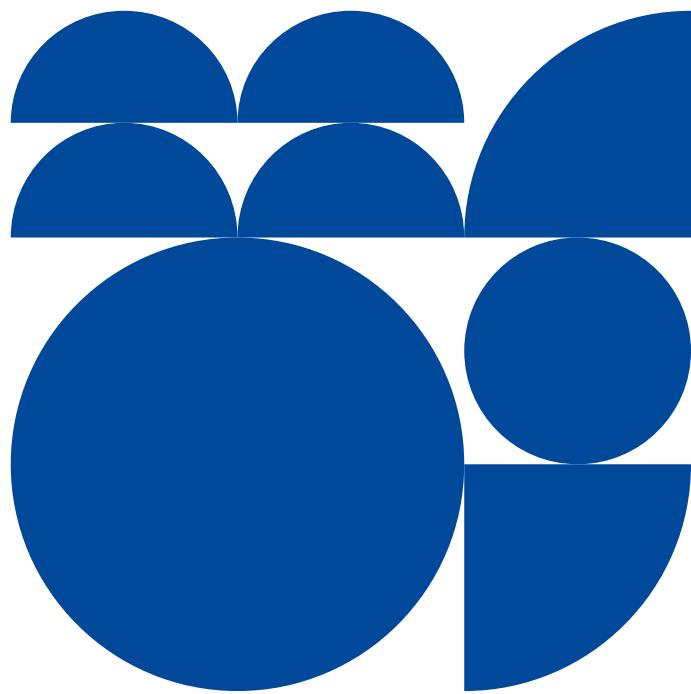
Schwarz-Friesel, Monika (2015) (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden Baden: Nomos.

Reinharz, Jehuda; Schwarz-Friesel, Monika (2013): Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin, Boston: De Gruyter.

Tania Elstermeyer

The Genius of the crowd

Die antisemitische Avantgarde
an deutschen Kunsthochschulen



Es braucht nicht die Anwesenheit von Juden, damit Antisemitismus stattfindet. Allein, dass wir im universitären Kontext so ein Problem damit haben, über Antisemitismus im universitären Kontext zu sprechen, dass es als eine potenzielle Bedrohung für künstlerische Karrieren oder studentische Existenzen gesehen wird, zeigt, wie verbreitet das Gerücht über die Juden ist.

Am 7. Oktober 2023 war ich im Streit mit meiner Exfrau. Shiri und ich lebten ein paar Monate nach unserer Scheidung noch zusammen. Wir waren in der Trennungsphase, suchten jede nach einer anderen Wohnung und sprachen kaum miteinander. Dieser Zustand hielt sich auch noch Tage nach dem Massaker der Hamas.

Shiri ist 2012 von Jerusalem nach Berlin gezogen, 2015 haben wir geheiratet. Sie hat an der gleichen Kunsthochschule wie ich studiert, hatte viele Freunde. Ich bin davon ausgegangen, dass sie von ihnen aufgefangen wird. Wie schockiert bin ich gewesen, als ich eines Tages auf Instagram eine Story von einer deutschen, ehemaligen Kommilitonin sah, in der sie die Hamas-Terroristen als Opfer Israels dargestellt hat. Ich schrieb ihr wütend, ob sie Shiri gefragt hätte, wie es ihr gehe und fragte sie, was ihrer Meinung nach mit den israelischen Geiseln passieren sollte. Eine Antwort bekam ich nicht. Ich sah mich weiter auf den sozialen Medien unseres Freundeskreises um und musste feststellen, dass die Meinung meiner ehemaligen Kommilitonin Konsens war. Shiri hat mir kurz darauf von Anfeindungen berichtet, denen sie seit dem Massaker ausgesetzt gewesen ist.

Am 11. November 2023 fand im studentischen Café der Universität der Künste Berlin (UdK) eine Vollversammlung statt, angeblich um arabische und jüdische Studierende miteinander in Dialog zu bringen. Shiri und ich gingen hin, sie wollte sich der Auseinandersetzung mit ihren Kommiliton*innen stellen. Viele Studierende waren da, ebenso die Diversitätsbeauftragte der Universität. Es wurden Pogromleugnungen an jüdischen Menschen weltweit geäußert; im Grunde schien die Diskussion darauf abzuzielen, dem Staat Israel, in dem viele vor antisemitischer Verfolgung geflüchtete Menschen eine Heimat fanden, das Existenzrecht abzusprechen. Als ich meine Stimme erhob und dagegen argumentierte, begriff ich, dass die Studierenden gar keine Ahnung von der Geschichte des Landes Israel und der Verfolgung jüdischer Menschen hatten, was erstaunlich ist, da ja auch ihre persönliche Geschichte, die ihrer Nationen und Familien, eng mit der Gewalt, die jüdische Menschen zur Migration bewegt und gezwungen hat, verbunden ist. Im Anschluss an die Diskussion hat sich eine kleinere Gruppe zusammengesetzt, um die Protestperformance am 13. November 2023 in der Eingangshalle des Hauptgebäudes der UdK zu planen. Shiri und ich haben uns dazu gesetzt. Geplant wurde, unter anderem, die Namen der Kinder aufzusagen, die durch die Luftangriffe Israels nach dem 7. Oktober ums Leben gekommen waren. Shiri schlug vor, auch die Namen der Menschen zu nennen, die am 7. Oktober auf dem Super Nova Festival durch die Hamas ermordet wurden, sowie die Namen derer, die in den Gazastreifen verschleppt und als Geiseln festgehalten werden. Das brachte die bislang mehr oder wenig entspannte Stimmung zum Kippen. Sie wurde aufs Schlimmste beleidigt, unter anderem wurde behauptet, dass Shiri als ehemalige israelische Staatsbürgerin selbst mit schuldig wäre an der sexuellen Gewalt der Hamas an jüdischen

Frauen. Die Reaktion bestimmter Personen fielen mir dabei besonders auf, vor allem die eines Mannes Mitte dreißig, der sich direkt hinter Shiri setzte und jedem ihrer Argumente widersprach. Nein, es gäbe keine Israelis, die gegen Benjamin Nethanjahus Politik demonstrierten, Israel wäre eine weiße Siedlerkolonie. Das Massaker der Hamas wäre nichts anderes als die Konsequenz israelischer Unterdrückungspolitik. Außerdem sagte er mir, er wäre Teil einer antizionistischen Gruppierung, die sich in den letzten Jahren, in der Berliner Kulturwelt etabliert hat. Ich war aufs Höchste alarmiert. Während der Veranstaltung wurde ich einem Telegram-Kanal beigefügt, „Students for Gaza Udk“. Inhaltlich drehte es sich auch dort weniger darum, Friedensaktivismus zu betreiben, als die Existenz des Staates Israel zu delegitimieren. Ich wandte mich in einer privaten Nachricht an die Betreiberin des Kanals, die ich persönlich kannte und bis dato als gute Freundin meiner ehemaligen Lebensgefährtin betrachtet habe. Ich warnte sie besonders vor dem Mann, der so vehement gegen Shiri und ihr Anliegen vorgegangen war. Offensichtlich handelte es sich um einen professionellen Aktivisten, der sich unter die Studierenden gemengt hatte, um seine politischen Interessen durchzusetzen. Sie reagierte, indem sie mich aus dem erwähnten Telegram-Kanal löschte und dort behauptete, ich hätte sie persönlich beleidigt und wäre einer Gesprächsaufforderung nicht nachgekommen. Sie wollte wohl verhindern, dass ich den Inhalt des Kanals dokumentiere, was ich natürlich schon getan hatte.

In meiner Jugend habe ich mich in Ostwestfalen gegen Rechtsextreme engagiert, indem ich sie bei ihren Agitationen fotografisch dokumentierte. Am 13. November 2023 entschied ich mich, meine Kamera mit in die Udk zu nehmen. Ich arbeite dort seit Oktober 2023 als Lehrbeauftragte. Zu dem, was dort passierte, muss ich nicht viel sagen, da es bereits ausgiebig in der Presse erzählt worden ist.¹ Die Performance mit den blutroten Händen und dem ausgerollten Banner „It's not complicated“ hat es bis in die Show *ZDF Magazin Royale* von Jan Böhmermann geschafft.²

Hinzufügen möchte ich nur, dass bei der Aktion vor allem POC und queere Studierende anwesend waren. Nicht, weil sie der Nahe Osten so viel mehr interessiert, als andere Studierende, sondern weil sie gezielt zu der Veranstaltung eingeladenen worden sind. Schon in den Telegram-Kanal Students for Gaza Udk fügte die Betreiberin fast ausschließlich Studierende ein, die POC und queer gelesen werden können. Das Vorgehen ist perfide. Junge, marginalisierte Menschen werden anhand ihrer persönlichen Unterdrückungserfahrungen mit antisemitischer Propaganda indoktriniert. Dabei legten antizionistische Professor*innen, die den Protest mitorganisierten, und politische Agitator*innen es darauf an, dass die Studierenden nicht den theoretischen Background haben, diese zu widerlegen. Außerdem wurde auf den Bildern, die während des Protestes entstanden sind, ein Bild gezeichnet von jungen, politisch progressiv gelesenen Menschen, die empört sind über das Elend der palästinensischen Kinder. Dies legitimiert zum einen den Protest vor der deutschen Bevölkerung als moralisch notwendig. Zum anderen nährt er rassistische Narrative. Wenn in Deutschland sozialisierte Studierende im Namen der arabischen Bevölkerung in Gaza sprechen, wenn ihr Narrativ als antisemitisch entlarvt wird, schreibt die „B.Z.“: „Islamterror an der Udk Berlin“. Lesen Sie die Kommentarspalten unter den Artikeln zu dem Thema. Natürlich nähren die Proteste rechtsextreme, verfas-

1 Claudio Seidel, „Die Politik der Verdammnis“, FAZ, 27. November 2023; Annabel Wahba und Carlotta Wald, „Sie sagten uns, Israel sei doch selbst schuld am Angriff der Hamas“, Die Zeit Nr. 51/2023, 28. November 2023.

2 ZDF Magazin Royale: Eine Diskursanalyse: Wie Deutschland über den Krieg im Nahen Osten, ausgestrahlt am 16. Dezember 2023 <https://www.youtube.com/watch?v=U4umi0LaHfk>.



Euphoria © Tania Elstermeyer

sungsfeindliche Parteien wie die AFD. Die Taktik, solchen Content gezielt zu generieren, kennen wir zuerst aus den Propagandastrategien der iranischen Regierung, deren antisemitisches Narrativ vor allem von den weltweit stattfindenden Märschen am sogenannten Al-Quds Tag bekannt sind. Heute finden wir die Propaganda des Regimes überall in den sozialen Medien, den Hochschulprotesten und Palästinademonstrationen.³

Nach kurzer Überlegung hatten drei sehr engagierte Studierende und ich uns entschieden, uns öffentlich gegen den antisemitischen Protest zu positionieren. Zum einen um auf die elende Situation hinzuweisen. Zum anderen, damit betroffene Studierende sicher wissen, an wen sie sich wenden können, ohne Gefahr zu laufen bloßgestellt und tyrannisiert zu werden. Seitdem ist kaum ein Tag vergangen, an dem ich nicht mit Menschen kommuniziere, die unter Leidensdruck stehen. Das wichtigste Druckmittel gegen Studierende von künstlerischen Berufen, ist der Kulturoboykott. Professionelle Kulturschaffende sind abhängig von ihren Netzwerken. Jüdische Studierende, die sich nicht klar gegen Israel positionieren, werden von der Gemeinschaft ausgeschlossen, nicht mehr zu Gruppenausstellungen eingeladen, bekommen keine Stipendien und später wahrscheinlich auch keine Lehraufträge. Wer nichtjüdisch ist und sich gegen den Boykott stellt, wird genauso ausgeschlossen, öffentlich diffamiert, beispielsweise als antimuslimischer Rassist, und bedroht. Namen werden in Gruppenchats der Protestierenden veröffentlicht. Es gibt Hetze gegen sie in den sozialen Medien, ängstlich werden sie nicht mehr

³ Kazem Moussavi: iraniensforum.com 8. Januar 2024, Antisemitismus an der Udk Berlin: Die Rolle des iranischen Kurators Tirdad Zolghadr.

gegrüßt. Es gibt Fälle von körperlicher und direkter, verbaler Gewalt. Darum schweigen die meisten Studierenden an den Kunsthochschulen auch. Sie sind nicht überzeugt vom Antizionismus, aber eine eigene, politische Positionierung erscheint ihnen zu riskant.

Diese selektive Solidarität ist speziell in akademischen Kreisen schwer zu ertragen. Vermittelt wird sie zum Teil durch die postkoloniale Theorie. Wir erleben eine Exklusion des Jüdischen aus vermeintlich progressiven Solidaritätsklammern. Damit geht die Verweigerung von Empathie und grundsätzlicher, menschlicher Anerkennung einher.

Immer wieder begegne ich Doppelstandards, Holocaustrelativierungen, es wird mit Begriffen um sich geworfen, die belegterweise unzutreffend sind. Es geht hier oft nicht um Fakten, es geht um Emotionen. Und ich frage mich, wie Gespräche möglich sind, wenn es keine gemeinsame Sprache und kein Interesse an Fakten gibt. Fakten werden als westliche, koloniale Propaganda abgetan. Das Misstrauen ist groß. Im Namen der Kunst werden antisemitische Inhalte verbreitet. Und spricht man das an, ist der Aufschrei riesig. Die Kunstrechte! Aber ich finde, Hass hat keinen Platz in der Kunst. Offensichtlich wird die Kunst hier als Vorwand missbraucht, um Hass zu schüren. Die künstlerische Lehre findet in der UdK und den meisten deutschen Kunsthochschulen in Fachklassen statt. Jeweils eine kleine Anzahl an Studierenden studiert, normalerweise jahrelang, bei einem Professor/ einer Professorin. Es kann keine Klasse voll von antisemitisch agierenden Studierenden geben, wenn die Klassenleitung nicht zumindest wegsieht. In einigen Klassen wird der israelfeindliche Aktivismus sogar direkt von den Lehrenden getragen und honoriert.

Vor ein paar Monaten war ich im Berliner Club „about blank“ tanzen. Unabhängig voneinander begegnete ich zwei Studierenden, die in der gleichen Fachklasse studieren, bei derselben Professorin. Beide erzählten mir, wie allein sie mit ihrer Bestürzung über den antisemitischen Konsens sind, der in ihrer Klasse herrscht. Ich habe sie dann einander vorgestellt. Dabei herrschte eine Stimmung, so still und heimlich, als ginge es um das Zusammentreffen zweier Liebhaber von Kinderpornographie. So groß ihre Angst entdeckt zu werden, als Demokraten.

Ich wiederhole: Es braucht nicht die Anwesenheit von Juden, damit Antisemitismus stattfindet. Allein dass wir im universitären Kontext so ein Problem damit haben, über Antisemitismus im universitären Kontext zu sprechen, dass es als eine potenzielle Bedrohung für künstlerische Karrieren oder studentische Existenz gesehen wird, zeigt wie verbreitet das Gerücht über die Juden ist.

Seit ich mich engagierte, werde ich angefeindet. Üble Gerüchte werden gestreut, meist auf eine Art und Weise, die die Quelle der Erzählung unkenntlich macht. Besorgte Bürger*innen schreiben Institutionen an, die mich zu dem Thema einladen, um sie vor meiner Person zu „warnen“. Freunde von mir, werden isoliert und unter Druck gesetzt, den Kontakt zu mir abzubrechen. Auf dem Campus Grüßen mich viele Kolleg*innen nicht mehr. Den engagierten Studierenden ergeht es nicht besser, sie sind teilweise sogar von direkter Aggression betroffen. Man arbeitet sich öffentlich an uns ab, anstatt über die Situation der Menschen zu sprechen, die direkt vom Antisemitismus betroffen sind.



On The Edge Of The Lava Flow © Tania Elstermeyer

Die Dozent:innen und Studierenden im Protest haben noch ein Motiv, die jüdischen Menschen, die Schmerz artikulieren, wie Luft zu behandeln. Sie können die Folgen ihrer eigenen Zerstörung nicht sehen. Sie sind sich nicht bewusst, dass sie aus Zerstörungslust agieren. So können sie weiter glauben, dass sie einzig zum Wohle der Unterdrückten handeln, und so erleben sie sich selbst.

Darum empört sie auch der Antisemitismusvorwurf, sie denken, man respektiert ihre intellektuelle Meinung nicht mehr. Antisemitismus ist aber keine Meinung, keine zu entschuldigende intellektuelle Position. Es ist Hass. Dieser Hass ist ideologisch und wir können zusehen, wie er sich materialisiert.

Zudem spielen ganz weltliche Bedürfnisse eine Rolle. Das Ziel der protestierenden Studierenden ist Dominanz und Raumnahme. Es geht um Fördergelder, Preise und den Ausschluss von Andersdenkenden.

Es spielt keine Rolle, ob sich die Akademiker*innen in dem Protest als links definieren. Ihr Protest ist bürgerlich und antisemitisch, da sie weder die Besitzverhältnisse in Frage stellen, noch auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse migrantischer Menschen hierzulande abzielen. Mögen sie sich auch die Ästhetik und das Vokabular außerparlamentarischer Linker angeeignet haben, sie sind die bürgerliche Mitte, sie werden laut für islamistisch-imperialistische Interessen in Nahost und sie stellen jüdisches Leben innerhalb des Kulturbetriebs unter Generalverdacht.

Antisemitismus in der Uni kann nur existieren, wenn er in den höheren Positionen zumindest toleriert wird. Das Problem wird nicht gelöst, wenn man Antisemitismus nur aufdeckt. Änderungen im Verhalten, wie man damit umgeht sind wichtig. Ich weigere mich ganz bewusst, Fragen zu stellen, wie die, ob sich durch antisemitische Hetze in künstlerischen Arbeiten der Kunstbegriff auflöst. Das ist eine rein intellektuelle Frage. Und ich finde es in diesem realpolitischen Kontext, in dem auf einem Unicampus eine Minderheit tatsächlich angegriffen wird, gefährlich, sich in solchen Fragestellungen, die ja vor allem Habitus der Intellektuellen selbst sind, zu verlieren.

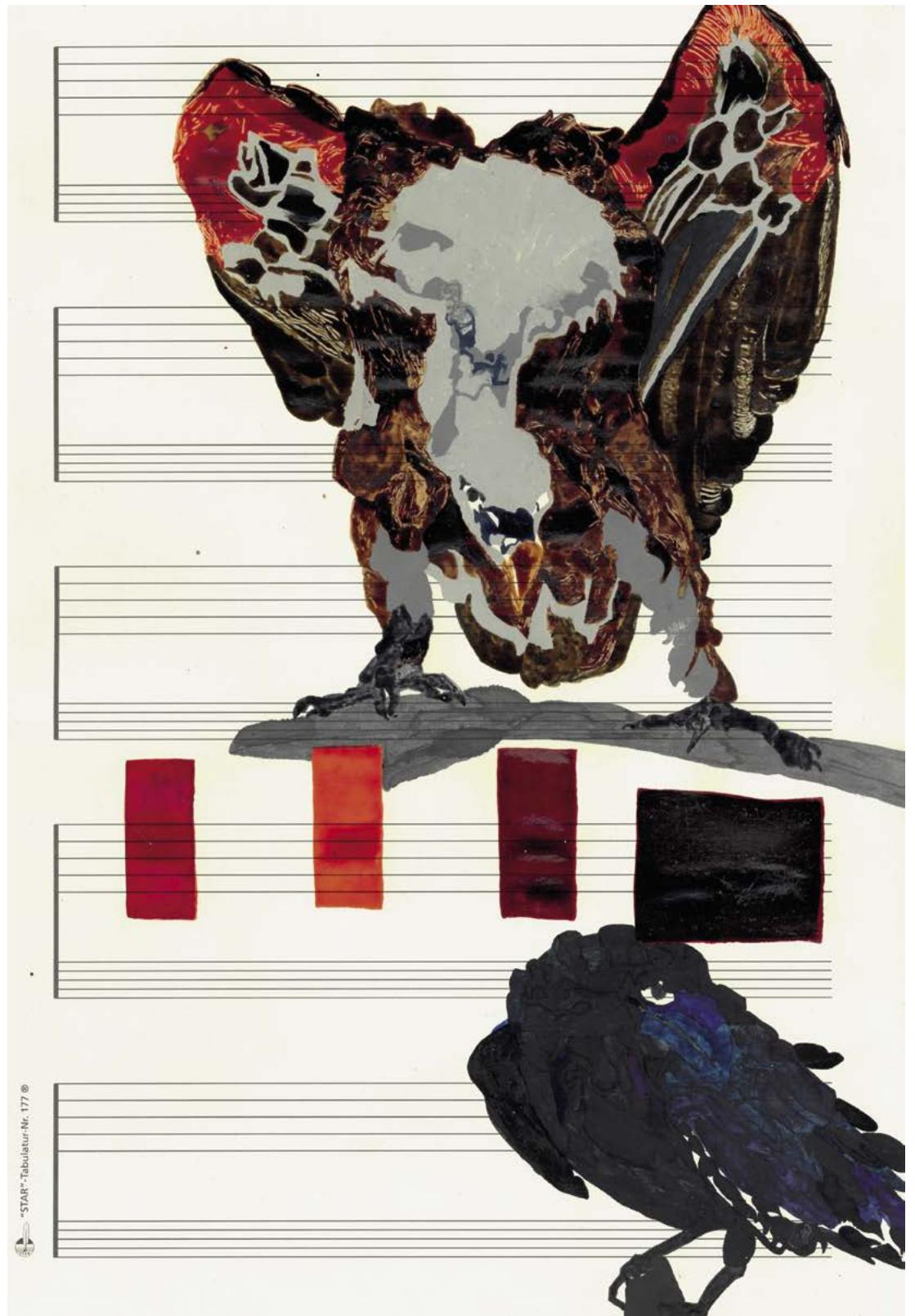
Warum tun wir das, in einer Situation, in der Menschen schnell und pragmatisch geholfen werden muss? Ich habe Verantwortung für Menschen übernommen. Ich möchte mich nicht in einem Showkampf verlieren, mit Personen, die letztendlich, ja auch ihren gebrochenen Habitus verteidigen möchten, indem sie die Position von Menschen in Gaza einnehmen, von deren Lebensrealität sie 0,0 Prozent verstehen. Ich möchte, dass wir endlich eine Situation schaffen, in der jüdische Menschen angstfrei zum Studium gehen können. In dem eine einzelne, jüdische Person, andere Studierende oder auch Lehrende persönlich anspricht und die Frage stellt, was zur Hölle ihnen einfällt, sie zu boykottieren. Und dass das straffrei bleibt, ohne anschließenden Psychoterror, der sich auf diese jüdische Person konzentriert.

Das ist hier kein Fußballspiel. Ich schreibe dies nicht als Bohemian mit provokanter Meinung. Ich möchte, dass die Leute an den Universitäten sich eingestehen, dass wir alle eine Situation schaffen, in der eine Minderheitengruppe verfolgt wird und in der Menschen zum autoritären Denken und Handeln verleitet werden.⁴

Lesetipp

Charles Bukowski: The Genius Of The Crowd, 1966, Veröffentlicht zuerst von 7 Flowers Press, Cleveland, nachzulesen unter: <https://allpoetry.com/The-Genius-Of-The-Crowd>

⁴ Statement von Lehrenden und Mitarbeitenden gegen Antisemitismus an der UdK Berlin vom 8. Februar 2024,
<https://www.udk-berlin.de/universitaet/fakultaet-darstellende-kunst/statement-von-lehrenden-und-mitarbeitenden-gegen-antisemitismus-an-der-udk-berlin-vom-8-februar-2024/>.

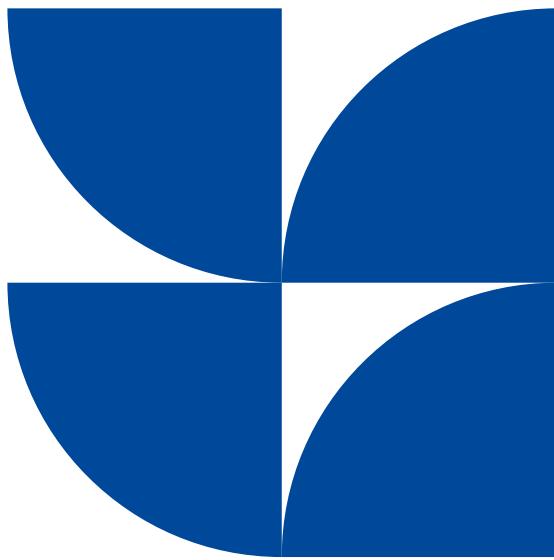


The Future Is Unwritten © Tania Elstermeyer

Leonie Nützl, Gabriel Hoppe

Antisemitismus an Hochschulen in Hessen im Jahr 2024

**Eine Bestandsaufnahme der Recherche-
und Informationsstelle Antisemitismus Hessen**



Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) ist die Anlaufstelle für Betroffene, Freundinnen/Freunde, Angehörige, sowie Bekannte von Betroffenen, als auch für Personen, die als Zeuginnen/Zeugen antisemitische Vorfälle wahrnehmen. Den Kern unserer Arbeit bilden die Aufnahme von Meldungen und die Dokumentation antisemitischer Vorfälle. RIAS Hessen ist aber auch in der Wissenschaft und Praxis aktiv, macht Transfer- und Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig für Betroffene ist die Verweisberatung an Stellen, die umfassende psychosoziale und rechtliche Begleitung bieten, v.a. OFEK e. V. Für RIAS Hessen ist auch die Vernetzung mit unverzichtbaren Partnern wie dem Landesverband jüdischer Gemeinden in Hessen, den einzelnen jüdischen Gemeinden und jüdischen Einrichtungen und Verbänden von großer Bedeutung. Nachdem im folgenden Beitrag zunächst in einem Überblick die Entwicklung der von RIAS-Hessen erfassten Vorfälle über die Jahre hinweg vorgestellt und mit den Erkenntnissen des Bundesverbandes ins Verhältnis gesetzt werden, folgt im Anschluss eine ausführlichere Darstellung der Ergebnisse im Bereich des Schwerpunktes Hochschule.¹

Entwicklungen und Tendenzen im Bund und in Hessen

Dem Jahresbericht des Bundesverbandes kann entnommen werden, dass die Zahl der bundesweit dokumentierten antisemitischen Vorfälle im Jahr 2024 bei 8.627 lag, was etwa 24 Vorfällen pro Tag entspricht. Damit stieg die Fallzahl im Jahresvergleich zu 2023 um ca. 77 Prozent an, wobei es bereits zwischen den Jahren 2022 und 2023 zu einem Anstieg von 83 Prozent gekommen war. In absoluten Zahlen entwickelten sich die den RIAS-Meldestellen bekannt gewordenen Fälle also bundesweit von 2.610 Fällen im Jahr 2022 über 4.782 Fälle im Jahr 2023 bis zu 8.627 Fällen im Jahr 2024.² Die Bedeutung, die die am 7. Oktober 2023 verübten Massaker der Hamas und anderer Gruppen in Israel sowie der sich anschließende Krieg in Gaza als Gelegenheitsstruktur für das Vorfallgeschehen in der Bundesrepublik haben, wird daran deutlich, dass bereits im Jahr 2023 58 Prozent der gemeldeten Vorfälle nach dem siebten Oktober stattfanden.³ Bezuglich der antisemitischen Erscheinungsformen hält der Bericht fest, dass der israelbezogene Antisemitismus mit 5.857 Zuordnungen am häufigsten vorkam, wobei damit kein Rückgang anderer Erscheinungsformen verbunden war, mit denen er sich stattdessen verschränkt.⁴ Die starke Zunahme der Fallzahlen wird vor allem in stark politisierten Kontexten, wie bei Versammlungen und an Hochschulen verortet und es wird darauf hingewiesen, dass sich der Antisemitismus auch im Jahr 2024 gewaltförmig äußerte.⁵ Neben acht Fällen extremer Gewalt wurden 186 Angriffe und 300 Bedrohungen bekannt. In Bezug auf die Hochschulen wird zudem herausgestellt, dass die Zahl der antisemitischen Vorfälle sich im Bund gegenüber dem Jahr 2023 von 151 Vorfällen auf 450 im Jahr 2024 verdreifacht hat, während sie im Jahr 2022 noch bei 23 lag.⁶

1 Die folgende Darstellung beruht auf dem von Leonie Nützl am 26.Juni.2025 im Rahmen des Fachtags „Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart“ gehaltenen Impuls.

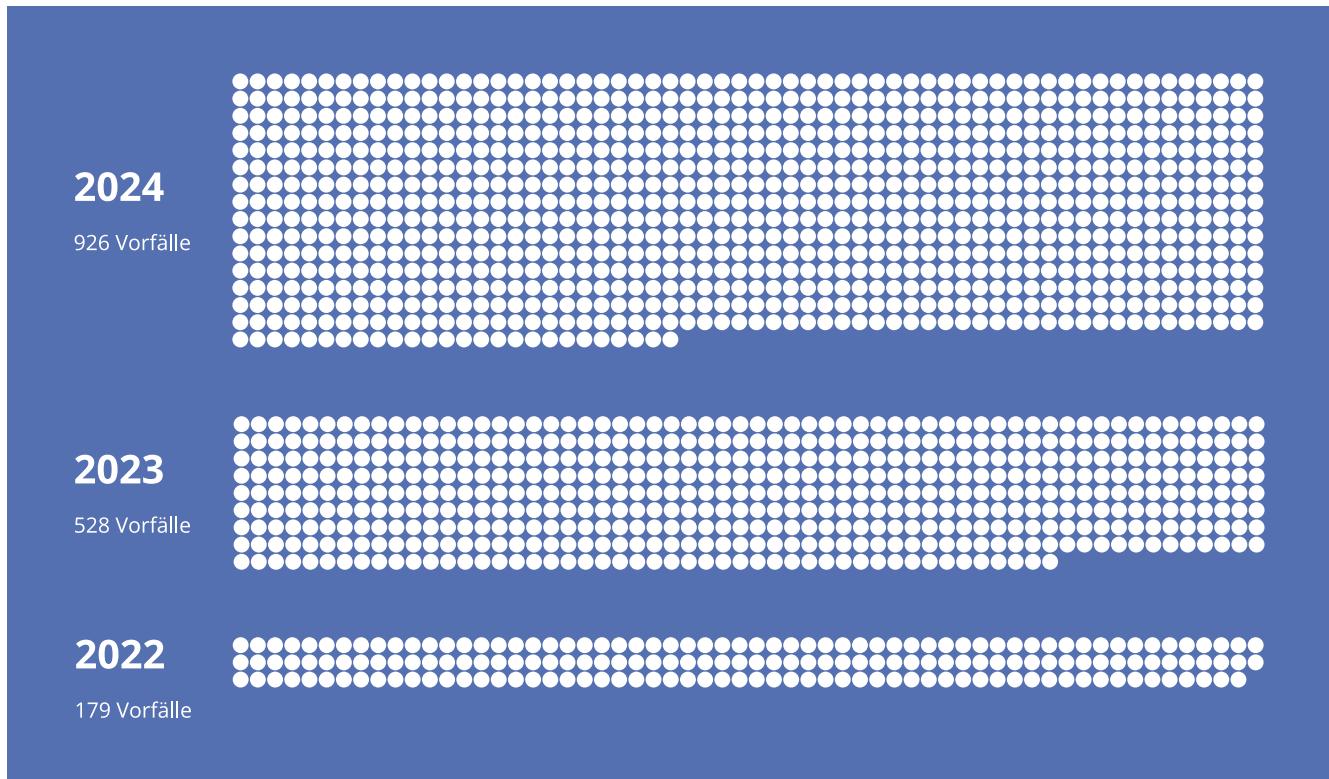
2 Vgl. Bundesverband RIAS (2025): Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024, S. 54

3 Vgl. Bundesverband RIAS (2024): Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023, S. 10

4 Vgl. Bundesverband RIAS (2025): Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024, S. 11

5 Ebd. S. 10

6 Ebd. S. 11



Entwicklung 2022 bis 2024. RIAS Hessen nahm im Jahr 2022 die operative Arbeit auf. © RIAS Hessen.

Die im Bund beobachtete Tendenz stark steigender Fallzahlen spiegelt sich in den Entwicklungen in Hessen wider. RIAS-Hessen dokumentierte im Jahr 2024 926 antisemitische Vorfälle, was im Vergleich zu den 528 Fällen im Jahr 2023 einer Steigerung von 75 Prozent entspricht.⁷

Auch hier folgte dieser Anstieg einer bereits im Vorjahresvergleich von 2022 zu 2023 begonnenen Entwicklung, da zwischen 2022 und 2023 ebenfalls eine starke Zunahme von 179 auf 528 Fälle verzeichnet wurde, die ebenso wie im Bund stark durch die Entgrenzung antisemitischer Gewalt nach dem 7. Oktober 2023 geprägt ist.⁸

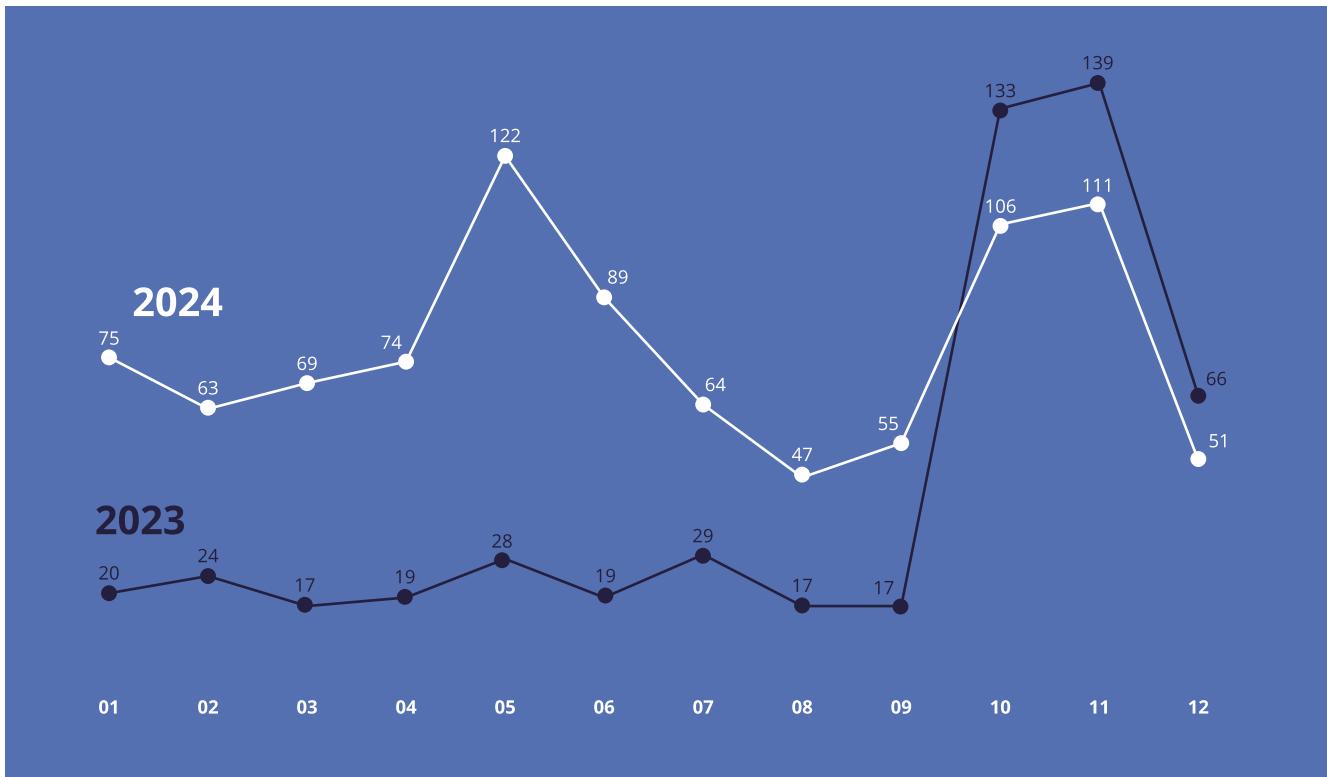
Zur Situation an den Hochschulen in Hessen

Die Vorfallzahlen an den hessischen Hochschulen erreichen zwar nicht das Niveau des Zuwachses im Bund, doch auch hier haben sich die dokumentierten Fälle von 51 auf 121 mehr als verdoppelt und weisen damit einen erheblichen Anteil an der bundesweiten Dynamik auf. Zudem hat sich innerhalb der Verteilung in den Bildungseinrichtungen zwischen den Jahren 2023 und 2024 eine starke Verlagerung hin zu den Hochschulen ergeben, was sich darin zeigt, dass Schulen und Hochschulen im Jahr 2023 noch einen relativ ausgeglichenen Anteil am an RIAS-Hessen gemeldeten Vorfallsaufkommen hatten, während im Jahr 2024 die Fallzahl an den Hochschulen die an den Schulen um das 2,5- fache überstieg.⁹

⁷ Vgl. RIAS-Hessen (2025): Jahresbericht 2024, S. 10

⁸ Vgl. RIAS-Hessen (2024): Jahresbericht 2023, Das Jahr in Zahlen, S.1

⁹ Vgl. RIAS-Hessen (2025): Jahresbericht 2024, S. 44



Antisemitische Vorfälle in Bildungseinrichtungen 2024 im monatlichen Verlauf © RIAS Hessen.

Dieser sprunghafte Anstieg von Vorfällen an den Hochschulen spiegelt sich auch in der von OFEK e.V. herausgegebenen Beratungsstatistik wider, die sowohl für den Schulbereich als auch für die Hochschulen einen enormen Anstieg der Beratungstätigkeit seit dem siebten Oktober 2023 verzeichnet, der im Fall der Hochschulen jedoch noch einmal deutlich über dem für den Schulbereich angegebenen wird.¹⁰ Auch an hessischen Hochschulen äußerte sich der Antisemitismus dabei immer wieder gewaltförmig. So wurden im Jahr 2024 drei Angriffe auf Personen und zwei Bedrohungen dokumentiert. Zudem wurden 115 Fälle verletzenden Verhaltens festgestellt, von denen 53 Versammlungen waren; dazu gehörten auch die 12 als „Protestcamps“ angekündigten Encampments auf Universitätsgeländen. Diese Camps sind auch deshalb problematisch, weil sie von externen Gruppen als Mobilisierungsfläche genutzt und von Betroffenen vor dem Hintergrund von Erfahrungen aus anderen Bundesländern und den USA als Bedrohung wahrgenommen wurden. Während sie von den Anmelder:innen als „offene Diskursräume“ vorgestellt wurden, die tatsächlich der Verbreitung von einseitigen Narrativen bis hin zu antisemitischer Agitation dienten, hoben Betroffene den bedrohlichen Charakter der Camps hervor, die mit dafür sorgten, dass sich Räume an den Universitäten für sie weiter verengten.¹¹

25 Vorfälle ereigneten sich in den Hochschulen und auf den Campi „Face to Face“, also im direkten Kontakt, wobei Jüdinnen und Juden, jüdisch gelesene oder solidarische Menschen etwa beschimpft wurden oder sich öffentlich in antisemitischer Weise abwertend über Jüdische Personen geäußert wurde.¹²

10 Vgl. OFEK (2024): https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/10/OFEK_Beratungsstatistik_2023-24.pdf

11 Vgl. Hessenschau (2024): <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/heftige-diskussionen-um-pro-palaestina-camp-in-frankfurt-v1.protestcamp-uni-frankfurt-100.html>

12 Vgl. RIAS-Hessen (2025): Jahresbericht 2024, S. 45



Frankfurt, Campus Westend © RIAS Hessen.

Die am häufigsten auftretende Erscheinungsform an hessischen Hochschulen war der israelbezogene Antisemitismus, der in 108 Fällen dokumentiert wurde. Zudem wurden 29 Vorfälle der Erscheinungsform des antisemitischen Otherings zugeordnet. In 14 Fällen wurde Post-Shoah-Antisemitismus festgestellt, 13 Vorfälle wurden als antijudaistischer Antisemitismus aufgenommen und in sechs Fällen war es moderner Antisemitismus. Dabei war der israelbezogene Antisemitismus häufig mit dem Post-Shoah-Antisemitismus verschränkt, etwa wenn die Shoah durch Gleichsetzungen mit der Situation in Gaza relativiert wurde.¹³ Die auf Infoständen, Kundgebungen und Encampments verbreiteten Parolen, Bilder und Wortbeiträge zielten dabei häufig auf eine Delegitimierung und Dämonisierung des israelischen Staates ab. So wurde beispielsweise in einem Fall von Israel als „barbarische[m] Kindermörder“ ohne Werte gesprochen. Über weitere delegitimierende und dämonisierende Behauptungen, wie dass es sich bei Israel generell um einen Apartheidstaat und ein koloniales Projekt handeln würde, wurde zudem zu akademischen Boykotten israelischer Universitäten sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufgerufen¹⁴.

Am 11. Januar 2024 wurde auf dem Campus der Goethe -Universität Frankfurt am Main die Hauswand eines antisemitismuskritischen und israelsolidarischen Treffpunkts mit den Parolen „Yalla Intifada“ und „Free Palestine from German Guilt“ beschmiert

¹³ Vgl. RIAS-Hessen (2025): Jahresbericht 2024, S. 45

¹⁴ Vgl. RIAS-Hessen (2025): Jahresbericht 2024, S. 47

Während die erste Parole Terror gegen israelische Staatsangehörige legitimiert, für sich genommen jedoch noch keinen Vorfall nach RIAS-Kategorien bildet, greift die zweite Parole das Existenzrecht des israelischen Staates an und vermischt dies mit Erinnerungsabwehr. In der Broschüre „Free Palestine from German Guilt? – Israelbezogener Antisemitismus in Bayern nach dem 7. Oktober“ erläutert RIAS Bayern die Parole, die zuerst 2022 im Rahmen der Kunstaustellung documenta fifteen in Kassel auftauchte, ausführlicher. Die Parole ist „eine weitere Variante der Forderung nach einem Schlussstrich unter die Beschäftigung mit der Shoah und ist als Aufforderung zu verstehen, sich dem „antikolonialen Befreiungskampf“ der Palästinenser:innen gegen Israel anzuschließen und die deutsche Unterstützung Israels einzustellen.“¹⁵

Am 15. Mai 2024 fand vor der Mensa in Kassel eine Versammlung statt. In einer Rede wurde behauptet, Israel führe einen „Rachefeldzug, der historisch seinesgleichen sucht“¹⁶ und Jüdinnen und Juden täten das, „was ihre Vorfahren im Holocaust erlebt haben, nun den Palästinenserinnen und Palästinensern an.“¹⁷ Zudem wurde der Vorwurf erhoben, Jüdinnen und Juden instrumentalisierten die Shoah, um Kritik an Israel zu verhindern. Beide Fälle zeigen auf, wie sehr die Erinnerung an die Shoah inzwischen von Seiten vermeintlich progressiver Akteure unter Druck gerät, während insbesondere die Erinnerungskultur ja auch weiterhin aus dem rechten Lager heraus aggressiv bekämpft wird.

Ausblick

Die Entwicklung der Vorfallszahlen und die Qualität der hier exemplarisch herausgestellten Fälle von Antisemitismus an Hochschulen deuten darauf hin, dass die auf dem aufgeklärten Bildungsideal ruhende Hoffnung, mit Bildung ein Mittel gegen Antisemitismus gefunden zu haben, nicht ausreicht. Vielmehr zeigt die Entwicklung, dass Hochschulen in Hessen im Jahr 2024 zu noch unsichereren Orten für Jüdinnen und Juden, Menschen, die als solche gelesen werden sowie solidarischen Menschen geworden sind. Zugleich ist es für Betroffene schwer, einen Hochschulwechsel als Lern- und Arbeitsort umzusetzen, weil die Situation bundesweit ähnlich ist wie in Hessen. Der Antisemitismus an Hochschulen ist auch deshalb besonders erschreckend, weil er dem Bildungsideal, dem kritischen Denken und der klaren Analyse widerspricht. Daher ist es gerade auch an Orten wie den Hochschulen wichtig, gegen Antisemitismus konsequent vorzugehen. Einerseits, um einer Normalisierung und Akademisierung von Antisemitismus entgegenzutreten, andererseits aber auch, um die Rechte und Teilhabe von Jüdinnen und Juden zu garantieren.

¹⁵ RIAS Bayern (2024): „Free Palestine from German Guilt?“, Israelbezogener Antisemitismus in Bayern nach dem 7. Oktober, S. 41

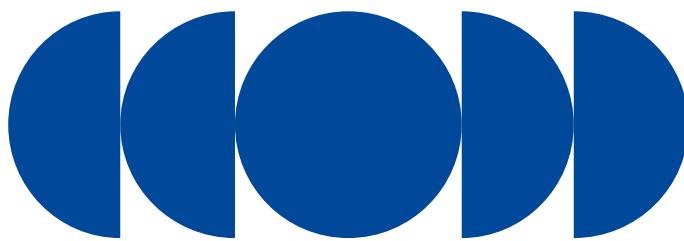
¹⁶ Vgl. RIAS-Hessen (2025): Jahresbericht 2024, S. 49

¹⁷ Ebd.

Schule, Hochschule, Gesellschaft

Jüdische Perspektiven in der Bildung

Antisemitismus ist in der postnazistischen deutschen Gesellschaft nicht nur unter der Oberfläche weiterhin virulent vorhanden, sondern spätestens seit den Massakern und der systematisch ausgeübten sexuellen Gewalt der islamistisch-palästinensischen Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023 in Israel allgegenwärtig. Er zeigt sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen – von tradierter religiöser Feindschaft über sekundären und israelbezogenen Antisemitismus bis hin zu modernisierten Verschwörungserzählungen und antisemitischen Mobilisierungen im digitalen Raum. Schulen und Hochschulen bilden dabei in diesen Entwicklungen keine Ausnahmen, sondern sind Orte, an denen gesellschaftliche Spannungen sichtbar werden. Außerdem, so müssen wir festhalten, „kam judenfeindliches Gedankengut immer aus der Mitte, aus den Schriften der Gelehrten und Gebildeten, bevor er die Straße erreichte“.¹



¹ Schwarz-Friesel, Monika (2020): Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von ‚Brunnenvergiftern, Kindermörtern, Landräubern‘, online verfügbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFs_WSD8/WsD8_Beitrag_MSF_.pdf, zuletzt abgerufen am: 31.10.2025.

Der Bundesverband Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS Bundesverband e.V.) zeigte in seinem Jahresbericht von 2024, dass antisemitische Vorfälle im Bildungsbereich zunehmen. So wurden 2022 lediglich 23 Vorfälle dokumentiert. Nach dem 7. Oktober 2023 stieg die Zahl auf 151 antisemitischen Vorfällen im Jahr 2023 auf 450 im Jahr 2024.² Auch der Zwischenbericht der „bundesweiten Studie zu den Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities“ des *Kompetenzzentrums antisemitismuskritische Bildung & Forschung* und der Fachhochschule Potsdam verdeutlicht diese bundesweiten Entwicklungen:

„In der Gesamtschau der Interviews mit jüdischen Schüler*innen, Eltern, Studierenden, Hochschullehrenden sowie einer Gruppendiskussion mit Bezug zum Hochschulbereich wird deutlich, dass jüdische Familien im Kitabereich sowie jüdische Schüler*innen, Studierende und Lehrende im Bildungsbereich nach dem 7. Oktober teilweise einer antisemitischen Entgrenzung ausgesetzt sind.“³

Diese Ergebnisse zeigen in aller Klarheit, dass Antisemitismus kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte, sondern fest in gesellschaftlichen Denkstrukturen verankert ist. Das belegen auch repräsentative Umfragen seit Jahren, die konstant 25 Prozent latente oder manifeste antisemitische Einstellungen der deutschen Bevölkerung aufzeigen.⁴ Besonders Bildungseinrichtungen tragen hier eine besondere Verantwortung. Denn sie prägen das Wissen, die Wissensvermittlung und die (gesellschaftspolitische) Haltungen ganzer Generationen. Gerade deshalb ist der Umgang mit Antisemitismus in akademischen Kontexten auch ein Prüfstein demokratischer Kultur. (Hoch-)Schulen müssen Orte sein, an denen Differenz wahrgenommen werden kann, gemeinsam gelehrt und gelernt wird und antisemitische Muster kritisch reflektiert werden. Doch die Realität sieht vielerorts anders aus. Auf deutschen Campus kommt es zu regelmäßigen antisemitischen Veranstaltungen oder antiisraelischen Boykottaufrufen, wie beispielsweise Mitte Oktober 2025 gegen den Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt, Enrico Schleiff. Die Gruppe „Students4Palestine“ bedrohte Schleiff wegen der von ihm unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Universität Tel Aviv.⁵

Antisemitismus ist kein episodisches, sondern ein historisch tief verankertes Phänomen. Die Kontinuität antisemitischer Stereotype und Sprache zeigt sich sowohl in traditionellen religiösen Deutungsmustern als auch in modernen politischen Diskursen. Nach dem Ende der Schoa verschwand Antisemitismus nicht, sondern transformierte sich. Ob in der Schuldabwehr, im Zionismus und in vermeintlich universalistischen Friedensplädoyers. Die Linguistin Monika Schwarz-Friesel betont deshalb zurecht, dass „Bildung und soziale Position [...] keineswegs ein Garant gegen judenfeindliches Denken“ seien.⁶

2 Vgl. Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2025): Jahresbericht. Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024, Berlin: RIAS, S.29.

3 Chernivsky, Marina/ Lorenz-Sinai, Friederike (2025): Zwischenbericht - Bundesweite Studie zu den Auswirkungen des terroristischen Anschlags am 7. Oktober 2023 auf jüdische und israelische Communities in Deutschland, S. 37, online verfügbar unter: <https://koas-bildungundforschung.de/wp-content/uploads/2025/09/ZwischenberichtStudieAuwirkungen7Oktober.pdf>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2025.

4 Vgl. Bertelsmann-Stiftung (2025): Deutschland und Israel heute. Zwischen Stabilität und Spannung, online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/GIYLE_PB_final3.pdf, zuletzt aufgerufen am 30.10.2025.

5 Vgl. Jüdische Allgemeine (2025): Israelfeindliche Aktivisten bedrohen Uni-Präsidenten, online verfügbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/israelfeindliche-aktivisten-bedrohen-uni-praesidenten/>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2025.

6 Schwarz-Friesel, Monika (2020): Israelbezogener Antisemitismus und der lange Atem des Anti-Judaismus – von ‚Brunnenvergiftern, Kindermörtern, Landräubern‘, online verfügbar unter: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD8_Beitrag_MSF_.pdf, zuletzt abgerufen am: 31.10.2025.

Frankfurt 1969

Gerade der universitäre Raum zeigt, dass Antisemitismus auch unter Akademiker*innen fortbestehen kann. Ein Blick auf die späten 1960er Jahre illustriert dies eindrücklich: Die Gründung des Bundesverbands Jüdischer Studenten in Deutschland (BJSD) 1968 war eng mit den damaligen Auseinandersetzungen über Israel und den arabisch-israelischen Konflikt verknüpft. Bereits in dieser Zeit verbanden Teile der Studierendenbewegung ihre vermeintliche Solidarität mit Palästina mit einem obsessiven Antizionismus, der antisemitische Muster reproduzierte.³

Als der israelische Botschafter in Deutschland, zugleich Schoa-Überlebender und Nazi-Jäger, Asher Ben-Natan in Kooperation mit dem BJSD an der Goethe-Universität 1969 einen Vortrag mit dem Titel „Frieden in Nahost“ halten sollte, wurde er u.a. mit Rufen wie „Faschist“ oder „Zionisten raus aus Palästina“ niedergebrüllt und sein Mikrofonkabel durchschnitten.⁷ Für den Historiker und ehemaligen BJSD-Vorsitzenden Dan Diner „eine Katastrophe, weil es als Provokation empfunden wurde. Und dann kippte damals die Stimmung [...] Und das hat mich erschreckt, das Kippende. Weil ich Leute sah, die vorher eigentlich sehr pro-israelisch waren.“⁸

Dieser Rückblick zeigt, dass Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland kein vermeintliches Randproblem extremistischer Milieus ist, sondern auch in progressiven, intellektuellen Kontexten wirksam werden kann – was dessen Bedeutung als gesamtgesellschaftliches Phänomen unterstreicht. Der Blick auf die gegenwärtige Situation an deutschen Universitäten zeigt, wie sich diese Dynamiken noch radikaler fortsetzen. Beispielsweise, wenn jüdische Studierende an ihren Hochschulen dazu gedrängt werden, sich vom jüdischen Staat zu distanzieren oder terrorverherrlichende Symbolen wie das rote Hamas-Dreieck, mit dem in islamistischen Propagandavideos feindliche Ziele markiert werden, an die Wände gemalt werden. Darüber hinaus zeigen die universitären Debatten um den Nahostkonflikt, dass israelbezogener Antisemitismus relativiert oder geleugnet wird. So ist nach dem 7. Oktober eine Ausnahmesituation entstanden, die auch zwei Jahre später anhielt.⁹

Bildung als Schlüssel

Bildung ist der entscheidende Schlüssel: Sie kann Licht ins Dunkel bringen, Missverständnisse auflösen und Empathie fördern. Je mehr Wissen über jüdische Geschichte, Gegenwart und Kultur vorhanden ist, desto klarer werden Komplexität, Diversität und Normalität jüdischen Lebens sichtbar. Eine antisemitismuskritische Bildung muss daher immer auch eine Sichtbarmachung jüdischer Perspektiven umfassen.

Die Jüdische Akademie versteht sich auch als Antwort auf diese strukturellen Defizite und als innovativer Bildungsakteur, der jüdische Perspektiven systematisch in den öffentlichen Diskurs integrieren will. Dort wird nicht nur über Jüdinnen und Juden gesprochen, sondern es werden Räume geschaffen, in denen Jüdinnen und Juden selbst sprechen: über Geschichte, Religion, Kultur, Identität und gesellschaftliche Herausforderungen.

⁷ Vgl. Ben-Natan, Asher (2005): Brücken bauen - aber nicht vergessen. Als erster Botschafter Israels in der Bundesrepublik (1965-1969), Düsseldorf: Droste, S. 131.

⁸ Ott, Monty/ Gerczikow, Ruben (2023): "Wir lassen uns nicht unterkriegen" - Junge jüdische Politik in Deutschland, Berlin/ Leipzig: Henrich & Henrich, S. 25.

⁹ Vgl. American Jewish Committee Berlin/ Jüdische Studierendenunion Deutschland (2025): Lagebericht Antisemitismus an deutschen Hochschulen, online verfügbar unter: <https://ajcgermany.org/de/broschueren/jstud-und-ajc-berlin-veroeffentlichen-lagebericht-antisemitismus-deutschen-hochschulen>, zuletzt aufgerufen am 30.10.2025.

Noch immer werden Themen wie Judentum, jüdische Geschichte und Antisemitismus im Unterricht häufig ausschließlich in Verbindung mit der Schoa und dem Nationalsozialismus behandelt. Die jüdische Gegenwart, die Vielfalt jüdischer Lebensrealitäten und kultureller Ausdrucksformen bleiben meist unsichtbar. Wie umfassend und differenziert diese Themen behandelt werden, hängt dabei stark von den einzelnen Lehrkräften und ihrer Motivation ab. Dadurch entstehen eklatante Lücken: Viele Menschen in Deutschland wachsen ohne reale Berührungspunkte mit Jüdinnen und Juden oder dem Judentum auf.

Diese Defizite sind nicht nur bildungspolitisch problematisch, sondern gesellschaftlich folgenreich. Sie fördern Stereotype, Vorurteile, Unwissen und bereiten damit auch einen Nährboden für Antisemitismus. Solche Haltungen haben unmittelbare Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden jüdischer Menschen und prägen den öffentlichen Diskurs.

Unser Ziel ist es, Fach- und Lehrkräfte zu sensibilisieren, Lehrmaterialien bereitzustellen, Bildungsprogramme weiterzuentwickeln und diverse jüdische Stimmen in die allgemeine Bildungsarbeit einbinden. Damit soll der verbreiteten Praxis entgegengewirkt werden, das Judentum ausschließlich im Kontext von Verfolgungsgeschichten oder Erinnerungskultur zu thematisieren. Stattdessen werden pluralistische Gegenwartsbezüge betont: jüdische Beiträge zur Wissenschaft, Kunst, Politik, Theologie und Alltagsleben.

Die Jüdische Akademie verfolgt dabei zentrale Leitideen wie das Empowerment von Jüdinnen und Juden in Deutschland sowie die Stärkung der jüdischen Community durch Bildung, Forschung und öffentliche Debatte. Darüber hinaus wird der Ort offen für den Dialog, die Förderung von Begegnung und multiperspektivischem Lernen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Akteur*innen sein. Und die Nutzung digitaler Medien, interaktiver Lernformate und wissenschaftlicher Kooperationen zur Entwicklung neuer und innovativer Bildungszugänge. An diesem neu geschaffenen Ort in Frankfurt am Main wird über Zugehörigkeit und Ausgrenzung gesprochen, über Ambition und Verantwortung, über Erinnerung und Zukunft. Die Stärke der Akademie liegt in ihrem Mut zur Komplexität und Ambivalenz. Sie widersetzt sich vereinfachenden Narrativen und öffnet Räume für produktive Kontroversen. So trägt die Akademie dazu bei, Antisemitismus nicht nur zu bekämpfen, sondern jüdische Lebensrealitäten jenseits stereotypisierender Vorstellungen als selbstverständlichen Teil der deutschen Gegenwartskultur sichtbarer zu machen. Ein entscheidender Schritt für eine plurale, demokratische Gesellschaft.

Es ist deutlich, dass Antisemitismus in Bildungseinrichtungen kein isoliertes Problem darstellt, sondern ein Ausdruck gesellschaftlicher Prozesse. Er zeigt, wo auch bisherige Bildungsangebote versagen und wo gesellschaftliche Selbstbilder, wie die der „Wiedergutwerdung der Deutschen“, fragil bleiben.¹⁰ (Hoch)Schulen müssen diese Realität anerkennen und antisemitismuskritische Perspektiven müssen fest in Lehrpläne, Curricula und institutionelle Praxis integriert werden. Hinsichtlich der Schulen steht da insbesondere die Politik in der Verantwortung.

Die Jüdische Akademie steht für eine neue Generation von Bildungsinstitutionen, die Antisemitismus nicht nur pädagogisch, sondern auch epistemisch adressieren. Sie schafft Räume, in denen jüdische Stimmen in der ersten Reihe stehen, historische Verantwortung mit Zukunfts-perspektive verbunden und Bildung als gesamtgesellschaftlicher Prozess verstanden wird. Nur durch eine solche strukturierte, interdisziplinäre und partizipative Bildungsarbeit lässt sich das Ziel verwirklichen, Antisemitismus nachhaltig entgegenzuwirken und jüdisches Lebensrealitäten in all ihrer Diversität sichtbar, erfahrbar und selbstverständlich zu machen.

¹⁰ Vgl. Geisel, Eike (2015): Die Wiedergutwerdung der Deutschen. Essays, Polemiken., Edition TIAMAT: Berlin.

Zwischen Unsichtbarkeit und Resilienz

Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus an Hochschulen

Es beginnt selten mit der großen Schlagzeile, sondern mit dem kleinen Moment: am Morgen eine Nachricht über einen antisemitischen Vorfall an der Schule der Kinder, eine jüdische Bekannte, die sich mit falschem Namen ein Taxi bestellt, weil ihr Name zu jüdisch klingt, ein Blick in die Timeline, in der ehemalige Freunde Aufrufe zum Boykott Israels aufrufen, ein Anruf einer Studentin, die sich nicht traut, am sogenannten Kufiyah-Tag ihre Hochschule zu besuchen oder der Besuch der Synagoge, die besser bewacht ist als das Kanzleramt. Antisemitismus ist für jüdische und israelsolidarische Menschen zur Routine geworden, gehört zum Alltag wie Zähneputzen. Und er beeinflusst unsere Entscheidungen: bei der Wahl für die weiterführende Schule der Kinder, des Studiengangs und der Hochschule, des Arbeitsplatzes, wenn man Kultussteuern bezahlt, des Heimwegs am Abend, wenn man vergessen hat, seinen Davidstern auszuziehen, der Zu- oder Absage zu einer Feier, aus der Befürchtung heraus, wieder unangenehmen Fragen zum sog. Nahostkonflikt ausgesetzt zu werden. Und wenn man diese ständige, alltägliche Konfrontation mit Antisemitismus im nicht-jüdischen Freundes- und Bekanntenkreis einmal thematisiert, wird man mit Unglauben, Unverständnis, Bagatellisierung und Relativierung konfrontiert – wenn es überhaupt zu einer Reaktion kommt. Meist werden jüdische Erfahrungen einfach ignoriert oder es folgt betretenes Schweigen gefolgt von einem Themenwechsel. Nur selten wird Verständnis oder Solidarität gezeigt. Die Folge: sozialer Rückzug im Kreis der jüdischen Community und der wenigen solidarischen Menschen, die sich ebenfalls Anfeindungen ausgesetzt sehen.



Was in Schulen bereits seit mehreren Jahren als Phänomen erkannt wurde und sichtbar gemacht wurde, auch wenn die Sensibilität und die Maßnahmen nach wie vor unzureichend sind, setzt sich an Hochschulen fort – die Leerstelle im System. Jüdische Perspektiven fehlen in Curricula, in Fortbildungen, in Gremien – und in der Verantwortungskette. Antisemitismus wird häufig individualisiert, als Verhalten Einzelner, statt als institutionelle Aufgabe begriffen, die Ressourcen, Zuständigkeiten und Verbindlichkeit braucht. Wer das übersieht, übersieht nicht nur jüdische Studierende und Lehrende, sondern beschädigt auch die Idee der Universität als Schutz- und Freiheitsraum und insgesamt unsere Demokratie (vgl. B'nai B'rith/EUJS/democ 2025; AJC Berlin 2025). Wie erleben jüdische Studierende den Antisemitismus an Hochschulen seit dem 7. Oktober? Welche Konsequenzen haben diese Vorfälle für ihr Studium und in ihr Privatleben? Und wie ist der Umgang mit diesen Vorfällen?

Vier anonymisierte, leitfadengestützte Interviews mit jüdischen Studierenden (März–Mai 2025) bilden den Rahmen. Sichtbar werden wiederkehrende Belastungen, Strategien und Erwartungen an Hochschulen. O-Töne sind anonymisiert; die genannten Namen sind Pseudonyme. Die Befunde sind exemplarisch, aus einer sehr kleinen Stichprobe gewonnen und erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität.

Wenn Anfeindungen offen zutage treten, verschiebt sich das Sicherheitsgefühl schlagartig. Für Dana war ein Gegenprotest am Campus ein solcher Kipppunkt: Sie und ihre wenigen Kommiliton:innen, die sich getraut haben, gegen die antisemitischen Proteste am Campus ein Zeichen zu setzen wurden gefilmt, ihre Namen aus Kurslisten mit Social-Media-Accounts verknüpft, Drohungen bis hin zu Mordankündigungen wurden gegen sie ausgesprochen, ohne dass die Studierenden geschützt wurden – der Campus wird zum Ort der Verwundbarkeit statt zum Lernraum.

„Und wir wurden gefilmt [...] uns wurde geschrieben, wir wissen, wo ihr wohnt [...] wir bekamen Morddrohungen an die Leute, die jetzt sehr aktiv sind.“

Besonders eindrücklich ist eine Abendszene im Uni-Gebäude nach einer Feier der jüdischen Hochschulgemeinde: Männer stellen sich jüdischen Studentinnen in den Weg, filmen sie, die Situation droht zu eskalieren – erst das Einschreiten von Sicherheitsmitarbeitenden der örtlichen Jüdischen Gemeinde, die die Feier bewacht haben, verhindert Schlimmeres. Für Dana war es ein weiterer Wendepunkt, in dem ihr Sicherheitsgefühl unwiederbringlich zerstört wurde:

„Aber das war so ein bisschen [...] Das war die einzige und letzte Veranstaltung an der Uni. Wir haben das auch kontrolliert, [...] und dass wir Mädels uns einfach gedacht haben, ist, was hätten sie mit uns gemacht danach? [...] und das ist einfach diese Angst, wir wissen ja auch, was beim Nova-Festival passiert ist. Und wir Mädchen haben einfach so eine unfassbare Angst, vergewaltigt zu werden. Weil das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, nicht mehr, dass wir sterben, sondern dass wir halt einfach eine Gewalttat bekommen.“

Das sekundäre Erleben antisemitischer Vorfälle, die von anderen Studierenden herangetragen werden, erhöhen ebenfalls das Bedrohungsgefühl an Hochschulen. Natascha schildert einen Fall von verletzendem Verhalten, der ihr berichtet wurde, bei dem eine jüdische Studentin aus einer Arbeitsgruppe verwiesen wurde mit der Begründung:

„Du bist jüdisch, ich will nicht dieselbe Luft atmen wie du, ich will nicht mit dir zusammenarbeiten“.

Alle drei geschilderten Vorfälle blieben ohne Konsequenzen.

Nicht jeder Vorfall ist so klar antisemitisch. Oft sind es die kleinen Gesten und Ausschlüsse, die zu einem Klima der Feindseligkeit beitragen – in Seminaren, Fluren, Gruppen. Dana beschreibt ein feindseliges Grundklima, das jüdische und israelsolidarische Studierende erfahren: Wer auf Pro-Israel-Demos war, wer zur jüdischen Hochschulgruppe gehört, wird sichtbar gemacht – und anders behandelt.

Natascha trägt eine Hamsa-Kette, ein Schutzsymbol, das sowohl muslimische als auch jüdische Menschen tragen, aus Angst, ihren Davidstern zu zeigen, doch auch das dient als Einfallstor für Abweisung. Ein Kommilitone fragt penetrant nach, warum sie eine solche Kette trägt, und lässt nicht nach. Nachdem sie erzählt, von dieser Person in Bedrägnis gesetzt, dass sie aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum die Hamsa trägt, wird sie von dem Kommilitonen einfach ignoriert:

„Und dann war einfach nur Schweigen. Wirklich länger Schweigen. Die Person hat erst mal nichts gesagt, meinte dann: ‚ok. Na ja, gut, ich muss jetzt gehen‘. Und ist gegangen und wir haben wirklich überhaupt nicht mehr geredet.“

Auch private Räume sind nicht frei von Anfeindungen: Emma, eine israelische Studentin, die kurz vor dem 7. Oktober nach Europa zum Studieren kam, lädt ihren Studiengang und ihre jüdischen Freunde zu ihrer Geburtstagsfeier ein. Die meisten Kommiliton:innen kommen ihrer Einladung nicht nach – Emma vermutet, weil sie Israelin ist. Nur ein Kommilitone erscheint – mit einem Wassermelonen-Ohrring als politischem Signal – ein symbolischer Affront mit antisemitischem Bezug. Die Summe solcher, isoliert betrachtet, kleiner Gesten, führt zu einer Ver einsamung jüdischer Studierender.

Auch Schweigen und Empathielosigkeit begegnete den Studierenden unmittelbar nach dem Massaker des 7. Oktobers 2023 und den Folgen, wie die schlagartige Zunahme antisemitischer Vorfälle weltweit. Antony, der am 7. Oktober in Israel war, stellt beispielsweise fest:

„Es fing erstmal damit an, dass mich halt niemand gefragt hat, ob es mir gut geht.“.

Auch Natascha spricht diese Empathielosigkeit nach dem 7. Oktobers an:

„[...] weil dann einfach eine gewisse Empathie gefehlt hat, ein gewisses Verständnis gefehlt hat oder auch einfach eine völlige Gleichgültigkeit geherrscht hat demgegenüber, was passiert ist.“.

Diese Gleichgültigkeit beobachtet sie nicht nur in ihrem Umfeld, sondern auch gegenüber der gesamten jüdische Community insgesamt. Emma beschreibt ebenfalls, wie ihr gesamter Studiengang nach den Ereignissen vom 7. Oktober 2023 geschwiegen hat, trotz des Umstands, dass sie erst vor wenigen Wochen nach Europa gezogen war und ihre Angehörigen in Israel leben:

„And I felt in class no one talked to me about it, so no one approached me. And told me like are you OK, right? [...] completely quietness.“

Auf vielen Campi berichten die Studierende von einer sichtbaren, alltäglichen Kulisse aus antisemitischen Graffiti, Schmierereien und Aufklebern:

„**später tauchten zahlreiche Schmierereien überall auf**“ (Antony); „**immer wieder Schmierereien**“ (Natascha); „**Pro-Palestine stickers on the toilet [...] everywhere**“ (Emma). Neben Parolen wie „**Free Gaza/Free Palestine**“ werden auch Geisel-Poster überklebt. Zugleich erscheinen explizit antisemitische Vernichtungsparolen in Seminarräumen und Fluren: „**Juden → Gas**“; „**Juden gehören vergast**“ und „**Happy Holocaust**“. Besonders belastend ist, dass Dozierende diese Vorfälle teilweise bagatellisieren: „**Nein, das war nur ein Spaß**“, nachdem Betroffene auf Sicherung als Beweismittel drängen. Für jüdische Studierende erzeugt diese öffentliche Sichtbarkeit von Hass ein anhaltendes Bedrohungsgefühl, das Zugehörigkeit und Sicherheit auf dem Campus nachhaltig untergräbt.

Unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 setzten an vielen Hochschulen vorgeblich pro-palästinensische Proteste, Besetzungen und Encampments ein. Für die befragten jüdischen Studierenden waren sie belastend und störten den Betrieb: blockierte Bibliothekseingänge an Prüfungstagen: „**Also wenn man in die Bibliothek rein möchte, konnte man nicht, weil der Eingang blockiert, war von diesen Camps.**“ (Dana), ausgefallene Lehrveranstaltungen und Polizeieinsätze. Zugleich mobilisierten die Camps große Teile der Studierendenschaft – besonders Erstsemester:innen, die über Gemeinschaftseffekte „**reingezogen**“ wurden.

Dana berichtet: „**Und viele Erstsemester [...], und die haben halt gesagt, so, die haben keine Freude am Campus, und deshalb sind sie zu den Protesten gegangen, weil, die haben so viele Freunde dort gefunden. Und die standen alle und haben sich umarmt und sind gesprungen, und es war richtige so, so Mitgängermentalität, so dass man halt irgendwie nicht daran vorbeikam. Man wurde im Grunde irgendwie reingezogen und musste irgendwie mitmachen. Gerade wie gesagt, Leute die frisch von der Uni waren, direkt Freunde gefunden und ja die haben so sozusagen Werbung gemacht, als wäre es irgendwie eine schöne kleine Feier die machen, obwohl es halt ein politischer, extremistischer Protest war.**“ Inhaltlich traten immer wieder antisemitische Parolen auf – bis hin zu Aufrufen zur Vernichtung Israels, die Atmosphäre wurde als „**heftig**“ (Antony) bzw. „**Nationalsozialismusmentalität**“ (Dana) beschrieben. Auch bei Emma erzeugten die Camps ein Gefühl latenter Feindseligkeit: „**Yeah, I mean, you enter, you enter your own campus. You see all of these Kufiyahs and watermelons everywhere. And. I don't know if only like because I'm an Israeli Jewish person, I see the hate of these people, even though when I crossed them and I crossed the protests, they don't know that I'm Israeli, but there is kind of hate and extreme that I always felt like, you know, shriving where you have this.**“

Insgesamt verstärken die Encampments die wahrgenommene Bedrohungslage jüdischer Studierender und beeinträchtigen Lehre und Campusleben – eine Dynamik, die von Hochschulen häufig nicht adäquat adressiert wurde und wird.

Die Befragten berichten auch wiederholt von antisemitischen bzw. unsensiblen Haltungen bei Lehrenden – verschärft durch das Machtgefälle. Schmierereien auf Tafeln in Seminarräumen werden teils kommentarlos entfernt, statt dokumentiert und gemeldet zu werden. In Vorlesungen wurden offen geäußerte antisemitische Parolen zwar unterbunden, aber nicht eingeordnet. Einige Lehrende solidarisieren sich sichtbar mit Encampments, was die befragten Studierenden als bedrohlich erleben.

Dana berichtet: „Aber auf jeden Fall war Hostilität in den Seminaren, man hat Hostilität bemerkt von den Professoren, die ganz selbstbewusst und sich dort [an der Encampments] hingestellt haben und für Palästina protestiert haben“.

In Seminaren kursieren teils israelbezogene und teils antisemitische Narrative, wie z. B. Apartheid oder Genozid, unkommentiert oder sogar Verschwörungserzählungen. Zugleich sind jüdische Lehrende selbst betroffen, erhalten Polizeischutz oder weichen auf Online-Lehre aus.

Anfangs zeigen einige Hochschulen situative Rücksicht, doch strukturelle Schutzmaßnahmen bleiben schwach. Besonders problematisch: Das Aussetzen der Präsenz für manchen Befragte, gut gemeint von den Lehrenden, adressiert das Problem nicht, sondern umgeht es – und verlagert die Last auf jüdische Studierende, denen damit Teilhabe faktisch verweigert wird. Gespräche mit Leitungen kreisen um Parolenlegitimität, anstatt Schutz zu bieten und Verfahren zu klären.

„And they would also like inviting me and other Israeli students to talk with the university board because they had a weekly meeting with them about what can we do with the environment in the campus so. And yeah, I mean, I remember that most of the conversations with the board of the university were about whether or not it's legitimate to say 'from the river to the sea'.“ (Emma).

Teils wirken Leitungen eingeschüchtert, wie Dana berichtet: „Aber mittlerweile wurde das [Rektorat] einfach eingeschüchtert, wo ich ja auch denke. Wie kann das sein, dass eine palästinensische Hochschulgruppe das Rektorat [sehr stark betont] einer Universität einschüchtert, das ist ja schon echt krass“.

Offizielle Positionierungen erscheinen druckgetrieben und wirkungslos:

„Also meine Hochschule hat sich öffentlich positioniert, aber ich glaube, das war einfach nur wegen medialem Druck. Und die Maßnahmen, die getroffen wurden, waren teilweise so schlimm, dass sie für uns einfach mehr Schaden als Nutzen gebracht haben.“ (Natascha).

Punktuelle Symbolik, Vermeidungsstrategien und fehlende Verfahren lassen Schutzlücken bestehen und reduzieren Teilhabe gerade der Betroffenen.

Die Folge: Nach antisemitischen Anfeindungen, Encampments, Ausgrenzung und ausbleibender Solidarität erleben alle Befragten den Campus als feindliche Umgebung – von „subtiler Ausgrenzung“ bis zu permanenter Bedrohung.

Es sei „dieses andauernde Gefühl der Bedrohung irgendwie und des unerwünscht sein. Ja, also es gab da nicht so diesen einen Moment, wo ich dachte: jetzt geht es halt gar nicht mehr‘ es war eher ständig immer wieder. Hier mal was, da mal was. Und das war so ein dauerndes Gefühl von: Ja, wir werden hier nicht wirklich akzeptiert.“ (Antony).

Sichtbarkeit wird riskant; als jüdische Hochschulgruppe „irgendwas aktiv versucht haben zu machen, wurden wir gefilmt. Damit die dann rausfinden können, wer wir sind. Und deshalb haben sich halt einfach, Anfang 20, 18, 19-jährige junge Studenten nicht mehr getraut irgendwas zu machen.“ (Dana).

Wer öffentlich Haltung zeigt, spürt den Druck im Alltag.

„Man ist jeden Tag auf dem Campus. Und man fühlt sich nicht gut, wenn man die ganze Zeit derjenige ist, der quasi so in die Bresche springt und sein Gesicht überall zeigt und überall sagt hier Leute, dass ne so. ich bin hier pro-Israel und so und wenn man da jeden Tag dann über den Campus läuft, dann ist es halt einfach.“ (Antony).

Viele bewegen sich vorsichtiger, „mit gesenktem Kopf“ (Natascha).

Die Atmosphäre selbst wird als abweisend markiert: „We wanted them to understand that we don't feel comfortable to enter a campus where everything is pro-Palestine colored. You cannot feel, you cannot feel comfortable in such an environment. No way. And we wanted them (the University Board) to understand it [...]“ (Emma).

Selbst Begegnungen unter Jüdinnen: Juden sind von Schreckmomenten geprägt „They were Jews [...] And I approached them from the back and I said 'Shalom', you know, friendly and there were like terrified. They were terrified because they thought it's like pro-Palestine students, protesters, whatever activists that approached them from behind and know they won't know that will happen. They were like terrified, and I immediately said: 'No, no, no. I'm Israeli'“ (Emma).

Das Ergebnis: Unwohlsein, Unerwünschtsein und soziale Isolation – das Studium wird nicht nur akademisch, sondern existentiell belastend.

Dieses führt bei den Befragten zu unmittelbaren und anhaltenden Folgen – psychisch, sozial, akademisch. Antony entwickelt eine posttraumatische Belastungsstörung; Dana beschreibt, wie Dauernachrichten und Sorge die Konzentration zerfressen; Emma berichtet von Schlaflosigkeit und innerer Unruhe.

Sichtbarkeit wird zur Kalkulation, es werden Umgangsstrategien entwickelt: Die Befragten machen sich kleiner, gehen Umwege, verlassen Seminare früher.

Emma fasst ihr Campusleben so zusammen: „I always wanted to just leave class [...] as quick as possible home. I didn't take part in this“.

Antony meidet den Campus phasenweise ganz; Dana sagt, ihr Studierendenleben habe sich „sehr, sehr [...] beschränkt“. Der soziale Radius schrumpft: „I already kind of gave up on finding friends [...].“ (Emma).

Dana beschreibt ihr Studium wie folgt: „Ich bin keine Lerngruppen mehr, ich verständige mich nicht mehr, ich mache keine Gruppenarbeit mehr. Das hat alles aufgehört. Das ist alles eine so sehr isolierte und einfach sehr, ja einsame Uni-Strecke, die ich gerade gehe und ich glaube, dass man in der Uni davon lebt und einfach aufblüht von diesen Gruppen- und Lernräumen und in der Bibliothek lernen mache ich zum Beispiel auch nicht mehr, weil da die meisten Proteste waren und sind. Deshalb ich glaube, dass wir führen, gerade ein Unileben, dass eigentlich kein Unileben ist. Also dafür sind wir nicht umgezogen. Dafür sind wir nicht an die Unis gegangen. Wir machen gerade eigentlich das, wir gehen zu unserem Unterricht, gehen nach Hause.“

Die akademischen Spuren sind sichtbar. Dana spricht von einem „**rapiden**“ Leistungsabfall unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023, Ergebnisse verschlechtern sich. Emma fällt durch ihre erste Prüfung und wird in einem Kurs durchgewunken, weil sie „**kept on crying**“. Antony setzt ein Semester aus; auch seine Partnerin unterbricht das Studium aus psychischen Gründen. Studienerfolg wird damit abhängig von Sicherheit und Unterstützung, nicht nur von Leistung.

Die Befragten sind allerdings nicht nur passive Opfer ihrer Umgebung – sie entwickeln aktive und passive Strategien, um den feindlichen Campusalltag zu bewältigen. Am häufigsten genannt ist der Rückzug in jüdische Gemeinschaften – als Schutzraum, in dem Trauer, Angst und Alltag gleichzeitig Platz haben.

„**Und wenn du hält in diese jüdische Bubble eintauchst, bei dem du dich safe fühlst, dann fällt dir auch so wirklich Stein vom Herzen. Ich kann jetzt ausatmen, ich kann jetzt sagen, dass ich jüdisch bin, das so voll angenehm, ich muss mein Magen David [Davidsternkette] nicht mehr verstecken und das sind wirklich, was mir am meisten hilft, so Schabbes mit meinen Eltern oder in der Synagoge, da fühlt man sich also eigentlich in den unsichersten Plätzen fühle ich mich immer am sichersten, mit den Menschen, die ich liebe, weil ich weiß ja auch, wenn das wirklich der meistgehasste Ort in Deutschland wahrscheinlich ist, die Synagoge, ich bin umringt von Security, ich bin umringt von jüdischen Menschen und das, das hilft mir einfach, mich daran festzuhalten. Weil wenn man allein ist, dann, glaube ich, fressen einen diese schlechten und schlimmen Gedanken einfach auf und deshalb wir brauchen das alle gegenseitig. Also man merkt das richtig, wenn man am Ende der Woche zu einem Schabbes geht, wenn man die ganze Woche in der Uni war nur negative Energie hatte, dann ist das wieder richtig schön und jeder blüht auf man lächelt wieder, man lacht. Und das, das ist das, was mir hilft.**“ (Dana).

Für Emma ist dieser Raum die einzige Umgebung, in der man kurz über den 7. Oktober 2023 spricht und dann „**something idiotic**“ lachen kann – ohne Rechtfertigungsdruck.

Aber auch Engagement wird zur Bewältigungsstrategie. Die Studierenden organisieren sich, werden „**laut und aktiv**“ – aus Empörung über Schmierereien; Antony beschreibt Aktivwerden explizit als „**Coping-Mechanismus**“; sie nehmen an Kundgebungen teil und organisieren Bildungsveranstaltungen.

„**Wir versuchen einfach bisschen mehr Bildung zu schaffen. Wir werden versuchen, einfach Speaker einzuladen an der Uni, damit Menschen verstehen die Historie dahinter, weil es sind sehr viele 18-Jährige Menschen, die protestierten viel für Palästina und nicht verstehen, was der chronologische Ablauf des Kriegs ist, was die Geschichte dahinter ist, was die Fakten sind, das versteht man, glaube ich, nicht, und die meisten Menschen, die dort stehen und für Palästina protestieren und gegen Israel und wissen nicht, wogegen sie protestieren, also machen das wirklich grundlos, einfach weil ich Freunde suchen vielleicht.**“ (Dana).

Die Studierenden setzen diese Strategien bedarfsorientiert und entsprechend ihren jeweiligen Möglichkeiten ein. Insgesamt zeugen sie von bemerkenswerter Resilienz und dem klaren Bestreben, Handlungsmacht zurückzugewinnen und die Politik an den Hochschulen aktiv mitzugestalten.

Die Befragten formulieren klare, strukturelle Forderungen an Hochschulen, Politik und die Studierendenschaft. Gefordert wird beispielsweise die verbindliche Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition Antisemitismus als Orientierungsrahmen, eingebettet in systematische Aufklärung zu Antisemitismus, jüdischer Geschichte und Israel, damit offensichtliche Wissenslücken geschlossen werden. An Hochschulen sollen spezialisierte, dauerhaft verankerte Anlaufstellen gegen Antisemitismus eingerichtet werden – mit eigenem Mandat, Budget, Qualifizierung und klaren Zuständigkeiten statt „Nebenbei“-Lösungen. Die Leitungen werden zu konsequentem Handeln verpflichtet: dokumentierte Verfahren, feste Fristen, verlässliche Rückmeldungen und Schutz der meldenden Person; bei strafbaren oder massiven Verstößen müssen Sanktionen möglich sein. Protestcamps und Besetzungen sind so zu regeln, dass Lehre, Prüfungen und Zugänge nicht blockiert werden; das Hausrecht ist klar und verhältnismäßig durchzusetzen. In Curricula und Lehre sollen antisemitismuskritische Inhalte, jüdische Geschichte sowie Gegenwart und Israelkunde verankert werden; Debatten brauchen professionelle Moderation mit einem klaren Rahmen gegen Delegitimierung, Dämonisierung und Doppelstandards. Dazu gehört eine antisemitismusspezifische Fortbildungspflicht für Leitung, Lehrende, Verwaltung und Services—fallbasiert, rechtssicher und regelmäßig aufgefrischt. Kommunikation muss klar, empathisch und konsistent sein: antisemitische Parolen und Handlungen werden ausdrücklich benannt, Ausweichformeln entfallen. Der öffentliche Raum der Hochschule bleibt neutral – keine parteiliche Symbolik in Kernbereichen –, und Empathie gegenüber Betroffenen wird spürbar gelebt. Flankierend werden Monitoring und Reporting etabliert: niedrigschwellige Melde-systeme, regelmäßige Auswertungen und veröffentlichte Kennzahlen zur Wirksamkeit. Schließlich werden verbindliche Kooperationen mit externen Fachstellen (etwa RIAS, OFEK e.V.) für Beratung, Fallarbeit, Supervision und Evaluation ebenso eingefordert wie eine klare landesweite Rahmung, die Erwartungen und Unterstützung definiert und Zuständigkeiten eindeutig regelt.

„Ich [bin] aber definitiv der Auffassung, dass die wissenschaftliche Freiheit einfach nicht gegeben ist, wenn marginalisierte Gruppen bedroht sind. Punkt.“ (Natascha)

Antisemitismus ist kein „Vorfall“, er ist Alltag – solange Hochschulen ihn nicht aktiv und strukturell kontern. Das bedeutet: Schutz vor Symbolpolitik, Verfahren statt Vertröstung, klare Kante gegen Delegitimierung, Dämonisierung und Doppelstandards – und Räume, in denen jüdische Studierende nicht „mutig“, sondern einfach selbstverständlich sein können.

Wer Hochschulen als Orte von Wissenschaft und Menschenwürde ernst nimmt, muss das im Campusalltag beweisen: Bibliothekseingänge offenhalten, Meldeketten ziehen, Lehrgespräche moderieren, Verantwortung tragen, wenn es ungemütlich wird. Zeigen statt sagen. Jede klare Entscheidung entlastet die, die bislang die Last getragen haben.

Am Ende geht es um nichts Geringeres als Teilhabe: dass der erste Blick aufs Handy nicht mehr der Stress-Test des Tages ist. Dass jüdische Studierende nicht kalkulieren, ob ein Weg, ein Seminar, ein Symbol heute gefährlich ist. Dass Universität wieder das wird, wofür sie steht: ein Ort, an dem Wissen und Würde zusammengehören – und jüdisches Leben nicht verhandelbar ist.

Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus an Hochschulen

Initiative Netzwerk jüdischer Hochschullehrender
in Deutschland, Österreich und der Schweiz¹

Seit dem 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus – insbesondere in seiner israelbezogenen Erscheinungsform – weltweit in einer neuen Sichtbarkeit und Schärfe zutage getreten. Als Hotspot dieser Problemlage sind in Universitäten in den Fokus gerückt. Dabei zeigt sich, dass zahlreiche antisemitische Einstellungen und Feindbilder oft nicht offen als solche artikuliert werden, sondern camoufliert im Gewand vermeintlich politischer Kritik an Israel auftreten und sich in Formen des antiisraelischen Aktivismus manifestieren. Narrative, die Israel einseitig dämonisieren, es als alleinigen Aggressor darstellen oder seine Politik auf eine moralische Stufe mit Terrororganisationen stellen, greifen dabei häufig auf antisemitische Deutungsmuster zurück.² Zugleich geraten der Terror der Hamas, das Schicksal der Geiseln sowie die weltweite Gewalt gegen jüdische Menschen in den Hintergrund.³ Informationen und Deutungsrahmen aus dem Umfeld der Hamas werden vielerorts unkritisch übernommen, während ihre Taten sprachlich relativiert oder verharmlost werden bis hin zur offenen Legitimierung als angeblicher „Widerstand“, insbesondere unter manchen jungen Aktivist:innen im Umfeld von Hochschulen.⁴



1 Dieser Text erschien zuerst im Sammelband "Was tun? Wie Antisemitismus in Deutschland bekämpft werden kann", hrsg. von Susanne Krause und Julius H. Schoeps, OLMS-Verlag, Hildesheim 2026.

2 Zur Umwegkommunikation siehe Hoyer, 2025. Zur Kommunikationslatenz Beyer/Krumpal 2010.

3 „Exemplarisch dafür steht der Befund aus einer Befragung von Lehrkräften knapp ein Jahr nach dem 7.10.2023: „74 Prozent der Befragten stimmen eher nicht oder überhaupt nicht zu, wenn es um die Aussage geht, dass die Schüler:innen die Schicksale der Geiseln zum jetzigen Zeitpunkt beschäftigen würde.“ (Bildungsstätte Anne Frank 2024); Bernstein/Brehm, 2025, S.11.

4 Siehe dazu Hinz et al., 2024.

Diese Dynamiken spiegeln sich nicht nur in digitalen Räumen, sondern auch in der Veränderung öffentlicher Orte, in Demonstrationen, Hochschulbesetzungen und in einem deutlichen Anstieg antisemitischer Straftaten wider. Die Folgen für Jüdinnen und Juden, für die das Massaker am 7. Oktober 2023, das „die tiefen seelischen Wunden des Extrem-Traumas Shoah wieder geöffnet“ hat⁵, reichen von Verlust an Sicherheit und Sichtbarkeit über psychische Belastungen bis hin zu Rückzugstendenzen aus öffentlichen oder beruflichen Kontexten.⁶

Um diese Entwicklungen und Folgen für den Hochschulkontext aufzuzeigen, bündelt der vorliegende Beitrag aktuelle empirische Befunde zum Antisemitismus an Hochschulen weltweit und in Deutschland nach dem 7. Oktober. Davon ausgehend wird nach der Vorstellung des in diesem Kontext entstandenen Netzwerks jüdischer Hochschullehrender in Erfahrungsräume Betroffener eingeführt. Abschließend werden die Problemlagen auf zentrale Prämissen zurückbezogen, die die Auseinandersetzung mit Antisemitismus an deutschen Hochschulen erschweren und den Status quo auf Dauer stellen.

Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023

Weltweit ist seit dem 7. Oktober 2023 ein Anstieg des Antisemitismus zu beobachten.⁷ Laut dem Combat Antisemitism Movement (CAM) stiegen dokumentierte antisemitische Vorfälle weltweit im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 107,7 % – insgesamt wurden 6.326 Vorfälle registriert. Die World Zionist Organization und Jewish Agency for Israel sprechen von einer 340 %-Steigerung antisemitischer Vorfälle zwischen 2022 und 2024.⁸ Im Jahr 2023 registrierte die Anti-Defamation League (ADL) 8.873 antisemitische Vorfälle in den USA – ein drastischer Anstieg um rund 140 % im Vergleich zu 3.697 Fällen im Jahr 2022.⁹ Im darauffolgenden Jahr 2024 wurden laut ADL 9.354 antisemitische Vorfälle gezählt, was einem weiteren Anstieg um fünf Prozent gegenüber 2023 entspricht.¹⁰ Die Beratungsstelle Ofek verwies darauf, dass sich der Bedarf an Beratungen von Betroffenen im ersten Jahr nach dem 7. Oktober 2023 verfünffachte.¹¹

Der Bericht der Tel Aviv University „Antisemitism Worldwide Report 2025“ stellt fest, dass die Zahl antisemitischer Vorfälle weltweit zwar nach dem Höhepunkt Ende 2023 zurückging, aber weiterhin signifikant über dem Niveau vor dem Krieg (vor dem 7. Oktober 2023) liegt.¹² Einer globalen Studie der ADL zufolge haben 46 % der über 58.000 Befragten aus 103 Ländern antisemitische Einstellungen – was auf etwa 2,2 Mrd. Menschen weltweit hochgerechnet wird.¹³ Hochschulen geraten als Schwerpunktorte in den Fokus: Im April 2025 wurden weltweit 554 antisemitische Vorfälle von der Organisation Combat Antisemitism Movement registriert,

5 Grünberg bei Bernstein/Brehm, 2025, S. 8.

6 Bernstein/Brehm, 2025.

7 Combat Antisemitism Movement 2025a; Holocaust Remembrance Association, Jewish Agency Report, 2025.

8 Holocaust Remembrance Association, Jewish Agency Report, 2025; Anti-Defamation League, 2025.

9 Anti-Defamation League, 2024a.

10 Anti-Defamation League, 2025; Reuters 2025.

11 Zentralrat der Juden in Deutschland, 2024.

12 Tel Aviv University, 2025; Eichner, 2025.

13 Bancevski, 2025.

davon 88 an Hochschulcampus.¹⁴ Für Europa meldet der Community Security Trust (CST) im Vereinigten Königreich für das Jahr 2024 insgesamt 145 antisemitische Vorfälle im Hochschul-/Universitätsumfeld (darunter 66 auf dem Campus und 65 online).¹⁵ Für Deutschland berichtet der Bundesverband RIAS 8.627 antisemitische Vorfälle im Jahr 2024 – nahezu eine Verdopplung gegenüber 2023.¹⁶ 76 % der Juden europaweit sehen sich zumindest gelegentlich gezwungen, ihre jüdische Identität zu verbergen.¹⁷ Eine aktuelle Umfrage unter jüdischen Studierenden weltweit (Anti-Defamation League & World Union of Jewish Students) ergab, dass etwa 78 % ihre religiöse Identität und 81 % ihre zionistische Einstellung auf dem Campus verbergen.¹⁸

Situation an den Hochschulen seit dem 7. Oktober 2023

Hochschulen – insbesondere solche mit einer starken geistes- und sozialwissenschaftlichen Ausrichtung – stehen nicht selten an der Spitze gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen. Stimmungen, die sich an Hochschulen ausbreiten, greifen mitunter kurze Zeit später auf weite Teile der Gesellschaft über. Bereits der Zweite Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus weist darauf hin, dass mit steigendem Bildungsniveau die Zustimmung zu klassischen, leicht als antisemitisch erkennbaren Items zwar sinkt – zugleich aber plausibel ist, dass von höher Gebildeten ein sozial adäquater Sprachgebrauch über Jüdinnen und Juden, den Nationalsozialismus, Vergangenheitsbewältigung und „klassischen“ Antisemitismus erwartet wird.¹⁹

Obgleich sich Hochschulen als diskriminierungsfreie Räume verstehen, fühlen sich jüdische Studierende und Lehrende nach dem 7. Oktober 2023 an deutschen Hochschulen oftmals ignoriert, ausgegrenzt oder bedroht. Die Jüdische Studierendenunion Deutschland hält fest: „Für viele jüdische Studierende ist die Universität kein sicherer Ort mehr. Das Schweigen der Institutionen wiegt schwerer als die Rufe der Hassenden.“²⁰

Aus dem Bericht „A Climate of Fear and Exclusion: Antisemitism at European Universities“ sowie der Befragung von 78 jüdischen Studierenden durch die JSUD geht hervor, dass einige Befragte von Verfolgung und Bedrohung seitens ihrer Kommiliton:innen berichten, die meisten Angst äußern und sich im Stich gelassen fühlen.²¹ Ähnliche Befunde finden sich in der Studie „Experiences and Perceptions of Antisemitism“ aus dem Jahr 2024²², in dem Lagebericht „Antisemitismus an deutschen Hochschulen“ von AJC Berlin Ramer Institute²³ sowie im „Scholar Shield Report“ des Neaman Institute (2025), die beide dokumentieren, dass sich jüdische Studierende in Europa und weltweit zunehmend unsicher fühlen und antisemitische Anfeindungen häufig ohne institutionelle Reaktion bleiben.²⁴ Jüdische Studierende nehmen ein Klima

14 Combat Antisemitism Movement, 2025b.

15 Community Security Trust, 2025.

16 Bundesverband RIAS, 2025.

17 European Union Agency for Fundamental Rights, 2024.

18 Stub, 2025.

19 Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, 2017, S. 6 f.

20 Jüdische Studierendenunion Deutschland, 2025, S. 3 f.

21 Schmoll, 2025.

22 European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), 2024.

23 American Jewish Committee (AJC) Germany, 2025.

24 Golany et al., 2025.

der Einschüchterung und Ausgrenzung wahr. Antisemitische Parolen, Israelhass und gezielte Einschüchterung jüdischer Studierender seien zunehmend Teil des universitären Alltags geworden.²⁵ Es werden Protest-Camps, Veranstaltungen oder Vorträge abgehalten, in denen das Massaker vom 7. Oktober als „Selbstverteidigung“ oder „Akt des Widerstands“²⁶ bezeichnet wird. Viele Universitäten reagieren zögerlich oder gar nicht.²⁷ Der antisemitische Charakter der Vorfälle wird oft bestritten oder geleugnet, die häufig Terror relativierenden oder gar glorifizierenden Inhalte werden als von der Meinungsfreiheit gedeckt verklärt. Israelbezogener Antisemitismus, von den Betroffenen als das Hauptproblem im universitären Kontext beschrieben, wird nur selten als solcher benannt und thematisiert.²⁸ Laut RIAS sind 90 % aller Antisemitismus-Vorfälle an Hochschulen dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen.²⁹

Diese Akteur:innen kommen aus sehr unterschiedlichen – teils sogar miteinander verfeindeten – Gruppen: von links-antiimperialistischen und islamistischen Aktivist:innen über Vertreter:innen der gesellschaftlichen Mitte bis hin zu rechtsorientierten Kreisen, die in der Ablehnung Israels einen gemeinsamen Nenner finden. Hintz et al. (2025) identifizieren den anhaltenden israelbezogenen Antisemitismus als zentrales Problem an Hochschulen.³⁰ 78 % der jüdischen Befragten der FRA Studie (2024), die noch vor dem 7. Oktober 2023 durchgeführt wurde, geben dabei an, dass sie für die Handlungen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden, weil sie jüdisch sind.³¹ Der israelbezogene Antisemitismus, der häufig in der Kommunikationslatenz transportiert wird³² und nach der Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen“ besonders unter jungen Menschen im Alter von 16 bis 18 verbreitet ist³³, zeigt sich zugleich als die am stärksten politisierte und emotionalisierte Form des Antisemitismus und hat weitreichende Auswirkungen auf die Betroffenen.

Die Bevölkerungsstudie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen“³⁴ ist zwar keine Campus-Spezialstichprobe – liefert aber einen Kontext, der Hochschulen betrifft. In diesem Kontext steht die „Gleichsetzung zwischen der Politik Israels mit den NS-Verbrechen“, der tendenziell 38 % zustimmen, aber auch ein Verständnis für den Israelboykott, das 32 % äußern.³⁵ Hintz et al. zufolge vertreten ca. 12 % der Studierenden die die Hamas ebenso legitimierende wie die Realität verzerrende Auffassung, sie ziele auf den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen.³⁶

International zeigen die verfügbaren Daten seit dem 7. Oktober 2023 einen deutlichen Anstieg antisemitischer Vorfälle an Hochschulen. In zahlreichen Ländern – etwa Deutschland und Frankreich – ist seit Oktober 2023 eine markante Zunahme sowohl der Häufigkeit als auch der

25 B'nai B'rith International et al., 2025.

26 Ebd.

27 Schmoll, 2025; B'nai B'rith International et al., 2025; Stroud, 2025.

28 Beyer et al., 2024; siehe auch Decker et al. 2024.

29 Schmoll, 2025.

30 Hintz et al., 2025.

31 European Union Agency for fundamental Rights (FRA), 2024.

32 Siehe Beyer, 2015.

33 Beyer et al., 2024.

34 Beyer et al., 2024.

35 Ebd.

36 Hintz et al., 2024.

Intensität antisemitischer Vorfälle zu beobachten.³⁷ Hillel International zählte im Studienjahr 2024/25 2.334 Campus-Vorfälle – ein Höchststand und deutlich mehr als 2023/24 (1.853).³⁸ In den USA registrierte die ADL 9.354 antisemitische Vorfälle im Jahr 2024 insgesamt; auf dem Hochschulcampus stiegen die Vorfälle um 84 % auf 1.694 und machten damit 18 % aller Fälle aus.³⁹ Für Großbritannien meldete der Community Security Trust (CST) 272 universitätsbezogene Vorfälle im akademischen Jahr 2023/24 (insgesamt 325 in den beiden Jahren 2022/23 und 2023/24) – ein Rekordwert.⁴⁰ An Hochschulen in Deutschland verdreifachte sich die Zahl gegenüber dem Vorjahr auf 450 Vorfälle (2023: 151; 2022: 23).⁴¹ Als wesentliche Dimension dieser Problemdynamik lässt sich der israelbezogene Antisemitismus benennen.⁴²

Einige Daten zeigen, dass die BDS-Initiative seit dem 7.10.2023 an Bedeutung gewonnen hat.⁴³ Die ADL zählte im Studienjahr 2023/24 80 BDS-Resolutionen an Hochschulen (71 ange nommen).⁴⁴ Sie weist für US-Hochschulen im Studienjahr 2023/24 eine 477 %-ige Zunahme anti-israelischer Aktivitäten (inkl. Divestment-Resolutionen) gegenüber dem Vorjahr aus.⁴⁵ Trotz der generell ablehnenden Haltung von Hochschulleitungen im deutschsprachigen Raum gegenüber einem akademischen Boykott Israels ist die wissenschaftliche Zusammenarbeit deutlich zurückgegangen.⁴⁶ Während im Vorjahr noch 16 % der israelischen wissenschaftlichen Preprints deutsche Mitautor:innen aufwiesen, liegt dieser Anteil aktuell nur noch bei 12,7 %.⁴⁷ Diese Entwicklung steht im Kontext einer weltweit zunehmenden Tendenz zur Isolierung israelischer Wissenschaftler:innen und Institutionen.

Laut der Vereinigung der Universitätsleitungen Israels (VERA) und dem Scholar Shield Report des Neaman Institute (2025) wurden in den vergangenen zwei Jahren über 1.000 Fälle akademischer Boykotte dokumentiert – durch Institutionen, Fachgesellschaften, Forschungsgruppen oder Einzelpersonen –, was einer Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr (2024) entspricht. Der Bericht betont, dass sich die Mehrheit dieser Fälle auf den akademischen und kulturellen Austausch bezieht, insbesondere auf Publikationsverweigerungen, Rücknahmen von Einladungen, abgebrochene Kooperationen und den Ausschluss israelischer Forschender von Panels und Konferenzen.⁴⁸ Etwa 10 - 11 % der Universitätsstudierenden (ähnlich dem Anteil in der Allgemeinbevölkerung) gelten als überzeugte Unterstützer:innen der BDS-Forderungen.⁴⁹ Zugleich ist der Anteil Unentschiedener mit 16 % auffällig hoch.⁵⁰ Auch einige Wissenschaftler:in-nen unterstützen immer wieder BDS-Kampagnen.⁵¹

37 Siehe: Stroud, 2025; B'nai B'rith International et al., 2025.

38 Hillel International, 2025.

39 AntiDefamation League, 2025.

40 Brown, 2025.

41 Bundesverband RIAS, 2025.

42 Siehe Bundesverband RIAS, 2025; Hinz et al., 2025.

43 Golany et al., 2025.

44 Sasson et al., 2024.

45 AntiDefamation League, 2024b.

46 So plant beispielsweise Universität Genf (UNIGE) eine Kooperation mit der palästinensischen Al-Quds University (Jerusalem) und gleichzeitig beendet sie Partnerschaften mit israelischen Universitäten. Siehe Menusier, 2025.

47 Matthews, 2025.

48 Golany et al., 2025.

49 Hinz et al., 2024.

50 Ebd., S. 10 ff.

51 Siehe exemplarisch: Culina 2025; Bernstein, 2025.

Selbst zielgerichtete persönliche und gruppenbezogene Anfeindungen sind im Hochschulbereich keine Seltenheit mehr. Sie reichen von Beleidigungen und Bedrohungen (im Netz und offline) über Störungen von Veranstaltungen bis zu seltenen physischen Angriffen. Sie betreffen gleichermaßen Akteure, die israelisch sind oder, ob jüdisch oder nicht-jüdisch, Solidarität mit Israel zeigen. Besonders verstörend sind Ausladungen oder Veranstaltungsabsagen, die Hochschulen auf Druck propalästinensischer Aktivistengruppen oder in vorauselendem Gehorsam vornehmen. An einer Hochschule wurde beispielsweise eine geplante Ausstellung über antisemitische Pogrome mit Verweis auf das Fehlen geeigneter Räume und eine mögliche Polemisierung des Publikums abgesagt. Einige Lehraufträge jüdischer Dozent:innen wurden mit vorgeschnobenen Begründungen nicht verlängert; andere sahen sich durch Druck studentischer Aktivist:innen und mangelnde Unterstützung seitens der Hochschulen zur Aufgabe der Lehrtätigkeit gezwungen. Bei Bedrohungen und Diffamierungskampagnen gegen Aktive ist seit 2023 eine anhaltend steigende Tendenz festzustellen.

Initiative Netzwerk jüdischer Hochschullehrender

Vor diesem Hintergrund entstand im Winter 2023/2024 das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die Initiative für den zunächst informellen Zusammenschluss hatten die Frankfurter Antisemitismusforscherin Prof. Dr. Julia Bernstein und die Freiburger Pianistin und Komponistin Prof. Roglit Ishay. Die Vereinigung sollte jüdischen Hochschulangehörigen eine Plattform bieten, um sich über die Lage an Hochschulen auszutauschen, in einem geschützten Raum Solidarität zu erleben, Basiswissen zu Antisemitismus zu erlangen und hochschulübergreifend für die Sichtbarkeit und den Schutz jüdischen Lebens auf dem Campus agieren zu können. Die Unterstützung jüdischer Studierender – die, im Gegensatz zu den Lehrenden, bereits in Vereinigungen organisiert waren – und der praktische Kampf gegen antisemitische Tendenzen und Vorfälle gehörten zu den vorrangigen Aufgaben des neugegründeten Netzwerks.

So standen die ersten Monate des Netzwerks im Zeichen gegenseitigen Kennenlernens, von Bestandsaufnahmen und intensivem Austausch über die Situationen vor Ort. Zahlreiche Treffen fanden als sogenannte Safe Spaces statt, in denen Betroffene unter Ausschluss der Öffentlichkeit über ihre Erlebnisse und Gefühle sprechen konnten. Andere Treffen wurden für weitere Gruppen geöffnet, zum Beispiel für jüdische Studierende oder nichtjüdische Hochschullehrende, die sich dem Unterstützungsreich angeschlossen haben. So ergab sich nach und nach ein Stimmungsbild für die deutschsprachige Hochschullandschaft und darüber hinaus. Aus den Gesprächen wurden die Bedarfe ermittelt und Prioritäten für die weitere Tätigkeit festgelegt.

Für viele war der Ausgang aus der anfänglichen Vereinsamung und Verunsicherung ein erstes zählbares Ergebnis des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender. Einige Hochschullehrende berichteten darüber, dass das Netzwerk ihr erste jüdische Gruppe ist und dass sie vor dem 7. Oktober ihre jüdische Identität nicht als primär wichtig erachtet haben und erst durch den barbarischen Angriff der Hamas auf Israel und/oder die drauffolgende globale Zunahme des Antisemitismus mit der Notwendigkeit konfrontiert wurden, sich mit eigener jüdischer Identität zu beschäftigen. Im Herbst 2025 vereint das Netzwerk etwa 180 Personen; 75 von ihnen

sind dem gleichnamigen Verein beigetreten. Weitere rund 225 Personen bilden den Unterstützerkreis, der aus nichtjüdischen Hochschulangehörigen besteht. Unter ihnen befinden sich führende Wissenschaftler:innen aus unterschiedlichen Disziplinen sowie renommierte Antisemitismusforscher:innen. Unter anderen Aktivitäten fanden zwei informelle anonyme Umfragen unter jüdischen und nichtjüdischen Hochschullehrenden statt, die hier kurz präsentiert werden. Die Umfragen umfassten geschlossene Fragen, gaben aber auch die Möglichkeit, offen über die Vorfälle und die eigenen Empfindungen zu berichten.

Die Ausgangslage jüdischer Dozent:innen

Eine erste Umfrage unter den Mitgliedern des Netzwerks im Jahr 2024 unter 70 Beteiligten ergab, dass rund 40 % der Befragten nach dem Terrorangriff der Hamas und der darauffolgenden Reaktion Israels aufgrund ihrer jüdischen Identität Bedrohungen und Belästigungen erfahren haben.⁵² Dabei reicht die Spannweite von verbalen Anfeindungen im akademischen Umfeld, die 63,6 % der Betroffenen erlebt haben, über Online-Belästigungen und Cybermobbing (40,9 %), bis hin zu physischen Bedrohungen und Sachbeschädigungen, die rund 14 % betreffen. 13 % gaben an, auf Online-Lehre umgestiegen zu sein. Lehrende berichten von Versuchen, sie von Veranstaltungen auszuschließen, Boykottaufrufen und Hetzkampagnen in Social Media, Mails und Flyeraktionen. Hier wurden Lehrveranstaltungen unter anderem als „zionistisch“ diskreditiert, auch wurde Dozierenden mit jüdischem bzw. israelischem Hintergrund die fachliche Kompetenz abgesprochen. Neben verbalen Anfeindungen mit zum Teil NS-verherrlichendem Inhalt führten Bedrohungen durch die Veröffentlichung privater Kontaktdata und Fotos in Extremfällen sogar dazu, dass Personenschutz eingesetzt werden musste.

An vielen Hochschulen zeigten sich strukturelle Probleme. So wurden Portraits der in der Gewalt der Hamas befindlichen Geiseln abgerissen oder beschmiert, während Plakate mit antisraelischer Propaganda aufgehängt wurden und oft keine Beanstandung erfuhren. Sehr zögerlich war an manchen Hochschulen der Umgang mit Protestcamps und Hörsaalbesetzungen, bei denen antisemitische Parolen zu hören und zu lesen waren. In einigen Fällen wurden Lehrveranstaltungen mit Israel-Bezug administrativ behindert und Auftritte von Shoah-Überlebenden politisch instrumentalisiert. Daran zeigt sich nicht nur die gefährliche Radikalisierung einzelner Gruppen, sondern auch ein institutionelles Versagen im Umgang mit Antisemitismus. Viele Befragte schildern das Schweigen oder die Untätigkeit der Hochschulleitungen, teils sogar offene Parteinahme bzw. Sympathie für die Angreifenden. Das verstärkt das Gefühl der Isolation und Enttäuschung bei den Betroffenen.

Die psychischen Belastungen, die mit diesen Erfahrungen einhergehen, sind erheblich. Mehrere Befragte berichteten 2024 von Grundverunsicherung, Angstzuständen, Schlaflosigkeit und Erschöpfung, manche haben sich aus der Lehre zurückgezogen. Einige fühlten sich von ihren Kolleg:innen alleingelassen, besonders dann, wenn nur wenige aus dem Kollegium nach ihrem Zustand nach dem 7. Oktober gefragt haben, langjährige Beziehungen plötzlich abbrachen oder antisemitische Vorfälle nicht ernstgenommen wurden. Neben der persönlichen Betroffenheit wird eine große institutionelle Ohnmacht deutlich. Viele Hochschulen verfügen offen-

⁵² Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH), 2024.

bar weder über ein klares Sicherheitskonzept noch über wirksame Maßnahmen zur Prävention und Intervention. Nur 7,4 % der Befragten gaben an, dass an ihrer Hochschule ein solches Konzept kommuniziert wurde.

In Reaktion auf diese Bedrohungslage entwickelten die Betroffenen unterschiedliche Strategien: Einige meldeten Vorfälle intern oder an externe Stellen wie RIAS oder die Polizei, andere dokumentierten sie für den Ernstfall oder drohten mit rechtlichen Schritten. Auf der Ebene der Lehre wurde versucht, antisemitische Narrative durch Argumentation zu entkräften oder antisemitisch auftretende Studierende vom Seminar auszuschließen. Manche Dozierende entwickelten sogar Notfallpläne und informierten Kolleg:innen und Studierende über mögliche Schutzmaßnahmen.

Die Lage nichtjüdischer Dozent:innen

Auch nichtjüdische Lehrende, die sich in ihrer Lehre und Forschung mit jüdischer Geschichte, jüdischen Themen oder dem Staat Israel befassen, sind mit Antisemitismus konfrontiert. Hierzu haben wir eine anonyme Umfrage unter nichtjüdischen Hochschullehrenden durchgeführt, an der sich 78 Personen beteiligt haben. Etwa ein Drittel von ihnen (32,1 %) haben aufgrund ihrer Forschungs- oder Lehrschwerpunkte Bedrohungen oder Belästigungen erfahren. Dazu gehören verbale Anfeindungen (72 %), Online-Bedrohungen (36 %), physische Bedrohungen (8 %) und Sachbeschädigungen (8 %). Als Reaktion auf diese Bedrohungen nahmen 9 % der Betroffenen spezielle Schutzmaßnahmen in Anspruch. 71,2 % der Befragten gaben zudem an, dass ihre Hochschule kein Sicherheitskonzept kommuniziert habe, während nur 12,3 % bestätigten, dass ein solches Konzept von ihrer Institution veröffentlicht wurde.

Als Beispiele verbaler Beleidigung oder Belästigung sind Zwischenrufe und Störungen im Lehrablauf sowie Bemerkungen antisemitischen Inhalts zu nennen. So wurde eine Lehrperson bei einer Lesung zum Thema Antisemitismus mit dem Vorwurf konfrontiert, sie hätte „Blut an den Händen“. In einem anderen Seminar, das kein jüdisches Thema hatte, haben sich mehrere Studierende zeitgleich eine Kuffiyah umgelegt, was als eine gegen das Forschungsfeld des Dozenten zu Israel und Antisemitismus und dessen Engagement gerichtete Provokation zu verstehen ist. Ein/e Mediziner/in musste sich während einer Operation von einer Pflegekraft anhören, Israel hätte weltweit die höchste Rate an Hautkrebs, weil die Jüdinnen und Juden als Weiße nicht in den Orient gehört. Vorfälle im digitalen Raum sind beispielsweise Social-Media-Kampagnen, die darauf abzielen, Vortragsveranstaltungen zu sabotieren, oder Hassmails an die offizielle Hochschuladresse.

Während Fälle physischer Gewalt vergleichsweise selten sind, fühlen sich auch nichtjüdische Dozierende durch Sticker und Schmierereien antiisraelischen Inhalts herausgefordert. Eine Person fand in ihrem Postfach ein zerrissenes Magazin mit jüdischer Symbolik; der restliche Teil befand sich im Mülleimer. Antisemitismusforscher:innen wurden unter Druck gesetzt, „pro-palästinensische“ offene Briefe zu unterschreiben, und wurden aufgrund ihrer Haltung bei der Vergabe von Aufträgen nicht berücksichtigt.

Berichtet wird ferner von Diskriminierung und überzogenen Unterstellungen im Kollegenkreis. Zum Beispiel wird die Empathiefähigkeit, fachliche Expertise und persönliche Integrität von Per-

sonen in Frage gestellt, oder es werden ihnen extreme Äußerungen zugesprochen (wie die Behauptung, alle Linken seien Antisemiten). Verstörend bis gefährlich sind Boykottaufrufe und Angriffe ad hominem, beispielsweise durch die Erwähnung in Listen „unsicherer Lehrender“, aber auch Provokationen seitens der Teilnehmer sogenannter palästinäsolidarischer Camps wie das Zeigen des Tauhid-Fingers oder von Hamas-Symbolik.

Der Umgang Betroffener mit antisemitischen Bedrohungen reicht von Rückzug, Schweigen und bewusstem Ignorieren der Vorfälle über den Versuch argumentativer Auseinandersetzung bis zu Meldungen an die Rechtsabteilung der Universität, die Polizei, RIAS oder die Antisemitismus-Stelle der jüdischen Gemeinde. In einigen Fällen führte dies zu verstärkten Sicherheitsmaßnahmen für Veranstaltungen oder sogar Polizeischutz für die Personen.

Schlussfolgerungen zur Lage an Hochschulen

Beide Umfragen zeigen ähnliche Muster von verbaler Gewalt, Beleidigungen und Bedrohungen im digitalen Raum und seltenen, aber gravierenden physischen Angriffen. Bei Letzteren sind Wiederholungstaten zu beobachten – ein Hinweis auf zielgerichtete Einschüchterung. Insgesamt findet dabei eine Täter-Opfer-Umkehr statt, bei der jüdische wie nichtjüdische Lehrende kollektiv in eine Täterrolle gedrängt werden. Hinzu kommt eine NS-verharmlosende bis verherrlichende Rhetorik, die sich in Ausrufen wie „vor 80 Jahren hätten wir dich vergast“ zeigt. Zur Einschüchterung wird symbolische Gewalt angewandt, d. h., die Angegriffenen sollen durch eindeutige Gesten, Symbole (rote Dreiecke⁵³, blutige Hände⁵⁴) oder Parolen wie „From the river to the sea“, „Yallah Intifada“, „Tod den Zionisten“ oder „Fuck Israel“ verunsichert werden.

In beiden Umfragen wird eine weitgehende Untätigkeit der Institutionen deutlich. Insgesamt gaben um die zehn Prozent der Befragten an, dass ihre Hochschule ein Sicherheitskonzept kommuniziert hätte; dagegen haben über 70 % angegeben, keinerlei Informationen zu Schutzmaßnahmen erhalten zu haben. Ähnlich verhält es sich mit der Auffassung von Antisemitismus an Hochschulen: Häufig fehlt eine für die Hochschule verbindliche Antisemitismusdefinition, oder sie wird den Hochschulangehörigen nicht kommuniziert. Dadurch entsteht eine Kluft zwischen den Erfahrungen der Betroffenen und der oft willkürlichen Bewertungspraxis diverser nichtjüdischer Akteur:innen an Hochschulen, die je nach persönlichem Ermessen und (fehlendem) Wissen entscheiden, ob ein Vorfall als antisemitisch einzustufen ist. Entsprechende Reaktionen der Hochschulen – etwa öffentliche Stellungnahmen, Verurteilungen oder Sanktionen bei antisemitischen Vorfällen – bleiben vielfach aus. Auch bei der Verbreitung antisemitischer Inhalte wird wiederholt nicht eingeschritten.

Betroffene in beiden Gruppen berichten von erheblichen psychischen Belastungen: Angstzuständen, Schlafstörungen, sozialem Rückzug und dem Gefühl der Isolation. Zugleich äußern sie die Sehnsucht nach einem vertrauensvollen Umfeld, in dem das selbstverständliche Dasein als jüdischer (bzw. israelsolidarischer) Hochschulangehöriger möglich ist. Bei vielen zeigt sich

⁵³ Das rote Dreieck wurde von der Hamas am 7. Oktober 2023 als Markierungssymbol in Propagandavideos eingesetzt, um Ziele für Angriffe zu kennzeichnen. Es steht sinnbildlich für den eliminatorischen Charakter des Massakers, bei dem die Vernichtung jüdischer Zivilist:innen explizit als Ziel kommuniziert wurde.

⁵⁴ Das Symbol der roten blutverschmierten Hände geht zurück auf ein Foto des Palästinensers Aziz Salha, der nach dem von ihm mitausgeübten Lynchmord an zwei israelischen Reservisten am 12. Oktober 2000 in Ramallah triumphierend grinsend mit blutverschmierten Händen am Fenster einer Polizeistation posierte. Dazu zum Beispiel Balke, 2025.

eine grundlegende Verunsicherung – zugleich aber auch die klare Weigerung, sich auf eine reine Visktimisierung reduzieren zu lassen. Eine Person schildert, dass sie sich krankmelden musste, nachdem ein als Gefährder eingestufter Akteur sie identifiziert hatte. Manche vermeiden bewusst bestimmte Räume oder legen jüdische Symbole ab, um nicht sichtbar zu sein. Einige ziehen sich vollständig aus der Forschung zu Israel oder Antisemitismus zurück – aus Angst vor Reputationsverlust oder weiteren Angriffen. Andere, die das Gegenteil wählen, berichten von zunehmenden offenen oder unterschweligen Konflikten. Dabei geht es nicht nur um persönliche Verletzungen, sondern auch um drohende Rufschädigung: Einzelnen wird unterstellt, sie missbrauchten ihre wissenschaftliche Rolle oder akademische Position für „zionistische“ Anliegen oder kompromittierten sich durch die Kooperation mit dem Staat Israel oder den IDF. Einige Mitglieder berichteten, dass ihre Lehraufträge zu den mit Judentum und Antisemitismus verbundenen Themen nicht verlängert bzw. sie gebeten wurden, den Titel der Veranstaltung so umzubenennen, dass die Begriffe „Juden“ oder „Antisemitismus“ nicht mehr enthalten sind. Viele Dozierende fühlen sich ausgeschlossen oder haben das Gefühl, „nicht erwünscht zu sein“. Es gibt mittlerweile einige, die wegen der Situation an der Hochschule den Arbeitsplatz wechseln mussten und eine Person, die nach Israel ausgewandert ist.

Heutzutage verfügen die meisten Hochschulen über Gleichstellungs- und/oder Antidiskriminierungsbeauftragte. Auch bei antisemitischen Vorfällen sind diese Personen, die meist keine explizite Antisemitismusexpertise besetzen, oftmals die ersten Adressaten. Nach ersten Erfahrungen mit solchen Ansprechpartner:innen berichten viele jüdische Studierende, dass sie diese Stellen meiden, stattdessen nach Safe Spaces suchen bzw. jüdische Dozierende kontaktieren. In der Folge gelangen zahlreiche Vorfälle und Verletzungen gar nicht oder nur stark gefiltert an die Hochschulleitung; oft werden sie ausschließlich vertraulich und anonym gegenüber jüdischen Lehrenden geschildert.

Es liegt hier ein weiterer struktureller Mangel vor: die meisten Antisemitismusvorfälle bleiben ohne Konsequenz für die Urheber:innen oder Angreifer:innen. Profunde Kenntnisse sind notwendig, um Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen – einschließlich des israelbezogenen Antisemitismus – zu erkennen und zu bewerten. Deswegen empfiehlt sich die Berufung spezialisierter Antisemitismusbeauftragter.⁵⁵ Diese müssen nicht notwendigerweise jüdisch sein, sollten aber das Vertrauen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft genießen. Dass das nicht selbstverständlich ist, zeigen einzelne Beispiele von Beauftragten von Hochschulen oder Bundesländern, die wegen kontroversen, zum Teil israelbezogenen Antisemitismus billigenden Positionierungen berechtigte Kritik aus der jüdischen Community erfahren. Zudem haben sich vielfach Tendenzen beobachten lassen, dass Antidiskriminierungsbeauftragte dem Phänomenbereich Antisemitismus nicht gerecht werden. In diesem Zusammenhang tritt vor allem die Herausforderung hervor, Antisemitismus als spezifische Diskriminierungsform von anderen zu unterscheiden, dabei die Antisemitismuskritik nicht gegen Antirassismus auszuspielen und nicht eine Form der Konkurrenz marginalisierter Gruppen zu forcieren.

Zur Verbesserung der allgemeinen Lage ist eine größer angelegte Antisemitismus-Aufklärung vonnöten. Dazu gehören beispielsweise Schulungen für Lehramtsstudierende, Weiterbildungen für Beschäftigte an Universitätskliniken sowie für den akademischen Mittelbau.

⁵⁵ Zu den gewünschten Schlüsselqualifikationen: Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH), 2025a.

Wie lässt sich die Situation verbessern? Aktivitäten des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender (NJH)

In erster Linie geht es im Netzwerk um die gegenseitige Unterstützung der jüdischen akademischen Community – mit eigenen Safe-Space-Räumen und Angeboten zur Stärkung der jüdischen Identität und des Selbstbewusstseins. Es finden Hebräischkurse statt sowie regelmäßige regionale Austauschrunden. Geplant ist das Projekt „MiLev zuLev“, in dem das traditionelle Judentum als Ressource für Krisenzeiten eingeführt und diskutiert wird.

Zu den wichtigsten Erfolgen gehört die Vernetzung unter jüdischen Hochschulangehörigen im deutschsprachigen Raum über alle Disziplinen, geographische Grenzen, Trennlinien des Lebensalters, der akademischen Stellung, der Herkunft oder der Muttersprache hinweg. So sagt zum Beispiel ein aus Russland stammender Mathematikprofessor, er hätte noch nie so viele Juden getroffen, wie in den letzten zwei Jahren. Der unkomplizierte Zugang zu Netzwerkmitgliedern über gemeinsame Kommunikationskanäle eröffnet neue Perspektiven, erleichtert regionale und überregionale Aktivitäten, befördert den Austausch und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl im Angesicht der unbehaglichen Lage.

Wie oben dargestellt, mehren sich in den letzten Monaten Berichte über persönliche Angriffe gegen jüdische Wissenschaftler:innen sowie gegen Personen, die sich öffentlich gegen Antisemitismus positionieren. Eine Aufgabe des Netzwerks besteht darin, diesen Personen Unterstützung und Hilfe anzubieten und Solidarität mit ihnen zu zeigen.

Durch regelmäßige Treffen mit Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie durch die Veröffentlichung von Artikeln und die Organisation von Veranstaltungen hat sich das Netzwerk zu einer wichtigen Stimme im Kampf gegen Antisemitismus und für das jüdische Leben an deutschen Hochschulen entwickelt.⁵⁶

Auf Initiative der Jüdischen Studierendenunion Deutschland (JSUD) begann das Netzwerk, gemeinsam mit inzwischen über 90 jüdischen Vertrauensdozierenden an mehr als 30 Universitäten jüdische Anlaufstellen aufzubauen. Im Mittelpunkt steht dabei die unmittelbare Unterstützung jüdischer Studierender, Lehrender und Universitätsangehöriger.

Die öffentlichkeitswirksame Tätigkeit des Netzwerks umfasst zahlreiche Artikel, offene Briefe, Interviews und Petitionen – in den Medien, in den sozialen Medien und auf der Internetseite. Darin weist das Netzwerk auf geplante oder vergangene antisemitische Aktivitäten im Hochschulbereich oder im kulturellen Sektor hin, äußert aber auch Solidarität und Unterstützung für mutiges zivilgesellschaftliches Handeln. Eine vom Netzwerk organisierte Online-Vortragsreihe mit namhaften Referenten zu verschiedenen Aspekten des Antisemitismus erlangt zunehmende Bekanntheit, auch über die jüdischen Hochschulkreise hinaus.

Ein zentrales Vernetzungsprojekt ist „Shituf“⁵⁷, eine Austauschplattform zwischen dem Netzwerk und den Antisemitismusbeauftragten der Hochschulen. Das Projekt „Shituf“ kooperiert mit dem Projekt KoNHAP – Kompetenznetzwerk Antisemitismusprävention an Hochschulen.

⁵⁶ Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH), 2025b.

⁵⁷ Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH), 2025c.

Darüber hinaus vernetzt sich das NJH mit Organisationen wie der Hochschulrektorenkonferenz, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, RIAS und dem Tikvah-Institut sowie mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Israel und weltweit.

Zur hochschulinternen Arbeit des Netzwerks gehört die Entwicklung von Handreichungen für Universitäten⁵⁸, die den Umgang mit antisemitischen Vorfällen unterstützen. Außerdem dokumentiert das Netzwerk seit dem 7. Oktober 2023 antisemitische Vorfälle durch Umfragen und das Sammeln persönlicher Berichte. Zu den jüngsten Aktivitäten gehört die Erarbeitung von Forderungen an die Hochschulen zur Sicherung jüdischen Lebens auf dem Campus, die der Verein als zentral erachtet.⁵⁹

Herausforderung – Warum ist es so schwer, über Antisemitismus zu sprechen?

Um die Kluft zwischen politischen Bekundungen und den Erfahrungen der Betroffenen – wie sie in empirischen Studien und den Berichten aus dem Netzwerk sichtbar wird – analytisch zu fassen, werden im Folgenden drei grundlegende Prämissen erläutert. Sie markieren zentrale Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus für Forschung, Praxis und Hochschulpolitik.

1. Antisemitismusvorwurf und Antisemitismus ohne Antisemiten nach dem 7.10.2023

Obwohl Antisemitismus ein jahrtausendaltes Phänomen ist, das im kollektiven Bewusstsein wie auch im Sprachgebrauch als „kommunikatives Gedächtnis“ fortlebt⁶⁰ und dessen Kontinuität kaum je unterbrochen wurde, wird in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg häufig angenommen, er sei überwunden. Antisemitismus wird oft als ‚zur Vergangenheit gehörend‘ betrachtet, „und fast schon als nationalsozialistisches Gedankengut begriffen, von dem sich die meisten deutlich distanzieren wollen. Demzufolge werden die vielen Vorfälle nicht als ein ‚richtiger‘ Antisemitismus verstanden, den es im eigenen Umfeld nicht geben darf oder kann.“⁶¹

Antisemitismus gilt historisch bedingt im deutschen Kontext als besonders schwerwiegender Vorwurf. Die Angst vor diesem Vorwurf ist oftmals größer als die Angst vor dem Antisemitismus selbst.⁶² Im inneren Selbstgespräch mit dem Leitsatz „Ich bin kein Antisemit“ ist die Bereitschaft, dafür Begründungen zu suchen, deutlich größer als die Bereitschaft, sich gründlich mit den Mechanismen des Antisemitismus auseinanderzusetzen.

Jegliche Unterstellung des gesellschaftlich geächteten Antisemitismus gilt als hochgradig stigmatisierende, nahezu übergreifende Kategorie und symbolisiert eine Nähe zum Nationalsozialismus, von der sich die allermeisten Menschen aus guten Gründen deutlich distanzieren. So entsteht ein Paradox: Es gibt zahlreiche Betroffene, aber kaum bekennende Antisemiten. Die Weigerung, Haltungen oder Handlungen als antisemitisch zu benennen, führt zu deren Ver-

⁵⁸ Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH), 2025d.

⁵⁹ Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH), 2025e.

⁶⁰ Schwarz-Friesel, 2020, S. 173.

⁶¹ Bernstein, 2021.

⁶² Bernstein, 2020a.

harmlosung und befördert vielfältige Arten der Bagatellisierungen und Relativierungen von Antisemitismus, wie beispielsweise in der Forschung über Antisemitismus an Schulen festgestellt wurde.⁶³ Als gesellschaftlich geächtetes Phänomen sucht Antisemitismus nach Rechtfertigung und Legitimation. Das geschieht über Formeln wie „Ich habe nichts gegen Juden, aber Israel ...“ – also als Ausdruck einer Umwegkommunikation - und Chiffren: Man spricht dann nicht von „Juden“, sondern von „Zionisten“, den „Rothschilds“ oder von „Eliten“, „Globalisten“ – und ähnlichen Ersatzbegriffen.⁶⁴

Die zugrunde liegende Prämisse erhebt die Meinungsfreiheit zum höchsten Gut einer demokratischen Gesellschaft. Daraus leitet sich der Impuls ab, jede im Anspruch, eine Meinung zu repräsentieren, geäußerte Positionierung zu respektieren und wertzuschätzen – andernfalls gilt man schnell als autoritär oder diskriminierend. Doch was geschieht, wenn diese Meinung antisemitisch ist?⁶⁵ Wer alte antisemitische Narrative im neuen Gewand verwendet, weist dies häufig entschieden von sich und fühlt sich missverstanden – „man meint es doch gut“. Dass es jedoch auf die Wirkung und nicht auf die Intention ankommt, erschwert die Kommunikation mit den Betroffenen.⁶⁶ Vor dem Hintergrund unterschiedlicher diskursiver Rahmenbedingungen zeigt sich, dass im gesellschaftlichen Diskurs über Rassismus häufig Räume eröffnet werden, in denen auch Angehörige der Mehrheitsgesellschaft über eigene Verstrickungen in die Kolonialgeschichte sowie über die Privilegien des Weißseins reflektieren und öffentlich Selbstkritik üben können. Mittlerweile gehören der Fokus auf die Betroffenenperspektive und die Auseinandersetzung mit tradierten kulturell-politischen Denkmustern der Mehrheitsgesellschaft zu den zentralen Elementen dieses Diskurses. Im Kontext von Antisemitismus hingegen werden jüdische Perspektiven häufig mit dem Hinweis auf ihre vermeintliche Subjektivität relativiert; es wird über sie gesprochen, statt mit ihnen. Zugleich fehlt vielfach die Bereitschaft, Antisemitismus als Bestandteil eigener Denkmuster oder des unmittelbaren sozialen Umfelds anzuerkennen. Im Unterschied zu anderen Diskriminierungsformen scheint jede Thematisierung von Antisemitismus einer Rechtfertigung zu bedürfen – der Frage, warum man „nur“ über Antisemitismus und nicht zugleich über Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit spricht.⁶⁷

Einerseits wird „Du Jude“ breit als Schimpfwort verwendet, andererseits wird die Verwendung zugleich vom Umfeld entschuldigt – als „nicht so gemeint“ oder „unbedacht“ – und damit in Schutz genommen.⁶⁸ Häufig werden paradoxe Weise diejenigen als „Betroffene“ bezeichnet, die eines antisemitischen Verhaltens beschuldigt werden – während die tatsächlichen Betroffenen antisemitischer Gewalt aus dem Blick geraten. Die Studie „Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen“ zeigt in diesem Zusammenhang, dass sich zwei Drittel der Bevölkerung um den Antisemitismusvorwurf Gedanken macht und es als „ungerecht“ empfindet, „wenn Menschen als „Antisemiten beschimpft werden“, und „35 % meinen, man solle solchen Personen „im Gespräch beistehen“.⁶⁹ Mehr als ein Drittel der Bevölkerung zeigt Verständnis und deutet Engagement als Form einer entrückten Zivilcourage für jene an, die sich

63 Ebd.

64 Siehe Schwarz-Friesel, 2020; Bernstein/Brehm, 2025.

65 Bernstein, 2021.

66 Bernstein, 2020a.

67 Zum Unterschied zwischen Rassismus und Antisemitismus siehe Bernstein, 2020a.

68 Bernstein, 2020a.

69 Beyer et al., 2024, S. 5.

als von einem Antisemitismusvorwurf betroffen gerieren – nicht jedoch gegenüber den tatsächlichen Betroffenen. Jüdinnen und Juden in Deutschland berichten dagegen von Enttäuschung über ausbleibende Solidarität und über das laute Schweigen nach dem 7. Oktober.⁷⁰ Statt Empathie und Solidarität nach dem 7. Oktober berichten viele jüdische Akteur:innen von einer Fremdwahrnehmung, die ihre jüdischen Identität und Persönlichkeit auf einen traumatisierten Opferstatus reduziert- oder vom Druck, zum Krieg in Gaza Stellung zu beziehen und politisch-ideologisch zu sprechen, statt biografisch.⁷¹

Obwohl jüngst 1700 Jahre jüdischer Präsenz in Deutschland gefeiert wurden, bleiben Jüdinnen und Juden vielfach „domestizierte Fremde“⁷², über die man wenig weiß. Gerade beim Thema Antisemitismus herrschen häufig eklatante Wissenslücken über seine Formen und Mechanismen vor – zugleich aber eine spürbare Überdrüssigkeit, weil viele den Eindruck haben, es sei bereits „zu oft“ darüber gesprochen worden.⁷³ Monika Schwarz-Friesel hebt den in diesem Zusammenhang relevanten phantasmatisch-projektiven Gehalt des Antisemitismus hervor: „Antisemiten rekurrieren auf eine „gefühlte Wahrheit“, auf abstrakte Konzepte ohne empirische Erfahrungsbasis“.⁷⁴ Bezeichnenderweise sind antisemitische Angriffe oder Anschläge, ausgehend vom phantasmatisch-projektiven Judenbild, teils Anlass dafür, dass Wissenslücken über das Judentum deutlich hervortreten: wurde „Jom Kippur“ in der Öffentlichkeit erst nach dem Anschlag von Halle 2019 stärker verwendet, und „Simchat Tora“ wurde vielen erst nach dem 7. Oktober 2023 ein Begriff.⁷⁵

2. Abwehr und Schlussstrichmentalität als Nährboden für Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023

„Wie lange sollen wir noch leiden?“- fragte ein Mann aus dem Publikum nach dem Vortrag von Julia Bernstein über Antisemitismus, Bagatellisierung und Alltagsnutzung der Begriffe „Bis zum Vergasen“, „Arbeit macht frei“ und „Jedem das Seine“.⁷⁶ Es ist wichtig, festzuhalten, in welcher Tradition die diskursive Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Deutschland – als Post-Shoah-Land – stattfindet. Dieser diskursive Raum ist bis heute häufig von Schweigen über eigene Verstrickungen und von Schamgefühlen – auch in nachfolgenden Generationen – geprägt. In der deutschen Erinnerungskultur haben sich ritualisierte Leerformeln der Ächtung des Antisemitismus herausgebildet, die als integraler Bestandteil von Entlastungs- und Aufwertungsprozessen der deutschen kollektiven Identität fungieren. Die Slogans „Nie wieder“ und „Wehret den Anfängen“ erscheinen dabei als leere Hülsen und nicht zu konkretem Handeln verpflichtende Lippenbekenntnisse, die entweder auf die Gedenktage am 9.11. und 27.1. reserviert werden oder beim für viele „plötzlich“ auftauchenden Antisemitismus reflexhaft ertönen. Sie werden außerdem bevorzugt von linken Gruppierungen für die Abwehr nationaler und vermeintlich rassistischer Tendenzen gebraucht, für die Antisemitismus nicht konstitutiv ist. Jüdinnen und Juden kommen in diesen Reden oft als traumatisierte Objekte oder in schwarz-weißen Bildern der Vergangenheit vor, als seltene, aufzubewahrende Überbleibsel. Fragt man hingegen junge Menschen, was die Geschichte mit ihnen persönlich zu tun hat, wird sie eher

⁷⁰ Bernstein, 2020a; Bernstein/Diddens, 2025; Bernstein/Brehm, 2025.

⁷¹ Bernstein/Brehm, 2025.

⁷² Bernstein, 2024.

⁷³ Bernstein, 2020a.

⁷⁴ Schwarz-Friesel, 2020, S. 182.

⁷⁵ Bernstein, 2024.

⁷⁶ Bernstein, 2020b.

als Belastung empfunden. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung (2022) zeigt, dass nur 35 % der Deutschen die Aussage bejahen, das deutsche Volk habe eine besondere Verantwortung gegenüber Juden.⁷⁷ Eine von der ZEIT beauftragte repräsentative Onlinebefragung „Haltung der Deutschen zum Nationalsozialismus“ (2020) zeigt: 49 % stimmen (voll und ganz bzw. eher) der Aussage zu, dass man „wann immer von den Verbrechen des Nationalsozialismus die Rede ist, Betroffenheit zeigen muss – und das nervt mich.“⁷⁸ Diese Befragung entlarvt die Popularität der „Vogelschiss-These“ von Alexander Gauland und ähnlichen Ansichten, indem 43 % (voll und ganz bzw. eher) die Aussage bejahen, die „zwölf Jahre des Nationalsozialismus“ nähmen gemessen an der langen Geschichte des Landes „einen viel zu großen Stellenwert“ ein. Nur drei Prozent geben an, der Großteil ihrer Familie sei „Befürworter des Nationalsozialismus“ gewesen.⁷⁹ Die Studie Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr (2024) stellt 47 % Zustimmung zu einem „Schlussstrich“ unter die Vergangenheit des Holocaust fest.⁸⁰ Eine von der ZEIT beauftragte Policy-Matters-Umfrage (2025) zeigt, dass 55 % der Deutschen einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit ziehen wollen, und 59 % glauben, dass die ständige Erinnerung an den Nationalsozialismus ein „gesundes Nationalbewusstsein“ verhindert.⁸¹ Laut der MEMO-Studie (2025)⁸² wünschen sich 38 % der Befragten, „einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit zu ziehen“.⁸³ Eine mediale Auswertung verweist darauf, dass insbesondere jüngere Befragte diesen Wunsch häufiger äußern. In der Leipziger Autoritarismus-Studie (2024) geben 51,5 % an, sie seien der Meinung, es herrsche „keine Meinungsfreiheit, solange man sich nicht offen zum Holocaust äußern darf“.⁸⁴ Die Studie Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024 (2024) zeugt von einem ähnlich hohen Anteil: Rund 50 % der Befragten stimmen der Aussage zu, „es solle möglich sein, den Holocaust kritisch zu betrachten“.⁸⁵ Diese Befunde verdeutlichen, dass normative Selbstvergewisserungsformeln wie „Nie wieder“ zunehmend von Diskursen überlagert werden, die Zweifel säen, Relativierungen normalisieren und Verantwortung abwehren.

Die Universalisierung des Leids setzt voraus, dass Leiden und Verbrechen primär allgemein-menschliche Phänomene seien und daher universell vergleichbar. In dieser Logik ließe sich die Schoah gemeinsam mit kolonialen und anderen Gewalttaten verhandeln, damit sich „alle“ gleichermaßen angesprochen fühlen. Die Folge ist jedoch der Versuch, es allen zugleich recht zu machen: Es entsteht im besten Fall eine Kakophonie konkurrierender Opferperspektiven, in der das eigene Leid mit dem Leid der Jüdinnen und Juden während der Schoah in direkten Vergleich gesetzt wird.⁸⁶ Dabei wird die spezifische Thematisierung antisemitischer Gewalt nicht selten als ermüdend oder moralisierend abgewertet.

Die seit einigen Jahren nahezu selbstverständliche antiisraelische Haltung als Bestandteil einer Mainstream-Position beruft sich auf den moralischen Anspruch von Gerechtigkeit und histori-

77 Bertelsmann Stiftung, 2022.

78 Die Zeit/policy matters, 2020.

79 Die Zeit/policy matters, 2020, S.40.

80 Beyer et al., 2024.

81 Staas, 2025.

82 EVZ/IKG, 2025.

83 EVZ/IKG, 2025.

84 Decker et al., 2024.

85 Beyer et al., 2024.

86 Bernstein, 2021.

scher Verantwortung: Aus Schuld- und Schamgefühlen heraus sehen sich viele veranlasst, sich demonstrativ auf die Seite der als unterdrückt wahrgenommenen Minderheiten – in dem Falle der Palästinenser – zu stellen. Dabei wird der Bruch mit vermeintlichen Tabus inszeniert, und die eigene Haltung wird als Akt des Widerstands sowie des Engagements „für die gute Sache“ verstanden.⁸⁷

Tatsächlich haben viele nicht gelernt, über Antisemitismus als tabuisiertes Thema ohne starke Abwehrreaktionen zu sprechen und offen zu reflektieren. Entsprechend berichten insbesondere Akteur:innen im Bildungsbereich von Überforderung und Verunsicherung im Umgang mit Antisemitismus.

3. Antisemitismus in gebildeten Schichten nach dem 7. Oktober 2023

Entgegen der weit verbreiteten Annahme, Antisemitismus sei vor allem an den gesellschaftlichen Rändern oder in sozioökonomisch schwächeren Milieus verankert und in gebildeten oder akademischen Schichten kaum präsent, zeigen sowohl historische Befunde als auch aktuelle Evidenzen das Gegenteil. Zahlreiche einflussreiche Intellektuelle und Wissenschaftler:innen – darunter Werner Sombart, Oswald Spengler, Gottlob Frege, Carl Schmitt und Martin Heidegger – verbanden hohe Bildung und intellektuelle Reputation mit deutlich antisemitischen Weltbildern und trugen auf unterschiedliche Weise zur kulturellen und ideologischen Legitimation des Antisemitismus bei. Während des Nationalsozialismus gehörten die Universitäten zu den ersten Institutionen, die jüdische Lehrende systematisch ausschlossen; viele ihrer nichtjüdischen Kolleg:innen setzten ihre akademischen Karrieren nach 1945 nahezu ungebrochen fort, während die entrichteten jüdischen Wissenschaftleri:innen in der Regel ihre Positionen nicht zurückhielten.⁸⁸ Die meisten NS-Täter:innen wurden weder bestraft noch sanktioniert. Auch die vermeintliche Aufarbeitung, etwa im Zuge der 1968er-Bewegung als Protest gegen die in den Nationalsozialismus verstrickte Elterngeneration oder im Zuge der bekenntnisförmigen deutschen Erinnerungskultur, ging mit kollektiver Schuldabwehr einher und bedeutete weder eine Sensibilisierung für die familiäre Verstrickung in die NS-Geschichte noch für (israelbezogenen) Antisemitismus oder genuin jüdische Perspektiven.

Die De-Thematisierung bzw. das Verschweigen der eigenen Verstrickung im Nationalsozialismus von Universitäten und zahlreicher weiterhin als prominent geltender Akademiker wurde zum integralen Teil mehrerer Fachtraditionen.⁸⁹ Diese historische Kontinuität verdeutlicht, dass Bildung und intellektuelle Reflexionsfähigkeit nicht vor antisemitischen Denkmustern schützen – ein Befund, den auch aktuelle Studien bestätigen.⁹⁰ Gerade die Orte, an denen Denken, Kritikfähigkeit und Selbstreflexion gelehrt werden sollen – Universitäten, Kunst- und Kultureinrichtungen – sind heute erneut zu Schauplätzen antisemitischer Narrative, Ausgrenzungen und Relativierungen geworden. Gebildete Menschen verfügen eher über die Kompetenz, soziale Erwünschtheit in Befragungen zu antizipieren und antisemitische Einstellungen zu legitimieren bzw. zu verschleiern. Diese als zivilisiert gekleidete Form des gebildeten Antisemitismus-Habitus beschreibt Zsolt Balkanyi-Guery zutreffend im schweizerischen Kontext als „höflich“,

⁸⁷ Bernstein, 2021.

⁸⁸ Diddens, 2022.

⁸⁹ Siehe etwa Diddens, 2024.

⁹⁰ Dazu Schwarz-Friesel/Reinharz, 2013; Beyer et al., 2024; Sosada, 2025.

„diskret und scheinbar vernünftig“ „sachlich, aber durchdrungen vom alten Bedürfnis, jüdische Stimmen zu relativieren“. Er spricht von mentalen Strukturen „als moralische Selbstvergewisserung: korrekt, anständig, aber tödlich gleichgültig“.⁹¹

Eine internationale Studie von Brendan Nyhan et al. (2024) zeigt, dass ein höherer Bildungsgrad nicht zwangsläufig mit geringeren antisemitischen Einstellungen einhergeht – in mehreren Ländern wiesen hochgebildete Befragte sogar stärkere Zustimmung zu antisemitischen Stereotypen auf, wenn gesellschaftliche oder politische Gegenmechanismen fehlten.⁹² Auch die Untersuchung von K. Lasson (2011) zeigt, dass Antisemitismus auch im akademischen Umfeld fortbesteht: Jüdische Perspektiven und Erfahrungen werden häufig strukturell marginalisiert – etwa durch Ignoranz gegenüber antisemitischen Vorfällen oder den Ausschluss jüdischer Anliegen aus Diskursen zu Diversität und Gleichstellung.⁹³

Nach der Hochschulstudie von Hinz et al. berichten Studierende, die Antisemitismus an Hochschulen erlebt haben, dass 77 % der Vorfälle von Kommiliton:innen und 17 % von Lehrenden ausgehen; zudem geben Betroffene an, dass 12 % der Vorfälle von der Hochschulleitung und vier Prozent von der Verwaltung ausgehen.⁹⁴ Dabei korreliert das Vorhandensein pro-israelkritischer Gruppen auf dem Campus stark mit einer höheren Zahl antisemitischer Vorfälle.⁹⁵ Selbst aus der in Bezug auf Antisemitismusfragen methodisch umstrittenen Berliner Demonstrationsstudie (FU Berlin/DeZIM 2024) geht hervor, dass bei den propalästinensischen Großdemonstrationen vom 27. September 2024 rund 58 Prozent der Teilnehmenden über einen Hochschulabschluss und 6 Prozent über eine Promotion verfügten.⁹⁶ Jikeli und sein Team haben in der Studie „Antisrael Campus Groups: Online Networks & Narratives“ herausgearbeitet, dass auf dem Hochschulcampus zunehmend organisierte, pro-palästinensische Bewegungen als zentrale Knotenpunkte aktiv sind, u. a. Students for Justice in Palestine (SJP).⁹⁷ Es besteht eine starke Korrelation zwischen der Präsenz solcher Gruppen und der Häufigkeit antisemitischer Vorfälle auf dem Campus. Die Analyse zeigt, dass in den Online-Netzwerken dieser Gruppen Begriffe wie „Widerstand“ oder „Märtyrertod“ sowie Gewalt- und Tötungsbilder zunehmend normalisiert werden.⁹⁸ Fakultätsmitglieder, Graduate-Studentenvertretungen und mitunter jüdische anti-zionistische Gruppen fungieren als intellektuelle Legitimationsinstanzen für radikale Narrative.

91 Balkanyi-Guery, 2025.

92 Nyhan et al., 2024.

93 Lasson, 2011.

94 Hinz et al., 2024, S. 21.

95 Jikeli/Miehling, 2025.

96 Wagner, 2025.

97 Jikeli/Miehling, 2025.

98 Ebd.

Fazit

Wie auch in der Gesamtgesellschaft, hat der Antisemitismus im Hochschulkontext seit dem 7. Oktober 2023 in Häufigkeit, Intensität und gesellschaftlicher Sichtbarkeit deutlich zugenommen. Hochschulen spiegeln nicht nur gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, sondern fungieren zunehmend als Resonanzräume antisemitischer Narrative, insbesondere in Form israelbezogener Feindbilder, die vielfach als „legitime Kritik“ getarnt werden. Die verbreitete Annahme, Bildung schütze vor antisemitischen Einstellungen, erweist sich als unzutreffend: Auch in akademischen Milieus reproduzieren sich tradierte antisemitische Denkmuster, oft in vermeintlich zivilisierter, diskursiv legitimierter Form. Darüber hinaus resoniert in Hochschulen eine Form eines aktivistischen Antisemitismus, das heißt eine Form, die aufgrund ihres politisch-doktrinären und aktivistisch-organisatorischen Charakters eine hervorgehobene Gefahr für jüdische Hochschulangehörige darstellt.⁹⁹

Diese Konstellation führt zu einer besonderen Ambivalenz: Hochschulen verstehen sich als Orte von Aufklärung und Meinungsfreiheit, versagen aber häufig im Schutz jüdischer Mitglieder vor Diskriminierung und Gewalt.

Die empirischen Befunde des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender belegen, dass sowohl jüdische als auch nichtjüdische Lehrende, die sich mit Antisemitismus oder Israel befassen, Anfeindungen, Bedrohungen und institutioneller Gleichgültigkeit ausgesetzt sind. Neben individuellen Traumatisierungen entstehen strukturelle Effekte – Schweigen, Rückzug, Selbstzensur –, die akademische Freiheit und wissenschaftliche Integrität gefährden.

Das Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender reagiert auf diese Entwicklungen mit einer doppelten Strategie: Es schafft Schutz- und Solidarräume für Betroffene und formuliert zugleich institutionelle Forderungen zur Prävention, Aufklärung und Professionalisierung im Umgang mit Antisemitismus. Um diese strukturellen Veränderungen zu etablieren, arbeitet das Netzwerk daran, das Bewusstsein und die Sensibilisierung für jüdisches Leben, die unterschiedlichen Definitionen von Antisemitismus (insbesondere dem modernen israelbezogenen Antisemitismus) sowie die aktuelle Lage und entsprechende Gegenmaßnahmen an Hochschulen zu fördern und weiterzuentwickeln.

Seine Arbeit verdeutlicht, dass Antisemitismus an Hochschulen nicht nur als individuelles Fehlverhalten, sondern als strukturelles und kulturelles Problem zu begreifen ist. Eine nachhaltige Veränderung erfordert institutionelle Verantwortung, klare normative Positionierung und eine fachspezifische Antisemitismusexpertise – erst dann können Hochschulen ihrem eigenen Anspruch als Orte der kritischen Reflexion und Humanität gerecht werden.

⁹⁹ Siehe Jikeli 2015; Gruber 2025.

Literaturverzeichnis

American Jewish Committee (AJC) Germany (2025) Lagebericht Antisemitismus in Deutschland. https://ajcgermany.org/system/files/document/Lagebericht_digital.pdf [Stand 31.10.2025].

Anti-Defamation League (ADL) (2024a): Audit of Antisemitic Incidents 2023. www.adl.org/audit-antisemitic-incidents [Stand 31.10.2025].

Anti-Defamation League (ADL) (2024b): Significant Increase in Campus Anti-Israel Activity Marked by Support for Terror and Incidents Targeting Jewish Students, ADL Report Finds. <https://www.adl.org/resources/press-release/significant-increase-campus-anti-israel-activity-marked-support-terror-and> [Stand 31.10.2025].

Anti-Defamation League (ADL) (2025) Audit of Antisemitic Incidents 2024. <https://www.congress.gov/119/meeting/house/118469/documents/HHRG-119-ED00-20250715-SD005.pdf> [Stand 31.10.2025].

Balkanyi-Guery, Zsolt (2025) Antisemitismus der Anständigen. Judenhass in der Schweiz ist brandgefährlich, weil er so höflich und diskret daherkommt. In: Jüdische Allgemeine, 27. Oktober 2025. <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/antisemitismus-der-anstaendigen/> [Stand 31.10.2025].

Balke Ralf (2025) Horror der roten Hände 12.10.2025. <https://www.hagalil.com/2025/10/der-horror-der-roten-haende/> Stand 31.10.2025].

Bancevski, Bojan (2025) Nearly Half of Adults Worldwide Hold Antisemitic Views, Survey Finds. <https://www.wsj.com/world/nearly-half-of-adults-worldwide-hold-antisemitic-views-survey-finds-574a1766> [Stand 31.10.2025].

Bertelsmann Stiftung (2022) Israelis blicken positiver auf Deutschland als Deutsche auf Israel. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2022/september/israelis-blicken-positiver-auf-deutschland-als-deutsche-auf-israel> [Stand 31.10.2025].

Bernstein, Julia (2020a) Antisemitismus an Schulen in Deutschland: Befunde – Analysen – Handlungsoptionen. Beltz Juventa, Weinheim.

Bernstein, Julia (2020b) Der schwierige Umgang mit dem Erbe – Die nationalsozialistische Vergangenheit und ihre Giftpfeile in der heutigen Alltagssprache. In: Jüdische Allgemeine, 27. Januar 2020. <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/der-schwierige-umgang-mit-dem-erbe/> [Stand 31.10.2025].

Bernstein, Julia (2021) Wer kann uns schützen? In: Jüdische Allgemeine, 02.12.2021. <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/wer-kann-uns-schuetzen/> [Stand 31.10.2025].

Bernstein, Julia (2024) „Antisemitismus wiederholt sich nicht, Antisemitismus setzt sich fort“. In: Jüdische Allgemeine, 01.12.2024. <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/antisemitismus-wiederholt-sich-nicht-antisemitismus-setzt-sich-fort/> [Stand 31.10.2025].

Bernstein, Julia; Brehm, Alina (2025): Zwischen Verstecken und Flagge zeigen. Junges jüdisches Leben in München und Antisemitismuserfahrungen vor und nach dem 7. Oktober. https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:e73769c6-a69c-44f7-bfda-f23d39d305aa/Studie_Zwischen%20Verstecken%20und%20Flagge%20zeigen_final.pdf [Stand 31.10.2025].

Bernstein, Julia; Diddens, Florian (2025): Zwischen Hammer und Amboss. Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und des Terrorangriffs der Hamas auf Israel auf jüdisches Leben in Deutschland. Nomos, Baden-Baden / Frankfurt am Main.

Bernstein, Julia (2025) DAVO: Feindbild und Ausschluss, In: Jüdische Allgemeine, 29.10.2025. www.juedische-allgemeine.de/kultur/davo-feindbild-und-ausschluss/2005 [Stand 31.10.2025].

Beyer, Heiko; Krumpal, Ivar (2010): „Aber es gibt keine Antisemiten mehr“: Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62, S. 681–705.

Beyer, Heiko (2015): Theorien des Antisemitismus: Eine Systematisierung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS), 67 (3).

B'nai B'rith International; democ; European Union of Jewish Students (2025) A Climate of Fear and Exclusion: Antisemitism at European Universities. <https://bnaibrith-org-wpom.nyc3.cdn.digitaloceanspaces.com/wp-content/uploads/2025/08/FINAL-A-climate-of-fear-and-exclusion-Antisemitism-at-European-universities.pdf> [Stand 31.10.2025].

Beyer, Heiko; Rensmann, Lars; Jäger, David; Brögeler, Hanna; Schulz, Carina (2024) Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2024. https://www.sozwiss.hhu.de/fileadmin/redaktion/Fakultaeten/Philosophische_Fakultaet/Sozialwissenschaften/Soziologie_IV/Dateien/Abschlussbericht_Antisemitismus_in_NRW_Beyer_Rensmann_et_al-1.pdf [Stand 31.10.2025].

Brown, Thomas (2025) Antisemitism on University Campuses. Research Briefing. House of Lords Library. <https://lordslibrary.parliament.uk/antisemitism-on-university-campuses/> [Stand 31.10.2025].

Bundesverband RIAS e. V. (2025) Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2024. https://report-antisemitism.de/documents/04-06-25_RIAS_Bund_Jahresbericht_2024.pdf [Stand 31.10.2025].

Combat Antisemitism Movement (2025a) Global Antisemitism Incidents Rise 107,7 % in 2024, Fueled by Far-Left Surge, CAM Annual Data Study Reveals. <https://combatantisemitism.org/studies-reports/global-antisemitism-incidents-rise-107-7-in-2024-fueled-by-far-left-surge-cam-annual-data-study-reveals/> [Stand 31.10.2025].

Combat Antisemitism Movement (2025b) Antisemitic Incidents Remain Elevated Globally in April Amid Renewed Gaza Fighting. <https://combatantisemitism.org/studies-reports/antisemitic-incidents-remain-elevated-globally-in-april-amid-renewed-gaza-fighting/> [Stand 31.10.2025].

Community Security Trust (2025) Antisemitic Incidents 2024. <https://cst.org.uk/research/cst-publications/antisemitic-incidents-2024> [Stand 31.10.2025].

Culina, Kevin (2025) Ruf nach Israel-Boykott: Wie sich deutsche Nahostwissenschaftler gegen den jüdischen Staat stellen. In: Die Welt. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article68fa2c5d59e2e09750709735/ruf-nach-israel-boykott-wie-sich-deutsche-nahostwissenschaftler-gegen-den-juedischen-staat-stellen.html> [Stand 31.10.2025].

Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (2024): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: dies. (Hrsg.): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen – Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Psycho-sozial-Verlag, Gießen. <https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Sonstiges/Leipziger%20Autoritarismus%20Studie%202024.pdf> [Stand 31.10.2025].

Diddens, Florian (2022): Nüchtern- gegen Betroffenheit. Zur Geschichte der Forschung über die Shoah in Deutschland. In: Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai: Die Shoah in Bildung und Erziehung heute. Weitergaben und Wirkungen in Gegenwartsverhältnissen. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Die Zeit/policy matters – (2020): Zeitstudie – Haltung der Deutschen zum Nationalsozialismus. Durchgeführt von policy matters (PMG) im Auftrag von DIE ZEIT in Kooperation mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ). <https://www.zeit.de/2020/19/zeit-umfrage-erinnerung-skultur.pdf> [Stand 31.10.2025].

Eichner, Itamar (2025) Global antisemitism remains high in 2024, with sharp surges in Italy and Australia, report finds. <https://www.ynetnews.com/article/hj8vbblkee> [Stand 31.10.2025].

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) (2024): Jewish People's Experiences and Perceptions of Antisemitism. <https://fra.europa.eu/en/publication/2024/experiences-and-perceptions-antisemitism-third-survey> [Stand 31.10.2025].

Golany, Boaz; Carmi, Rivka; Buchnik, Tsipy; Barzani, Ella; Katz-Shacham, Oshrat; Tamir, Golan; Goldberg, Yair (2025): Report Scholar Shield. Samuel Neaman Institute. https://www.neaman.org.il/wp-content/uploads/2025/06/Report_Scholar-Shield-Report-ENG_V4.pdf [Stand 31.10.2025].

Gruber, Julius (2025): „Free the World from Israel“ – Antisemitismus auf Versammlungen infolgedes 7. Oktober 2023. In: Bundesverband RIAS (Hrsg.): Politischer Antisemitismus in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023. Dynamiken – Akteure – Wirkungen, S. 17-79.

Hillel International (2025): Antisemitic Incidents on Campus at Record High in Past School Year. <https://www.hillel.org/antisemitic-incidents-on-campus-at-record-high-in-past-school-year/> [Stand 31.10.2025].

Hinz, Thomas; Marczuk, Anna; Multrus, Frank (2024): Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen. Universität Konstanz. <https://kops.uni-konstanz.de/server/api/core/bitstreams/8b7c707e-dcb6-4c47-b642-d416487780ea/content> [Stand 31.10.2025].

Hinz, Thomas; Marczuk, Anna; Multrus, Frank (2025): Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen. Universität Konstanz. https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/2025/studie_antisemitismus_an_hs.pdf?blob=publicationFile&v=1 [Stand 31.10.2025].

Holocaust Remembrance Association (2025): Jewish Agency Report: Between 2022 and 2024 Global Antisemitism Surged 340 %. <https://holocaustremembranceassociation.org/jewish-agency-report-between-2022-and-2024-global-antisemitism-surged-340/> [Stand 31.10.2025].

Hoyer, Jessica (2025): Umwegkommunikation. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Glossar Antisemitismus. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/glossar-antisemitismus/559904/umwegkommunikation/> [Stand 31.10.2025].

Jikeli, Günther (2015): A Framework for Assessing Antisemitism: Three Case Studies. In: Alvin H. Rosenfeld (Hrsg.): Deciphering the New Antisemitism, Indiana University Press, S. 43-76.

Jikeli, Günther; Miehling, Daniel (2025): Anti-Israel Campus Groups: Online Networks & Narratives. Knowledge Commons, Bloomington, Indiana. <https://isca.indiana.edu/publication-research/social-media-project/current-projects/anti-israel-campus-groups.html> [Stand 31.10.2025].

Jüdische Studierendenunion Deutschland (2025): Wissenschaftsfreiheit verteidigen heißt Antisemitismus bekämpfen. Forderungskatalog der Jüdischen Studierendenunion Deutschland gegen Antisemitismus an Hochschulen. https://ugc.production.linktr.ee/216474dd-6b01-4b6b-9b96-9a25907e9c73_Forderungskatalog-der-JSUD-gegen-Antisemitismus-an-Hochschulen.pdf [Stand 31.10.2025].

Lasson, Kenneth (2011) In an Academic Voice: Antisemitism and Academy Bias. University of Baltimore School of Law, Faculty Publications. https://scholarworks.law.ubalt.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=&httpsredir=1&article=2038&context=all_fac [Stand 31.10.2025].

Matthews, David 2025: Global research collaboration with Israel sharply down this year. In: Science/Business. <https://sciencebusiness.net/news/international-news/global-research-collaboration-israel-sharply-down-year> [Stand: 31.10.2025].

Menusier, Antoine (2025): L'Uni de Genève prépare un partenariat avec une université palestinienne 2025, 31.10.2025. <https://www.watson.ch/fr/suisse/jerusalem/325972723-l-uni-de-geneve-elabore-un-partenariat-avec-l-universite-al-quds> [Stand 31.10.2025].

Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH) (2025a) Pressemitteilungen. <https://n-j-h.de/pressemitteilung/> [Stand 31.10.2025]

Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH): (2025b) Videos. <https://n-j-h.de/videos/> [Stand 31.10.2025].

Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH) (2025c): Jüdische Anlaufstellen und jüdische Vertrauensdozentinnen. <https://n-j-h.de/juedische-anlaufstellen/> [Stand 31.10.2025].

Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH) (2025d): Handreichungen. <https://n-j-h.de/handreichungen/> [Stand 31.10.2025].

Netzwerk jüdischer Hochschullehrender (NJH) (2025e): Sicherung jüdischen Lebens auf dem Campus – 15 Forderungen an die Universitäten. <https://n-j-h.de/sicherung-juedischen-lebens-auf-dem-campus/> [Stand 31.10.2025].

Nyhan, Brendan; Yamaya, Shun; Zeitzoff, Thomas (2024): Antisemitism Study: Education Does Not Necessarily Increase Tolerance. Dartmouth College, Faculty of Arts and Sciences News. <https://fas.dartmouth.edu/news/2024/07/antisemitism-study-education-does-not-necessarily-increase-tolerance> [Stand 31.10.2025].

Reuters (2025): Antisemitic and Anti-Israeli Attacks Around the World Since October 7, 2023. <https://www.reuters.com/world/americas/antisemitic-anti-israeli-attacks-around-world-since-october-7-2023-2025-10-02/> [Stand 31.10.2025].

Sasson, Theodore; Eilam, Shahar; Lief, Derek (2024): How Israel Should Respond to Pro-Palestinian Protests on US Campuses. Institute for National Security Studies (INSS), Tel Aviv. <https://www.inss.org.il/publication/us-campuses/> [Stand 31.10.2025].

Schmoll, Heike (2025) Antisemitismus an Unis: „Was nicht strafrechtlich relevant ist, wird ignoriert“. In: faz. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/antisemitismus-an-unis-was-nicht-strafrechtlich-relevant-ist-wird-ignoriert-accg-110731807.html> [Stand 31.10.2025]

Schwarz-Friesel, Monika (2020) Antisemitismus im Web 2.0 – Judenhass zwischen Kontinuität und digitaler Adaptation. In: Kiesel, Doron / Eppstein, Tobias (Hg.): „Du Jude“. Antisemitismus-Studien und ihre pädagogischen Konsequenzen. Henrich & Henrich, Berlin / Leipzig.

Schwarz-Friesel, Monika; Reinhartz, Jehuda (2013) Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. De Gruyter, Berlin.

Sosada, Joanna (2025): Gebildeter Antisemitismus an Universitäten in Deutschland: Orte der Toleranz? Interdisziplinäre Antisemitismusforschung – Interdisciplinary Studies on Antisemitism, Bd. 17. Nomos, Baden-Baden.

Staas, Christian (2025): Erinnerungskultur: Wollen die Deutschen noch hinschauen? In: Die Zeit, Nr. 13. <https://www.zeit.de/2025/13/erinnerungskultur-nationalsozialismus-umfrage-rechtsruck-afd> [Stand 31.10.2025]

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ); Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld (2025): Gedenkanstoß MEMO-Studie zum Status quo der Erinnerungskultur in Deutschland. <https://www.stiftung-evz.de/was-wir-foerdern/gedenkanstoess-memo-studie/> [Stand 31.10.2025].

Zentralrat der Juden in Deutschland (2024): Lagebild: Auswirkungen des Kriegs in Israel auf die jüdischen Gemeinden in Deutschland. Ein Jahr nach dem Hamas-Angriff vom 7. Oktober. https://www.zentralratderjuden.de/wp-content/uploads/2025/03/ZDJ_GC-War_3009b-1.pdf [Stand 31.10.2025].

Forderungen und Einsichten

Perspektiven des Verbandes jüdischer Studierender Hessen

Ich hatte mich über die Einladung, am Fachtag sprechen zu können, sehr gefreut.
Im Folgenden wird meine Rede am Ende des Fachtags im Wortlaut dokumentiert.

Liebe alle,

mein Name ist Ilana Inna Ponomarenko. Ich studiere Internationale Strafjustiz an der Universität Marburg und bin Vorstandsmitglied des Verbands Jüdischer Studierender in Hessen. In dieser Funktion spreche ich nicht nur für mich, sondern bemühe mich, die Stimmen vieler jüdischer Studierender aus ganz Hessen zu vertreten.

Mein Anliegen ist es, die Erfahrungen, Sorgen und Erwartungen, die uns als jüdische Studierende täglich begleiten, einzubringen. Dieses Wrap-up soll dabei nicht den Tag zusammenfassen, sondern benennen, welche Schlüsse sich aus dem heute Gehörten ziehen lassen, und welche Konsequenzen es aus unseren jüdischen Perspektiven heraus braucht. Es geht also nicht um eine Rückschau allein, sondern um eine Einordnung mit Blick nach vorn: Was folgt aus diesem Fachtag – und was ist jetzt konkret zu tun?

Wie RIAS Hessen zu Beginn aufzeigte, sind es die Bildungsinstitutionen, die bei den Meldungen, die 2024 in Hessen eingegangen sind, auf Platz 2 der Häufigkeit landeten. Das ist unsere Realität.

Die Erfahrungswirklichkeit jüdischer Studierender in Hessen zeigt, wie konkret das Problem ist.

Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir eine massive Zuspitzung antisemitischer Zustände an den Hochschulen. Es finden Veranstaltungen statt, in denen eine international anerkannte Terrororganisation als legitime Widerstandsgruppe dargestellt wird. Dozierende erwähnen in Seminaren offen ihre Unterstützung für die antisemitisch agierende BDS-Bewegung oder verteidigen Positionen, die empirisch widerlegt und antisemitisch sind – etwa, indem behauptet wird, bei den israelfeindlichen Ausschreitungen in Amsterdam im November 2024 habe es keine Gewalt gegen Israelis gegeben; das Ganze sei lediglich eine Inszenierung von „Islamhasern“ gewesen – so äußerte es eine Person an einer hessischen Hochschule.

Solche Aussagen sind nicht nur faktisch falsch – sie ignorieren etwa, dass bereits Tage vor den Ausschreitungen in Amsterdam in einschlägigen Chatgruppen offen von einer geplanten „Judenjagd“ die Rede war. Sie greifen zugleich auf antisemitische Stereotype zurück, delegitimieren jüdische Stimmen und untergraben ein sicheres Studienumfeld.

Gleichzeitig begegnen uns im studentischen Alltag offene Leugnungen antisemitischer Realität. Mir wurde beispielsweise als jüdischer Studentin von einem Kommilitonen ins Gesicht gesagt: „Es gibt keinen Antisemitismus, ihr Juden übertreibt nur.“

Das ist kein Ausrutscher, sondern Ausdruck einer Haltung, die jüdische Erfahrung nicht nur abwehrt, sondern delegitimiert. Und all das geschieht in einem Umfeld, in dem Lehrende häufig schweigen – selbst dann, wenn antisemitische Aussagen offen im Raum stehen.

Wer meint, das sei ein neuer Bruch in der Geschichte, irrt. Die Beiträge u.a. von Tobias Freimüller und Johannes Sosada haben deutlich gemacht: Hochschulen waren nie automatisch Orte der Aufklärung. Auch in der NS-Zeit waren es akademische Institutionen, die sich besonders schnell gleichschalteten.

Die von Johannes Sosada beschriebene Entstehung sogenannter „akademischer Antisemiten“ verweist auf die spezifische Rolle von Bildungsinstitutionen als Orte ideologischer Verfestigung.

Gerade dort, wo Wissen produziert und vermittelt wird, können sich Vorurteile besonders hartnäckig halten – wenn sie in wissenschaftliche Sprache verpackt und institutionell abgesichert sind. Antisemitische Denkmuster erscheinen dann nicht als Ideologie, sondern als Teil eines vermeintlich legitimen Diskurses. Der Rückgriff auf Wissenschaftlichkeit wird dabei oft genutzt, um Kritik abzuwehren – selbst dann, wenn die Inhalte längst von politischer Schlagseite geprägt sind.

Wo antisemitische Denkmuster sich in Strukturen verfestigen, braucht es Menschen, die dem spürbar etwas entgegensetzen.

Susanne Urban ist für viele jüdische Studierende in Marburg genauso eine Person: eine Stimme der Solidarität, eine Ansprechpartnerin, die zuhört, handelt und den Mut hat, Verantwortung sichtbar zu machen.

Wir danken ihr – für diesen Fachtag, aber auch für ihre alltägliche Arbeit. Sie zeigt uns: Sichtbarkeit, Schutz und jüdische Perspektiven sind nicht nur möglich, sie sind notwendig.

Genau solche Menschen braucht es an jeder Universität. Denn Antisemitismus ist nicht einfach nur „eine Form von Rassismus“ – seine Funktionslogik ist eigenständig, komplex und tief verankert. Wer ihn bekämpfen will, braucht Expertise, Haltung – und konkrete Strukturen.

Daraus ergeben sich aus unserer Sicht folgende Forderungen:

- Die Berufung unabhängiger, fachlich qualifizierter Antisemitismusbeauftragter an allen hessischen Hochschulen – mit Vollzeitressourcen und Beteiligung jüdisch-studentischer Stimmen bei der Auswahl. Ihre Präsenz und Wirksamkeit dürfen kein Ausnahmefall bleiben, sondern müssen zur dauerhaften Selbstverständlichkeit an jeder Universität werden. Zu jeder Zeit.

- Des Weiteren braucht es die Einrichtung von Lehrstühlen für Israel-Studien an hessischen Universitäten, auch und insbesondere an der Universität Marburg. Israel ist kein Randthema, sondern zentraler Bestandteil jüdischer Geschichte, Identität und Gegenwart – wissenschaftlich, politisch und kulturell.
Gerade das Centrum für Nah- und Mittelost-Studien in Marburg zeigt, was passiert, wenn Lehre thematisch einseitig wird: Seit Jahren ist das Institut ein Brennpunkt für israelfeindliche Narrative, strukturelle Schieflagen und Veranstaltungen, die antisemitische Muster reproduzieren.
- Es braucht eine wissenschaftlich fundierte und pluralistische Auseinandersetzung mit Israel – nicht trotz, sondern gerade wegen dieser Entwicklungen. Ein Lehrstuhl für Israel-Studien ist dafür keine Option, sondern eine Notwendigkeit.
- Darüber hinaus fordern wir eine verpflichtende antisemitismuskritische Bildung in der Lehrer:innenausbildung und Hochschuldidaktik – nicht als freiwilliges Zusatzangebot, sondern als integralen Bestandteil universitärer Ausbildung. Was heute oft als Workshop-Angebot auf freiwilliger Basis läuft, reicht nicht aus. Wer morgen unterrichtet oder lehrt, muss wissen, wie Antisemitismus funktioniert – historisch, strukturell und aktuell. Didaktik ohne antisemitismuskritisches Fundament riskiert, antisemitische Bilder zu reproduzieren oder jüdische Perspektiven zu ignorieren.

Wie Tania Elstermeyer heute sagte: „Antisemitismus kann an der Universität nur existieren, wenn es von Dozenten toleriert wird.“

Gerade in der Ausbildung von Lehrkräften braucht es klare Standards und verpflichtende Inhalte – nicht nur in Geschichte oder Politik, sondern auch in Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Sprach- und Kulturfächern.

Wenn wir das ernst nehmen, was auf diesem Fachtag deutlich geworden ist, dann darf Antisemitismus nicht mehr als „Spezialthema“ behandelt werden – sondern muss zum Prüfstein für eine diskriminierungskritische Hochschulbildung insgesamt werden.

Nicht zuletzt gilt: Sichtbarkeit jüdischen Lebens auf dem Campus braucht nicht nur Schutz, sondern aktive Förderung: durch strukturelle Unterstützung, eigene Räume, sichere Veranstaltungsformate und gezielte Maßnahmen gegen Vereinsamung, Angst und Isolation.

Wer jüdisches Leben nur als Sicherheitsrisiko denkt, übersieht: Sichtbarkeit heißt Teilhabe – und jüdische Präsenz darf nicht zur Gefahr werden.

Das Nicht-Mehr-Erscheinen in Seminaren, wie Christina Brüning beschrieben hat, ist sowohl mir als auch jüdischen FreundInnen von mir nur zu bekannt.

Die Förderung jüdischer Sichtbarkeit darf nicht vom Engagement Einzelner abhängen. Es braucht feste Budgets, personelle Ansprechstrukturen und klare Unterstützung für jüdisch-studentische Selbstorganisation – von Festen bis zu politischen Debatten.

Die von Sophie Brüss beschriebene Unsichtbarkeit der jüdischen und / oder israelischen Studierenden auf dem Campus, ist nicht weiter tragbar.

All diese Forderungen zeigen: Es geht nicht nur um strukturelle Veränderungen, sondern um eine grundlegende Haltung – gegenüber Verantwortung, gegenüber jüdischem Leben, gegenüber der Zukunft unserer Hochschulen.

Im Sinne der Ansprache von Julia Bernstein muss somit festgehalten werden: Sichtbarkeit, Schutz und Teilhabe entstehen nicht durch Absichtserklärungen, sondern durch konsequentes Handeln. Und genau das führt mich zum Schluss:

Erkenntnis allein reicht nicht – es braucht Veränderung

Dieser Tag und die daraus resultierenden Reflexionen haben deutlich gemacht, dass es Wissen, Forschung und Engagement gibt. Aber daraus allein entsteht keine Veränderung.

Veränderung entsteht nur, wenn Verantwortung übernommen wird.

Nicht jede Hochschule wird durch einen Aktionsplan zur Universität der Vielfalt – sondern dies geschieht erst, wenn sie bereit ist, sich selbst infrage zu stellen, Kritik zuzulassen – und Macht abzugeben.

Als Verband jüdischer Studierender Hessen verstanden wir diesen Tag im Sommer 2025 als Auftakt. Als Ausgangspunkt für Gespräche, Maßnahmen und Kooperationen, die über heute hinausgehen. Wir stehen dafür bereit. Und wir hoffen, dass Sie es auch tun.

Antisemitismus im Bildungskontext

Herausforderungen, Leerstellen und Handlungsbedarf

1. Ausgangslage

Antisemitismus in Deutschland ist kein Randphänomen, sondern in gesellschaftlichen Strukturen tief verankert. Im Bildungskontext tritt er in unterschiedlichen Formen auf: von subtilen Mikroaggressionen über diskriminierende Sprache bis hin zu offener Gewalt. Mit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 verschärft sich diese ohnehin prekäre Lage massiv. OFEK e.V. die Beratungsstelle nach antisemitischer Gewalt und Diskriminierung mit bundesweiter Ausrichtung verzeichnet nach dem Massaker der Hamas ein zehnfach gestiegenes Beratungsaufkommen im Vergleich zum Vorjahr¹. Diese Dynamiken spiegeln sich in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen wider: Sie sind nicht nur Abbild gesellschaftlicher Spannungen, sondern auch Spannungsfelder kontroverser Auseinandersetzungen. Auf Schulhöfen und in Hörsälen wird Antisemitismus häufig subtil vermittelt, in Form von „Witzen“, Stereotypen und geschichtsrelativierenden Aussagen. Hinzu treten offene Beschimpfungen, Schmiereien und diskriminierende Gewalt. Institutionell wirkt Antisemitismus dabei auch indirekt, durch Nicht-Thematisierung, das Fehlen von Schutzkonzepten, unzureichenden Anlaufstellen oder der Bagatellisierung von Vorfällen.

Anhaltende und aktuelle Krisen wie die (vergangene) Corona-Pandemie, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sowie der Israel-Gaza-Krieg fungieren als Verstärker und Katalysatoren für Antisemitismus im Bildungsbereich. Antisemitismus im Bildungskontext ist nicht Relikt der Vergangenheit, sondern als gegenwärtige Bedrohung zu verstehen.

2. Zentrale Leerstellen

Obwohl Politik und Gesellschaft den Bildungsbereich zunehmend als Schlüsselfeld der Antisemitismusprävention hervorgehoben haben, bleiben die realen Effekte vielfach hinter den Erwartungen zurück. Insbesondere drei Leerstellen fallen deutlich ins Gewicht.

Mangelnde institutionelle Sensibilisierung und institutionelle Leerstellen

Antisemitische Vorfälle im Bildungskontext werden von Lehrkräften und pädagogischem Personal vielfach nicht erkannt oder nur unzureichend bearbeitet. Auffällig ist, dass Antisemitismus in schulischen Diskursen oftmals auf die Zeit des Nationalsozialismus reduziert wird. Dadurch bleiben antisemitische Gegenwartserfahrungen von Schülerinnen, Schülern sowie Studierenden weitgehend unsichtbar und werden institutionell nicht adressiert.

¹ OFEK e.V. (2024): Beratungsstatistik 2023/24 – Entwicklungen nach dem 7. Oktober. Berlin.

Empirische Studien verdeutlichen, dass insbesondere subtile Ausdrucksformen – etwa in Sprache, codierten Bemerkungen oder beiläufigen Interaktionen – häufig übersehen, bagatellisiert oder gar normalisiert werden². Diese Prozesse der Unsichtbarmachung verweisen auf tief verankerte Blindstellen in der professionellen Wahrnehmung und verdeutlichen eine fehlende Handlungssicherheit im pädagogischen Alltag.

Seit dem 7. Oktober 2023 haben mediale Dynamiken, insbesondere die schnelle Verbreitung von Desinformation über soziale Netzwerke, die Intensität und Sichtbarkeit antisemitischer Diskurse erheblich verstärkt. Dies führt nachweislich zu einer Zunahme antisemitischer Vorfälle in Klassenzimmern und auf Schulhöfen. Dabei zeigt sich ein wiederkehrendes Muster: Lehrkräfte fühlen sich in solchen Situationen oftmals überfordert und verfügen nicht über adäquate Strategien, um professionell und konsistent reagieren zu können.

Die institutionelle Aufarbeitung antisemitischer Vorfälle erweist sich zudem als langwierig und fragmentiert. Häufig verzögert sich die Dekonstruktion und Bearbeitung konkreter Vorkommnisse über Wochen oder gar Monate, was nicht nur zu einer sekundären Viktimisierung der Betroffenen führen kann, sondern auch die institutionelle Handlungsfähigkeit nachhaltig in Frage stellt.

Ebenfalls führen Fehlende Ansprechperson und Strukturen in zahlreichen Bildungseinrichtungen zu keinem adäquaten Meldeverfahren. Wo Anlaufstellen existieren, mangelt es oft an institutioneller Sichtbarkeit, fachlicher Kompetenz oder kontinuierlicher Verankerung.

Defizite in der Curricula Verankerung

Antisemitismus findet in der Ausbildung pädagogischer und sozialer Fachkräfte bislang keine systematische Verankerung. Statt verpflichtender Auseinandersetzungen bleibt er zumeist auf fakultative Zusatzmodule beschränkt, sodass zentrale Berufsgruppen – angehende Lehrkräfte, Erziehungswissenschaftlerinnen, Erzieherinnen und Sozialarbeiter*innen – vielfach ohne hinreichende Sensibilisierung oder Handlungskompetenzen in die Praxis eintreten. Ob und in welcher Form antisemitismuskritische Inhalte vermittelt werden, hängt derzeit weniger von strukturellen Vorgaben ab als vielmehr vom individuellen Engagement einzelner Dozierender und Ausbildungsstätten. Dadurch verstetigt sich eine institutionelle Lücke, die gravierende Folgen für Prävention, Intervention und die Sicherung demokratischer Bildungsprozesse hat.

Tiefere Mechanismen der Unsichtbarmachung

Neben institutionellen und curricularen Leerstellen sind strukturelle Mechanismen zu beachten, die Antisemitismus im Bildungsbereich verdecken. Forschung³ und Praxis weisen auf wiederkehrende Dynamiken hin:

² Vgl. Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai (2024): Institutioneller Antisemitismus in der Schule, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, PDF verfügbar unter: <https://www.schule-ohne-rassismus.org/wp-content/uploads/baustein-14-WEB.pdf> [letzter Zugriff: 17. September 2025].

³ Vgl. unter anderem Deutscher Bundestag (2017): Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970, S. 97 ff.; Marina Chernivsky et al. (2023): Perspektivendifferenz im Umgang mit Antisemitismus

*Historisierung*⁴: Antisemitismus wird als vergangenes Phänomen betrachtet, meist im Kontext des Nationalsozialismus. Dadurch scheint er für die Gegenwart irrelevant, während antisemiti-
tische Haltungen im schulischen Alltag bagatellisiert und verharmlost werden -beispielsweise als Provokation innerhalb der Peergruppe⁵.

*Distanzierung*⁶: Die Verbindung zur eigenen Familiengeschichte und die damit verbundene Aus-
einandersetzung mit der NS-Vergangenheit sind vielfach unzureichend oder gar nicht erfolgt.
Dies führt dazu, dass auf emotionaler und biografischer Ebene Ambivalenzen entstehen, die
eine authentische und überzeugende Vermittlung der historischen Bildung erschweren⁷.

*Perspektivendifferenz*⁸: Aktuelle Studien betonen die Perspektivendifferenz zwischen jüdi-
schen Betroffenen und nichtjüdischen Bildungsakteur*innen in Wahrnehmung und Bewer-
tung von Antisemitismus. Jüdische Betroffenheit bleibt oft unsichtbar oder wird fehlinterpretiert.
Für effektive antisemitismuskritische Bildungsarbeit sind die Anerkennung subjektiver
Erfahrungen und die Kontextualisierung antisemitischer Phänomene in sozialen und institu-
tionellen Strukturen essenziell.⁹

Othering: Jüdinnen und Juden werden überwiegend als historische Andere wahrgenommen.
Dieses Framing vermittelt ein Bild, in dem jüdisches Leben als abnormal oder ausschließlich
vergangen erscheint. Solche Dynamiken schaffen eine soziale Distanz, die Ausgrenzung und
Diskriminierung fördert und eine gleichberechtigte Anerkennung jüdischer Identität erschwert.
Marina Chernivsky weist zusätzlich darauf hin, dass Antisemitismus häufig tabuisiert, wird:
Lehrkräfte und Dozierende sowie Professor*innen nehmen die jüdische Präsenz oft nur
abstrakt wahr und behandeln antisemitische Vorfälle primär als Problem nichtjüdischer Per-
sonen im Bildungsbereich, was dazu führt, dass die konkreten Erfahrungen jüdischer Perso-
nen wenig Beachtung finden und institutionelle Antisemitismusstrukturen unzureichend
angegangen werden.¹⁰

4 Historisierung: In der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit sind diese Begrifflichkeiten besonders seit den 2000er Jahren in pädagogischen Leitfäden und Forschungsarbeiten zu finden. So thematisieren etwa Autorinnen wie Friederike Lorenz-Sinai, Marina Chernivsky diese Mechanismen kritisch.

5 Vgl. Chernivsky, Marina; Lorenz-Sinai, Friederike (2020): Antisemitismus im Kontext Schule – Mechanismen von Historisierung und Distanzierung in der Bildungsarbeit. In: Forschungsbericht des Kompetenzzentrums zur Prävention von Antisemitismus, S. 21–25.

6 Distanzierung: In der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit sind diese Begrifflichkeiten besonders seit den 2000er Jahren in pädagogischen Leitfäden und Forschungsarbeiten zu finden. So thematisieren etwa Autorinnen wie Friederike Lorenz-Sinai, Marina Chernivsky diese Mechanismen kritisch.

7 Vgl. Deutscher Bundestag, Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, Drucksache 18/11970, 18. Wahlperiode, 7. April 2017, S. 97 Online in: <https://dsrver.bundestag.de/btd/18/119/1811970.pdf> [Letzter Zugriff: 30.September 2025].

8 Der Begriff „Perspektivendifferenz“ wurde maßgeblich von Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai geprägt. Er beschreibt die divergierenden Wahrnehmungen und Bewertungen von Antisemitismus zwischen jüdischen Betroffenen und nichtjüdischen Bildungsakteur*innen und bildet einen zentralen theoretischen Rahmen in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit (Chernivsky & Lorenz-Sinai 2017,2020,2022; 2023).

9 Vgl. Chernivsky, Marina (2017): Perspektivendifferenz im Umgang mit Antisemitismus. In: neue deutsche organisationen (Hrsg.), Betroffenenperspektive. Berlin. Verfügbar unter: https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2023/06/11_ndo_GLEICHSTELLUNGSDATEN_betroffenenperspektive1.pdf [Letzter Zugriff: 30.09.2025].

10 Vgl. Bernstein, Julia (2020): Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen. Weinheim: Beltz Juventa.

Herausforderungen und Handlungsoptionen

Antisemitismus als Querschnittsthema in Bildungseinrichtungen stellt eine komplexe Herausforderung dar, die sich nicht durch punktuelle Einzelmaßnahmen oder symbolische Gesten bewältigen lässt. Sozialwissenschaftlich betrachtet, erfordern strukturelle und institutionelle Veränderungen eine normative und organisationale Verankerung, die über kurzfristige Interventionen hinausgeht. Die Entwicklung und Implementierung von Schutzkonzepten sowie klaren Verhaltenskodizes („Code of Conduct“) bilden dabei die Grundlage, um antisemitische Vorfälle adäquat und zeitgemäß zu adressieren.

Auf curricularer Ebene ist eine systematische Integration von Pflichtmodulen zur Antisemitismusprävention in der Lehrer*innenausbildung sowie in der Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte notwendig. Solche Module fördern nicht nur historisches und politisches Wissen, sondern erhöhen auch die professionelle Handlungssicherheit im Umgang mit aktuellen antisemitischen Erscheinungsformen. Aus sozialisationstheoretischer Perspektive sind regelmäßige Fort- und Weiterbildungen essenziell, da sie Reflexions- und Handlungsräume eröffnen, die pädagogische Fachkräfte befähigen, antisemitische Dynamiken zu erkennen und konstruktiv zu intervenieren.

Darüber hinaus fordert die pädagogische Praxis die Schaffung von dialogischen Lern- und Erfahrungsräumen in Klassen, in denen Ambivalenzen, Unsicherheiten und Widersprüche thematisiert werden können – ohne moralischen Druck, dafür mit einer klar positionierten Haltung gegen Antisemitismus. Solche Räume entsprechen den sozialpsychologischen Erkenntnissen über Identitätsbildung und Anerkennung im Bildungskontext und leisten einen Beitrag zur demokratischen Kulturförderung.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass Bildungseinrichtungen als ambivalente Orte fungieren: Sie können sowohl die Reproduktion antisemitischer Narrative fördern als auch Räume emanzipatorischer Prävention und Verankerung jüdischen Lebens sein. Die sozialwissenschaftliche Perspektive mahnt, Antisemitismus systematisch, institutionell und reflexiv zu adressieren, um so die Professionalisierung von Handlungssicherheit zu stärken und die Präsenz jüdischer Gegenwartsperspektiven als Gegenpol zur Persistenz antisemitischer Strukturen zu etablieren. Prävention ist somit kein fakultatives Zusatzangebot, sondern elementarer Bestandteil einer demokratischen Bildungskultur.

Forderungen von Betroffenen antisemitischer Strukturen an Hochschulen

Ein Blick auch nach Marburg

1. Klare, öffentliche Stellungnahme der Universitätsleitung

Wir fordern eine eindeutige Distanzierung der Philipps-Universität Marburg von antisemitischen Positionen, insbesondere israelbezogenem Antisemitismus, BDS-Ideologie und jeglicher Verharmlosung von Terror gegen Jüdinnen und Juden.

- Kein „bothsides“-Relativismus bei terroristischen Angriffen wie dem 7. Oktober 2023.
- Keine Toleranz für Verharmlosung von Gewalt gegen Juden – ob in Israel oder Europa.

2. Überprüfung von Lehrveranstaltungen auf antisemitische Inhalte

Wir fordern eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung von Seminaren, Vorträgen und Veranstaltungen, in denen antiisraelische oder antisemitische Inhalte vermittelt werden – insbesondere ohne Gegendarstellung oder Kontextualisierung.

- Forderung nach transparenter Evaluation von Seminaren, in denen jüdische Studierende sich unsicher fühlen.
- Beteiligung jüdischer Expert*innen oder Initiativen an der Beurteilung.

3. Schutz jüdischer Studierender

Wir fordern konkrete Schutzmaßnahmen für jüdische Studierende – räumlich, organisatorisch und ideell.

- Vertrauensstelle für Betroffene antisemitischer Vorfälle (nicht nur ein Gleichstellungsbüro oder eine allgemeine Beschwerdestelle).
- Sicherheitskonzepte bei Veranstaltungen, bei denen mit Hetze oder Protesten gerechnet werden muss.
- Keine Duldung antisemitischer Symbolik oder Sprache auf dem Campus.

4. Politische Bildung & Antisemitismus-Sensibilisierung

Wir fordern verpflichtende Schulungen für Lehrpersonal und studentische Funktionsträger zu Formen von Antisemitismus – insbesondere israelbezogenem.

- Basierend auf der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA, die u. a. auch die Dämonisierung Israels umfasst.
- Schulung z. B. in Kooperation mit dem Zentralrat der Juden oder Bildungsstätten wie Yad Vashem Deutschland, Amadeu Antonio Stiftung oder RIAS Hessen.

5. Beteiligung jüdischer Stimmen in Diskursen

Wir fordern, dass jüdische Perspektiven nicht übergangen, marginalisiert oder instrumentalisiert werden, sondern als selbstbestimmte Stimmen Teil jedes Diskurses über Antisemitismus, Israel und jüdisches Leben sein müssen.

- Kein Sprechen über jüdische Menschen, ohne sie einzubeziehen.
- Keine Einladung radikaler oder hetzerischer Redner*innen ohne jüdische oder israelsolidarische Gegensicht.

6. Konsequenzen für antisemitische Äußerungen oder Aktionen

Wir fordern, dass antisemitische Vorfälle auf dem Campus konsequent geahndet werden – mit disziplinarischen, studienrechtlichen oder strafrechtlichen Folgen, wo nötig.

- Gespräche und im Notfall Sanktionen gegen Gruppen, die gezielt Hass schüren oder jüdische Kommiliton*innen einschüchtern.
- Abgrenzung auch gegenüber Studierendenvertretungen, die sich antisematisch äußern.

Wir von Shalom Marburg fordern die Philipps-Universität Marburg auf, ihre Verantwortung gegenüber jüdischen Studierenden wahrzunehmen, indem sie klare, wirksame und sichtbare Maßnahmen gegen alle Formen des Antisemitismus – auch israelbezogenen – umsetzt. Die Universität darf kein Ort sein, an dem Jüdinnen und Juden sich rechtfertigen, verstecken oder verlassen fühlen müssen.

Ein Rückblick aus der Perspektive der Moderatorin

Die Fachtagung „Antisemitismus an Hochschulen in Geschichte und Gegenwart“, organisiert von der Beauftragten gegen Antisemitismus an der Philipps-Universität Marburg und der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen), mit Unterstützung der Stabsstelle Antidiskriminierung und Diversität, vereinte Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichsten Kontexten, darunter Studierende, Fachkräfte und Interessierte mit sehr persönlichem Zugang zum Thema. Gemeinsam bildeten sie ein aufmerksames, aufgeschlossenes und überaus interessiertes Publikum.

Bereits in ihren einleitenden Worten setzten Katharina Völsch und Susanne Urban den Ton für die Tagung: Sie machten deutlich, dass es nicht nur um eine historische oder analytische Auseinandersetzung mit Antisemitismus geht, sondern vielmehr auch um die Erwartungen an die gesellschaftliche Verantwortung von Hochschulen heute, der sie leider nicht nachkommen.

Die Vorträge am Vormittag stimmten in die historischen Grundlagen und Entwicklungen des Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert ein und legten damit gleichzeitig das Fundament für das Verständnis der im Laufe der Tagung vorgestellten und diskutierten Entwicklungen. Aus den durchweg äußerst interessanten Vorträgen entwickelte sich das Bild eines sehr engagierten jüdischen Lebens an den Universitäten um die Jahrhundertwende, das – den historischen Entwicklungen folgend – mehr und mehr zurückgedrängt wurde, bis dieses Engagement in der NS-Zeit unmöglich wurde.

Dieser Antisemitismus war nach 1945, als man auch an den Universitäten einen Neustart versuchte, keineswegs verschwunden. Die Beiträge machten deutlich, wie tief verwurzelt und anschlussfähig antisemitische Denkmuster geblieben waren – oft unterschwellig, aber deshalb nicht weniger wirksam. So konnten sie über Jahrzehnte fortbestehen und bilden bis heute die Basis für Vorurteile, Ausgrenzung und Diskriminierung.

Der Präsident der Philipps-Universität Prof. Dr. Thomas Nauss beeindruckte zur Mittagszeit mit seiner sehr empathischen Grußbotschaft. Wie sehr ihn das Thema der Tagung und der Wunsch, Antisemitismus keinen Raum an Hochschulen zu lassen, am Herzen liegt, fand auch darin Ausdruck, dass er nach seiner Rede noch länger die Vorträge und Diskussionen verfolgte.

Im weiteren Verlauf der Tagung rückten aktuelle Herausforderungen in den Fokus. So erforderte die kurzfristige Zuschaltung von Uriel Kashi, der aufgrund der angespannten Lage in Israel nicht anreisen konnte, eine flexible Gesprächsführung. In ihren Vorträgen zeigten Kashi und Johannes Sosada auf, wie mit der Staatsgründung Israels 1948 ein neues Mäntelchen für den althergebrachten Antisemitismus gefunden wurde, der sich nun als Antizionismus und Israelfeindlichkeit den Anschein der Legitimität zu geben sucht.

Sehr emotional und beeindruckend war der Beitrag von Tania Elstermeyer aus Berlin. Die Künstlerin erzählte sehr offen von Erfahrungen der Ausgrenzung und Bedrohung, die sie schließlich auch bewogen, ihr Amt als Antisemitismusbeauftragte an der Universität der Künste in Berlin aufzugeben.

Zu Beginn der Diskussion über Möglichkeiten der Antisemitismusprävention brachten sich die vier Referentinnen aus verschiedenen Hochschulbereichen sowohl mit ihren professionellen Erfahrungen als auch ihren ganz persönlichen und privaten Erlebnissen ein. Sie machten deutlich, wie groß der Bedarf an Austausch und Sichtbarkeit ist. Hieraus entwickelte sich eine lebhafte Diskussion auch mit dem Publikum. Alle diese Berichte machen deutlich: Die Geschichte setzt sich fort. Wie allgemein in der Gesellschaft fehlt es im gesamten Bildungsbereich an Wissen, aber auch fast banal an Begegnung mit jüdischem Leben. So setzen sich bei den Dozenten und infolge dessen auch bei den Studierenden einseitige und vermeintlich unbestreitbare Meinungen fest, die dennoch nichts anderes sind als tradierte Vorurteile in neuem Gewand.

Beeindruckend war es, am Ende des Tages die jungen Studierenden zu erleben, die klare Vorstellungen haben, was sie sich an Unterstützung und Maßnahmen im Umgang mit und Kampf gegen Antisemitismus erwarten – von den Hochschulen wie der Gesellschaft als Ganzes, denn Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Die hochinteressante Tagung beleuchtete nicht nur aus akademischer Sicht Erkenntnisse und Erfahrungen zum Antisemitismus der Vergangenheit, sondern verdeutlichte auch dessen fast logische Entwicklung bis in die Gegenwart hinein. Antisemitische Muster sind tief verwurzelt. Sie perpetuieren und kumulieren sich unterschwellig weiter und treten spätestens mit dem 7. Oktober 2023 immer deutlicher hervor. Umso mehr braucht es Bildung, Sichtbarkeit und Mut – gerade an den Hochschulen, den Orten, an denen Wissen vermittelt, Debatten geführt und Perspektiven entwickelt werden.

Zu den Autor:innen

Prof. Dr. Julia Bernstein

Prof. Dr. Julia Bernstein ist seit 2015 Professorin für Diskriminierung und Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft an der Frankfurt University of Applied Sciences. Sie ist Leiterin des dort angesiedelten Forschungsbereichs „Gesellschaftliches Erbe des Nationalsozialismus“ sowie Vorsitzende des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender in Deutschland, Österreich und der Schweiz (e.V.). Ihre Forschungsschwerpunkte sind Antisemitismus in den Institutionen und im Alltag, Fremdenfeindlichkeiten und Rassismen, Interkulturalitätsfragen, Jüdische Identität im gesellschaftlichen Wandel, Stereotypisierungs- und Ethnisierungsprozesse. Zu ihren Publikationen zählen die Bücher: Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Handlungsoptionen, Weinheim/Basel 2020; Israelbezogener Antisemitismus. Erkennen – Handeln – Vorbeugen, Weinheim/Basel 2021; Zerspiegelte Welten. Antisemitismus und Sprache aus jüdischer Perspektive, Weinheim/Basel 2023; Zwischen Hammer und Amboss. Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und des Terrorangriffs der Hamas auf Israel auf jüdisches Leben in Deutschland, Baden-Baden 2025 (zus. mit Florian Diddens).

Sophie Brüss

Sophie Brüss ist Sozial- und Theaterpädagogin. Sie arbeitet als Ansprechperson und Referentin gegen Antisemitismus an der Frankfurt University of Applied Sciences und entwickelt präventive wie interventionelle Maßnahmen. Zuvor hat sie SABRA, die Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit, in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf aufgebaut und fachlich geleitet. Sie entwickelt auch Theaterprojekte, in denen jüdische Perspektiven auf Antisemitismus sichtbar gemacht werden, wie zuletzt die szenische Lesung „Wir werden wieder tanzen! Stimmen gegen Judenhass vor und nach dem 7. Oktober“, die durch die Antisemitismusbeauftragte des Landes NRW gefördert wurde.

Sabena Donath

Sabena Donath ist Direktorin der in Frankfurt am Main eingerichteten Jüdischen Akademie des Zentralrats der Juden in Deutschland. Sie wurde in Kapstadt geboren, studierte Erziehungswissenschaften, Psychologie und Soziologie in Frankfurt am Main. Seit 2012 leitet sie die Bildungsabteilung des Zentralrats der Juden in Deutschland, die sich zur Aufgabe gemacht hat, ein jüdisches Bildungsprogramm in Deutschland zu etablieren. In diesem Rahmen forscht und lehrt sie maßgeblich zu Antisemitismus, transgenerativen Auswirkungen der Shoah und pluralen jüdischen Gegenwartsn in der postmigrantischen Gesellschaft. Sabena Donath versteht es als ihre Aufgabe, diese Positionen wissenschaftlich einzuordnen und ihnen Sichtbarkeit zu verleihen.

Tania Elstermeyer

Tania Elstermeyer ist Performancekünstlerin und Lehrbeauftragte im Fachbereich Multimedia und Malerei an der Universität der Künste (UdK) Berlin.

Im Sommersemester 2024 war sie zudem kommissarische Beauftragte für Antisemitismusarbeit und Vernetzung an der UdK Berlin.

Sie war lange Zeit in der ambulanten Krankenpflege tätig.

Im WestGermany, dem Büro für postpostmoderne Kommunikation, kuratiert sie regelmäßig Ausstellungen.

Klang. Körper. Widerhall.

Ihre Arbeiten sind Situationen, keine Objekte.

Sie entstehen aus Stille, Berührung, Widerstand. Zwischen Performance, Musik und

Bildkunst öffnet sich ein Raum – fragil, politisch, direkt. Was wir hören, sehen, spüren:

Sprache, Macht, Resonanz.

Stimme, Text, Bewegung

Kunst als Haltung

Stephan Kaminski

Timon Gremmels

Timon Gremmels ist seit dem 18. Januar 2024 Hessischer Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur. Seit September 2025 ist er Co-Vorsitzender des Kulturforums der SPD gemeinsam mit Ministerin Bettina Martin. Zuvor war er direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestags und Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie sowie im Unterausschuss für Internationale Energie- und Klimapolitik. Nach dem Abschluss in Politikwissenschaft mit den Nebenfächern Rechtswissenschaft und Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg war er Parlamentarischer Referent für Wirtschaft, Verkehr, Energie, Landesentwicklung und Europa der SPD-Landtagsfraktion und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Europaabgeordneten Barbara Weiler.

Gabriel Hoppe

Gabriel Hoppe ist seit Mai 2025 Mitarbeiter der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen). Er studierte Politikwissenschaften (M.A.) mit dem Schwerpunkt politische Ökonomie an der Phillips-Universität-Marburg. Thematische Schwerpunkte bildeten Diskurse der inneren Sicherheit und aktuelle Publikationen der sog. Neuen Rechten in Deutschland.

Prof. Roglit Ishay

Prof. Roglit Ishay, Pianistin und Komponistin, ist seit 2011 Professorin für Klavier-Kammermusik an der Musikhochschule Freiburg. Als Solistin gastierte sie u. a. bei der Staatskapelle Dresden, der Dresdner Philharmonie, der BBC Scottish Symphony und dem Nationaltheater-Orchester Mannheim, unter der Leitung von verschiedenen renommierten Dirigenten. Sie ist Mitglied des Israel Piano Trios und war Mitglied des Dresdner Klaviertrios. Mit beiden Ensembles konzertierte sie in nahezu ganz Europa, in Israel, Russland und Südamerika. Darüber hinaus trat sie solistisch und kammermusikalisch in Nordamerika, der Türkei und in Fernost auf. Sie nahm u. a. am Marlboro Music Festival, an den Berliner und Dresdner Festspielen, am Kfar Blum Festival und am Moritzburg Festival teil. Ihre Diskografie umfasst zahlreiche Kammermusikaufnahmen, die vielfach mit Preisen ausgezeichnet sowie von der Fachpresse hoch gelobt wurden. Als Komponistin schreibt sie sowohl im klassischen Stil als auch in der Weltmusiktradition und tritt mit Bands wie Cairo Steps, Kolsimcha, Bossarenova und dem Uwaga-Quartett auf. Sie gibt Meisterkurse in Deutschland, China, England und Israel. Als zweite Vorsitzende des Vorstands des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender engagiert sich Roglit Ishay intensiv für die Förderung des Bewusstseins und der Sensibilisierung gegen Antisemitismus an den Hochschulen. Innerhalb des Netzwerks arbeitet sie am Aufbau von jüdischen Anlaufstellen an vielen Hochschulen, an der Unterstützung der jüdischen Mitglieder und Studierenden sowie an der Weiterentwicklung der Netzwerkstruktur.

Uriel Kashi

Uriel Kashi studierte Jüdische Geschichte und Erziehungswissenschaften in Berlin und Jerusalem und war zwischen 2001 und 2007 Bildungsreferent im Jüdischen Museum Berlin. Seit August 2007 lebt er mit seiner Familie in Israel. Hier schrieb er im Auftrag der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) eine Studie zum Thema Demokratiebildung in Israel. Von 2008 an arbeitete er an der International School for Holocaust Studies in Yad Vashem und war dort insbesondere für die Organisation und Durchführung von Lehrerfortbildungen zuständig. Zwischen 2011 und 2023 organisierte er als Reiseleiter politische Studienreisen durch Israel und arbeitet darüber hinaus als freiberuflicher Dozent und Autor. Seit 2024 ist Uriel Kashi Landesbeauftragter von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel und leitet die internationale Jugendbegegnungsstätte Beit Ben Yehuda in Jerusalem.

Dr. Ilja Kogan

Dr. Ilja Kogan wurde in der Sowjetunion geboren und kam 1995 als jüdischer Kontingentflüchtling nach Deutschland. Er studierte Geologie/Paläontologie in Freiberg und wurde 2016 mit einer Arbeit über fossile Fische zum Dr. rer. nat. promoviert. Er ist stellvertretender Direktor des Museums für Naturkunde Chemnitz und lehrt Paläontologie der Wirbeltiere an der TU Bergakademie Freiberg. Seit den frühen 2000er Jahren engagiert sich Ilja Kogan in verschiedenen Chemnitzer Vereinen für Kultur, Integration und die Sichtbarkeit jüdischen Lebens. Nach 2014 und insbesondere nach 2022 kamen Initiativen zur Unterstützung der Ukraine und ukrainischer Kriegsflüchtlinge in Deutschland hinzu. Seine Aktivitäten umfassen beispielsweise die Organisation und Gestaltung von Ausstellungen, Vorträgen, Lesungen und Konzerten, bis hin zu Kundgebungen und Infoständen im öffentlichen Raum. Als Vorstandsmitglied des Netzwerks Jüdischer Hochschullehrender e. V. beteiligt sich Ilja Kogan am Kampf gegen antisematische Tendenzen im akademischen und kulturellen Bereich.

Leonie Nützl

Leonie Nützl ist seit Ende 2023 Mitarbeiterin der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen). Sie studierte Demokratie und Governance (M.A.) an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Ilana Inna Ponomarenko

Ilana Inna Ponomarenko studiert im Master Internationale Strafjustiz an der Philipps-Universität Marburg. Als Vorstandsmitglied des Verbands Jüdischer Studierender in Hessen engagiert sie sich landesweit für jüdische Perspektiven im Hochschulkontext. In Marburg rief sie das AStA-Referat „Chai Marburg – Gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ ins Leben, um jüdisches Leben sichtbar zu machen, zu vernetzen und Antisemitismus aktiv entgegenzutreten.

Pava Raibstein

Diplom-Kommunikationswirtin und ausgebildete psychologische Beraterin. Seit mehr als 25 Jahren leitet sie als Geschäftsführerin die Kinder- und Jugend-Aliyah Deutschland. Hierbei hat sie einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung von bilateralen Bildungs- und Austauschmaßnahmen gelegt und möchte damit sowohl die Ausbildungsqualifikation in Israel vorantreiben als auch den deutsch-israelischen Dialog bereichern. Pava Raibstein, geboren in Frankfurt am Main, ist Tochter eines Holocaust-Überlebenden. Sie hat in Berlin studiert. Für die Spielberg Foundation führte sie ehrenamtlich Interviews mit Holocaust-Überlebenden. In der Frankfurter Jüdischen Gemeinde ist sie aktives Mitglied und engagiert sich in verschiedenen Bereichen.

Dr. Johannes Sosada

Dr. Johannes Sosada unterrichtete zuletzt als Reserveoffizier an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg zum Thema „Israel und der Nahe Osten seit dem 7. Oktober 2023“. Zuvor war er zwei Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem angestellt. Seine Promotion hat er zum Thema „Antisemitismus an Universitäten in Deutschland“ geschrieben. Sein Master- und Bachelorstudium der Politikwissenschaften und Geschichte absolvierte er in Tübingen und Göttingen. Für ein Auslandssemester studierte er an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva, Israel, und für ein Auslandsjahr an der Universität Yale in New Haven, USA. Letzte Veröffentlichung: Orte der Toleranz? Baden-Baden, Nomos-Verlag, 2025.

Ricarda Theiss

Ricarda Theiss leitet den Fachbereich Frauen der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Zudem ist sie Referentin für Schulberatung und Bildungsformate im Projekt "EDU-antisemitismuskritische Bildungsformate aus der Betroffenenperspektive" bei OFEK e.V. Ihr Schwerpunkt liegt auf Konzepten zur Antisemitismusprävention, Empowerment-Formaten und diskriminierungskritischer Bildungsarbeit. Mit pädagogischer Expertise begleitet sie Schulen bei der Entwicklung nachhaltiger Strategie und arbeitet eng mit Lehrkräften, Schulsozialarbeit und Schulleitungen zusammen. OFEK e.V. ist eine bundesweite Beratungsstelle für Betroffene antisemitischer Gewalt. Der Verein bietet psychosoziale Beratung, rechtliche Unterstützung und Bildungsarbeit an. OFEK versteht Antisemitismus als gesellschaftliches Problem, das aktiv bearbeitet werden muss. Die Arbeit des Vereins ist niedrigschwellig, traumasensibel und partizipativ für Betroffene.

Dr. Susanne Urban

Seit 2022 Leiterin der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen), seit Oktober 2024 Beauftragte gegen Antisemitismus der Philipps-Universität Marburg. Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft in Darmstadt und Frankfurt am Main. 2000 Promotion zum Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am Moses-Mendelssohn-Zentrum/ Universität Potsdam. 1990 bis 2009 Mitarbeiterin am Jüdischen Museum Frankfurt am Main. 1994 bis 2004 Redakteurin der Zeitschrift TRIBÜNE. 2004 bis 2009 Mitarbeiterin in Yad Vashem/Israel. 2009 bis 2015 Leiterin Forschung und Bildung der Arolsen Archives. 2015 bis Ende 2021 Geschäftsführerin des SchUM-Städte Speyer, Worms, Mainz e. V. für die Vorbereitung zum UNESCO-Welterbestatus. Zahlreiche Veröffentlichungen und Ausstellungen. Finalistin Yad Vashem Buchpreis 2019. Zuletzt veröffentlicht:
<https://www.henrichhentrich.de/buch-rabbiner-sali-levi.html>

Katharina Völsch

Seit 2019 Leiterin der Stabsstelle Antidiskriminierung und Diversität an der Philipps-Universität Marburg. Sie studierte Kulturwissenschaften und ist ausgebildete social justice Trainerin. Seit 2024 ist Katharina Völsch Sprecherin des bundesweiten Netzwerkes Antidiskriminierung an Hochschulen.

S. Debora Ö.

S. Debora Ö. studiert Humanmedizin an der Philipps-Universität Marburg und ist Mitgründerin von Shalom Marburg. Sie engagiert sich für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens sowie für antisemitismus-, rassismus- und diskriminierungssensible Hochschulstrukturen. Ihr Fokus liegt auf intersektionalen und feministischen Perspektiven, die empowernde Räume für jüdische und mehrfach marginalisierte Studierende schaffen.

A. Salomea R.

Studentin der Anglistik und Erziehungswissenschaften und Mitgründerin von Shalom Marburg · Arbeitnehmerin · Mutter von zwei Kindern · Aktivistin für jüdisches Leben. Mit langjähriger Erfahrung in Aufklärung, politischer Bildungsarbeit und der Tätigkeit in Gedenkstätten engagiert sich A. Salomea R. leidenschaftlich für eine lebendige Erinnerungskultur und den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland. In Studium, Arbeit und Ehrenamt verbindet sie pädagogische Expertise, internationale Perspektiven und persönliche Verantwortung. Ihr besonderes Anliegen ist es, jungen Menschen Räume für Dialog, Empathie und historisches Bewusstsein zu eröffnen.

ISBN 978-3-00-085294-7



Beauftragte gegen Antisemitismus
der Philipps-Universität Marburg



Recherche- und Informationsstelle
Antisemitismus Hessen
RIAS Hessen